



Statistisches Landesamt

RHEINLAND-PFALZ

12 | 2006

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

Ausländische Studierende in Rheinland-Pfalz
Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik
Volkszählungen im Ausland



Statistik nutzen



*Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest
und ein glückliches neues Jahr.*

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Yvonne Ploenes

An rheinland-pfälzischen Hochschulen sind fast 12 000 ausländische Studentinnen und Studenten eingeschrieben.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e : Faltblatt „Mikrozensus 2005/2006“

Inhalt

kurz + aktuell	753
Ausländische Studierende an rheinland-pfälzischen Hochschulen im Wintersemester 2005/06	765
Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik	773
Volkszählungen im Ausland	783
Daten zur Konjunktur	788
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	811
Neuerscheinungen	821

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

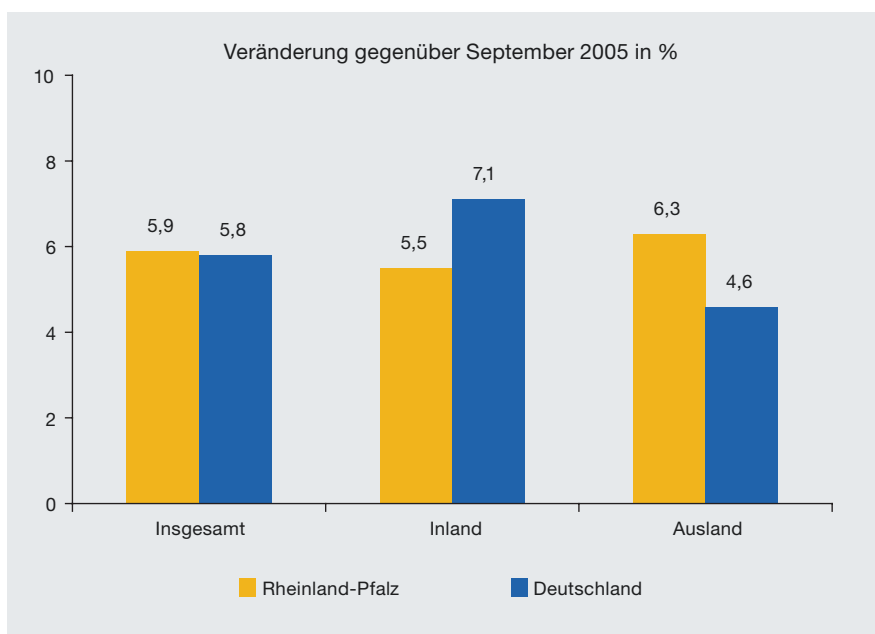
Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Industrie bekam auch im September mehr Aufträge

Die Auftragslage der rheinland-pfälzischen Industrie entwickelte sich auch im September weiterhin positiv. Die preisbereinigten Auftragseingänge nahmen gegenüber September 2005 um knapp 6% zu. Getragen wurde diese Entwicklung in fast gleichem Maße vom Auslands- und vom Inlandsgeschäft. Die Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich um 6,3%, die Inlandsbestellungen stiegen um 5,5%. Bundesweit gingen im September 2006 bei der Industrie 5,8% mehr Aufträge ein als im September des vorigen Jahres. Die Bestellungen aus dem Inland erhöhten sich um 7,1%, die aus dem Ausland um 4,6%.

Die Hersteller von Büromaschinen, DV-Geräten, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik verzeichneten mit einer Zunahme der Bestellungen von fast 27% gegenüber September 2005 das größte Plus. Diese Entwicklung wurde von der stark gestiegenen Inlandsnachfrage beeinflusst (+34,4%). Der Maschinenbau konnte zwar nicht die Werte vom August 2006 erreichen, erhöhte aber sein Gesamtordervolumen um knapp 10% gegenüber dem September des vorigen Jahres. Die Hersteller chemischer Erzeugnisse verzeichneten um 6,6% gestiegene Auftragseingänge. Der Fahrzeugbau meldete hingegen Rückgänge bei den Bestellungen aus dem In- und Ausland und verbuchte 3,5% weniger Auftragseingänge als im

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe im September 2006



Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe im September 2006 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig ¹⁾	Insgesamt	Inland	Ausland
	Veränderung zum September 2005 in %		
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	5,9	5,5	6,3
darunter			
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	6,6	4,1	8,0
Fahrzeugbau	-3,5	-6,5	-0,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	3,7	8,1	-2,1
Maschinenbau	9,8	10,5	9,4
Gummi- und Kunststoffwaren	7,8	1,0	15,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	4,7	3,5	8,1
Büromaschinen, DV-Geräte, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	26,8	34,4	2,6
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	10,2	15,4	1,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren etc; Recycling	10,3	8,8	14,4
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	2,4	0,6	9,4
Ledergewerbe	6,5	-7,2	36,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe	14,5	17,6	9,4

1) Wirtschaftszweige geordnet nach der Höhe der Umsätze im Jahr 2005.

September 2005. Das Textil- und Bekleidungsgewerbe füllte seine Auftragsbücher im September 2006 bei einem Plus von 14,5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat.

Investitionen der Industrie sanken 2005 im dritten Jahr in Folge

Einbrüche im Fahrzeugbau

Die rheinland-pfälzische Industrie hat im Jahr 2005 weniger investiert als im Jahr davor. Damit setzte sich der Rückgang der Investitionen im dritten Jahr in Folge fort. Die Ausgaben lagen bei 2,04 Mrd. Euro und damit um mehr als 17% unter dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre. Bereits seit 2003 bewegen sich die Investitionen auf

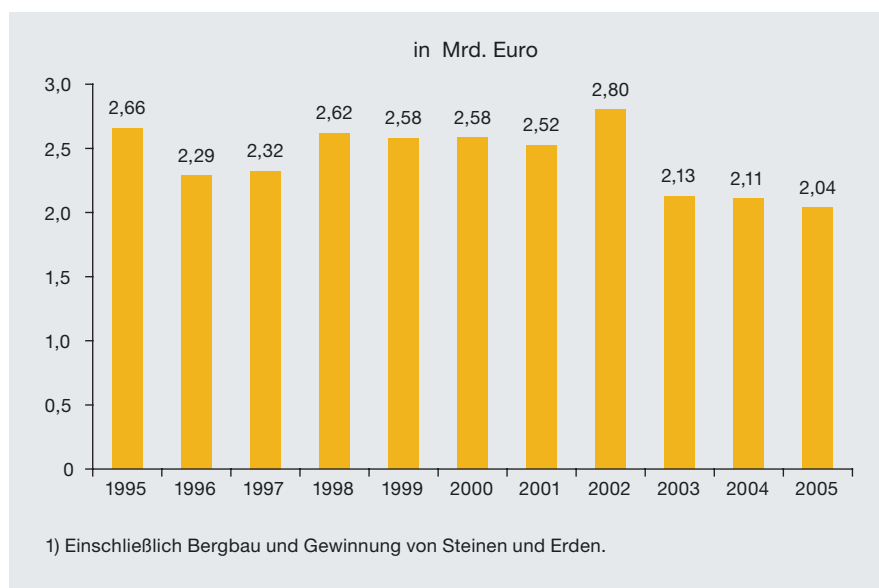
deutlich niedrigerem Niveau als in den 1990er-Jahren und den ersten Jahren der laufenden Dekade. Der Hauptanteil der Investitionssumme der rheinland-pfälzischen Industrie entfiel 2005 mit 1,8 Mrd. Euro auf Maschinen und maschinelle Anlagen, das waren knapp 2% weniger als im Jahr 2004.

Das Investitionsvolumen der deutschen Industrie lag mit 45,3 Mrd. Euro im Jahr 2005 um 5,7% unter dem Vorjahreswert. In den vergangenen zehn Jahren blieb die Entwicklung der Investitionen in der rheinland-pfälzischen Industrie tendenziell hinter dem Bundesdurchschnitt zurück.

Die Hersteller von chemischen Erzeugnissen investierten 468 Mill. Euro, das entspricht einem Anteil

von 23% am Gesamtinvestitionsvolumen der rheinland-pfälzischen Industrie. Sie reduzierten zwar ihre investiven Ausgaben gegenüber 2004 um 3,3%, lagen aber weiterhin an erster Stelle. Das Ernährungs-gewerbe einschließlich Tabakverarbeitung – zweitgrößter Investor – blieb mit einer Investitionssumme von gut 273 Mill. Euro um 2,8% unter dem Vorjahreswert. Auf Rang drei folgten die Betriebe der Metallbranche, die knapp 273 Mill. Euro investierten. Auch hier wurde der Vorjahreswert um 1,5% unterschritten. Der Fahrzeugbau reduzierte sein Investitionsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 17,5% auf 252 Mill. Euro. Den höchsten Investitionszuwachs (+49 Mill. Euro bzw. +8%) meldeten die Hersteller im Bereich „Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“; hier wurden Investitionen von 162 Mill. Euro getätigt.

Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1995–2005

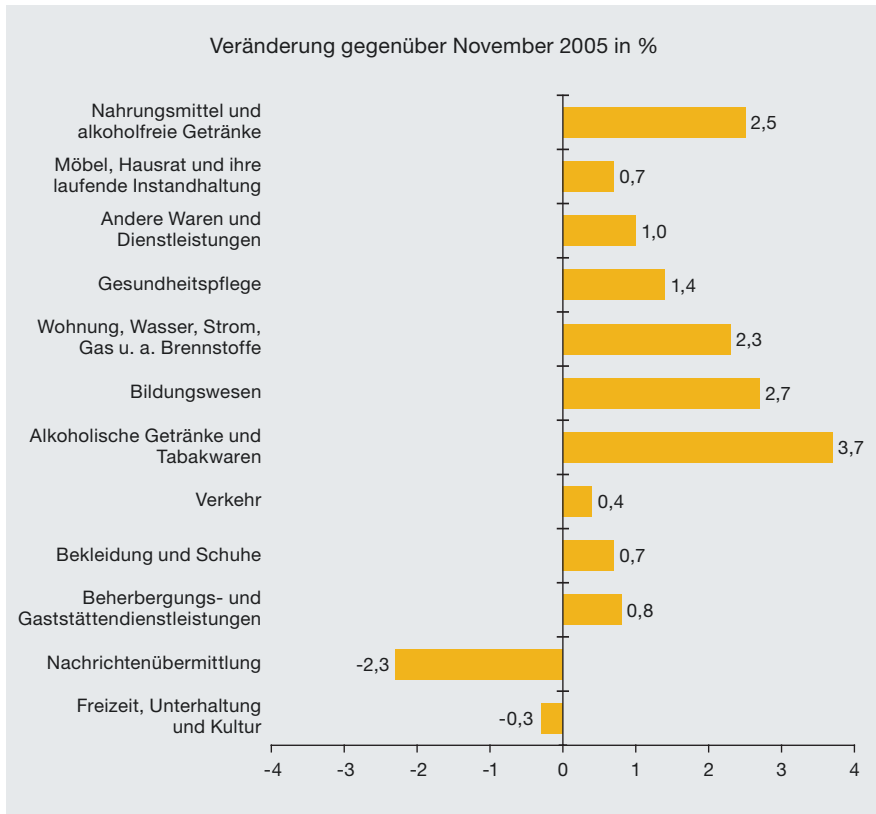


Jahresteuersatz stieg im November auf 1,4%

Gaspreise deutlich höher als vor einem Jahr

Nach einem moderaten Anstieg in den zurückliegenden beiden Monaten (September: +0,9%; Oktober +1%) erhöhte sich die Jahresteuersatzrate in Rheinland-Pfalz im November auf 1,4%. Hierzu beigetragen hat vor allem der Preisanstieg in der Gütergruppe Haushaltsenergie, d. h. bei Strom, Gas und anderen Brennstoffen (+6,3% gegenüber November 2005). Ohne die überproportionale Verteuerung der Haushaltsenergie

Verbraucherpreisindex im November 2006 nach Güter- und Dienstleistungsgruppen



hätte sich der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat nur um 1% erhöht. Innerhalb der Gütergruppe waren unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. Insbesondere für Gas musste erheblich mehr ausgegeben werden als in den vergangenen Jahren. Gegenüber November 2005 ist ein Anstieg der Gaspreise um 18,7%, gegenüber November 2004 sogar um gut 36% festzustellen. Die Preise für Heizöl sanken im Vergleich zum November 2005 um 3,8%, gegenüber November 2004 waren sie allerdings um mehr als 24% höher.

Der seit August 2006 zu beobachtende Rückgang der Kraftstoffpreise hat sich im November deutlich verlangsamt. Gegenüber dem Vormonat (Oktober 2006) sanken die Preise lediglich um 0,5%, nachdem sie im September und Oktober noch um 8,2 bzw. 2% zurückgegangen waren.

Wie in den vergangenen Monaten mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher auch im November für Nahrungsmittel deutlich mehr bezahlen als ein Jahr zuvor. Gegenüber November 2005 stiegen beispielsweise die Preise für Kartoffeln um

fast 47% und für frisches Gemüse um teilweise mehr als 20% an.

Im Vergleich zum Oktober 2006 entwickelten sich die Preise in den einzelnen Güter- und Dienstleistungsgruppen unterschiedlich. Während z. B. bei den Nahrungsmitteln ein Anstieg um 0,5% zu verzeichnen war, gingen die Preise in anderen Gruppen zurück. Am stärksten sanken sie im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ mit -1,5%; zu diesem Bereich gehören unter anderem Pauschalreisen, bei denen ein Rückgang der Preise um 8,3% gegenüber dem Vormonat festzustellen war.

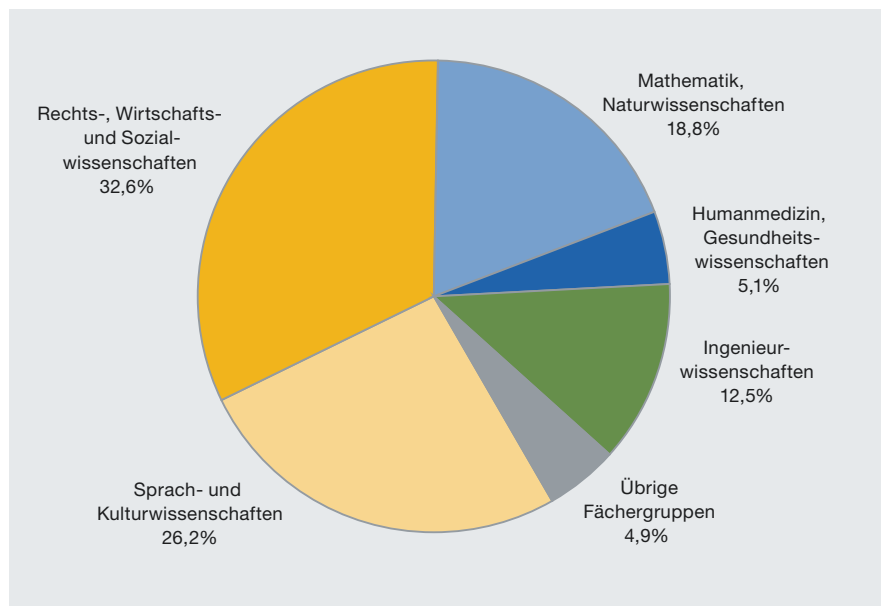
Neuer Studierendenrekord

Zuwachs aber nicht an allen Hochschulen

Mit 103 019 Studentinnen und Studenten wurde zum Beginn des Wintersemesters 2006/07 ein neuer Rekordwert erreicht. Die Gesamtzahl der Immatrikulierten an den 20 rheinland-pfälzischen Hochschulen stieg gegenüber dem Wintersemester des Vorjahres um 1 174 oder 1,2%.

Die absolut gesehen höchsten Zuwächse verzeichneten die Technische Universität Kaiserslautern (+615), gefolgt von der Universität Koblenz-Landau (+509) und der Universität Trier (+331). Allerdings sind an sieben Hochschulen auch rückläufige Zahlen zu vermelden, vor allem an der größten Hochschule des Landes, der Johannes Gutenberg-Universi-

Studierende im Wintersemester 2006/07 nach Fächergruppen



tät in Mainz. Dort sind im aktuellen Wintersemester 300 Studierende weniger eingeschrieben als ein Jahr zuvor. Es folgen die Fachhochschule Kaiserslautern (-208) und die Fachhochschule Mainz (-161).

Fast 33% der angehenden Akademiker belegen Studiengänge im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, über ein Viertel wird in sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächern ausgebildet. Des Weiteren stellen die Bereiche Mathematik, Naturwissenschaften 18,8%, Ingenieurwissenschaften 12,5% sowie Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften 5,1% der Hörerschaft.

Insgesamt starteten im laufenden Wintersemester 12 480 Studienanfänger ihre Hochschulkarriere. Das

waren 2,7% mehr als im vorangegangenen Wintersemester.

Erwachsenenbildung: Vor allem Frauen interessiert

Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung besonders gefragt

Die Weiterbildung an Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz ist überwiegend Frauensache. Unter den gut 768 000 Teilnehmenden waren über 74% Frauen.

Ein Schwerpunktbereich der Erwachsenenbildung im vergangenen Jahr waren Angebote zu „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“. An entsprechenden Bildungsver-

anstaltungen nahmen insgesamt 211 000 Interessierte teil, unter ihnen 85% Frauen. Auch „Kunst und kreatives Gestalten“ – diese Angebote lagen mit 109 700 Teilnehmenden auf Rang zwei – waren Frauendominant; Männer waren hier mit rund einem Viertel klar in der Minderheit. Die Angebote aus den Bereichen „Geisteswissenschaften, Eltern- und Familienbildung, Erziehungswissenschaften“ sowie „Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung“ wurden jeweils zu 80% von Frauen besucht. In den Veranstaltungen zu „Politik, Gesellschaft, Gleichstellung“ und in „Sachgebietsübergreifenden Maßnahmen“ stellten Frauen rund zwei Drittel der Wissbegierigen. Auch bei Sprachen und im Sachgebiet „Zeitgeschichte, Länderkunde“ waren Frauen mit 70% in der Überzahl, ebenso bei den Angeboten zu „Umwelt, Technik, Naturwissenschaften“. Männer waren lediglich im Bildungssegment „Nachholen von Schulabschlüssen“ mit 55% in der Mehrheit, und im Bereich „Wirtschaft, kaufmännische Praxis“ wurden ebenso viele Männer wie Frauen gezählt.

Landesweit wurden von den anerkannten Trägern der Erwachsenenbildung knapp 46 000 Kurse, Seminare und Workshops angeboten, davon über die Hälfte – rund 24 000 Maßnahmen – von Volkshochschulen. Die beiden kirchlichen Landesarbeitsgemeinschaften für Erwachsenenbildung organisierten insgesamt 12 000 Veranstaltungen, die Landesvereinigung für ländliche

Teilnehmende an Weiterbildungsmaßnahmen 2005 nach Sachgebieten

Sachgebiet	Insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl	Anteil in %	
Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung	211 026	84,7	15,3
Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung	109 653	73,5	26,5
Zeitgeschichte, Geschichte, Länderkunde	91 503	70,0	30,0
Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung	73 878	77,0	23,0
Politik, Gesellschaft, Gleichstellung	72 474	64,7	35,3
Sprachen	71 062	69,6	30,4
Geisteswissenschaften, Eltern- und Familienbildung, Erziehungswissenschaften	55 484	81,5	18,5
Wirtschaft, kaufmännische Praxis	36 477	50,0	50,0
Umwelt, Technik, Naturwissenschaften	26 752	63,7	36,3
Sachgebietsübergreifende Maßnahmen	17 217	67,9	32,1
Nachholen von Schulabschlüssen	2 886	45,0	55,0
Insgesamt	768 412	74,2	25,8

Erwachsenenbildung knapp 5 800 und das Bildungswerk des Landessportbundes rund 3 000 Bildungsmaßnahmen.

Im Haushaltsjahr 2005 förderte das Land Rheinland-Pfalz die Weiterbildung mit über 7,9 Mill. Euro. Davon wurden 7,8 Mill. Euro als Fördermittel und Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Weiterbildungsgesetz gewährt, weitere 100 000 Euro entfielen auf Ausgleichserstattungen nach dem Bildungsfreistellungsgesetz.

Einzelhandel weiterhin mit positiven Vorzeichen

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen – konnte die Umsätze in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres steigern. Nach vorläufigen Berechnungen stiegen die

Umsatzerlöse gegenüber dem Zeitraum Januar bis September 2005 nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 2,9%. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, lag das Umsatzplus bei 1,9%. Bundesweit nahmen die Umsätze des Einzelhandels in den ersten neun Monaten nominal um 1% und real um 0,3% zu.

Eine unterdurchschnittliche Umsatzentwicklung verzeichnete der Fachhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Ähnliches zeigt sich für den Einzelhandel mit Waren verschiedener Art. In diese Gruppe gehören insbesondere die Kauf- und Warenhäuser sowie die Super- und Verbrauchermärkte. Insbesondere durch die preisbedingt hohen Umsatzsteigerungen im Brennstoffhandel entwickelte sich dagegen der Einzelhandel außerhalb von Ladengeschäften äußerst positiv. Einen maßgeblichen Beitrag

zum günstigen Gesamtergebnis lieferten auch die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln.

Das freundlichere Konsumklima schlug sich auch in der Beschäftigung nieder. Sowohl die Zahl der Vollbeschäftigten als auch die der Teilzeitbeschäftigten nahm im Zeitraum von Januar bis September zu, wobei die Zahl der Teilzeitkräfte überdurchschnittlich anstieg.

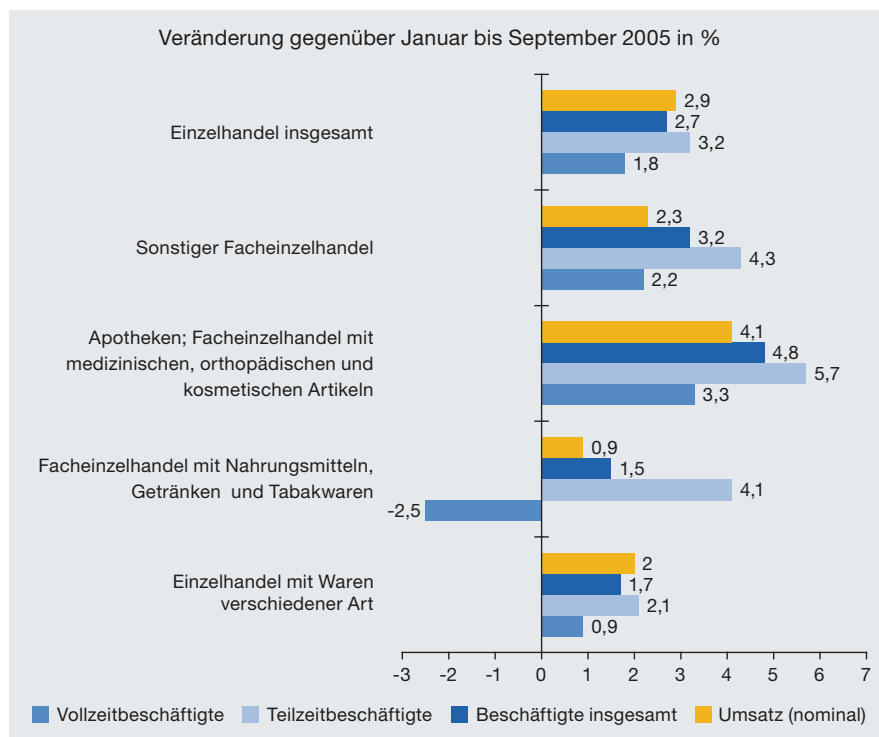
Im September 2006 setzte der rheinland-pfälzische Einzelhandel nach ersten Ergebnissen nominal 1,3% mehr um als im Vorjahresmonat. Preisbereinigt lag das Umsatzplus im September bei 0,6%.

Gastgewerbeumsatz nur leicht über dem Vorjahresniveau

Mehr Teilzeitbeschäftigte

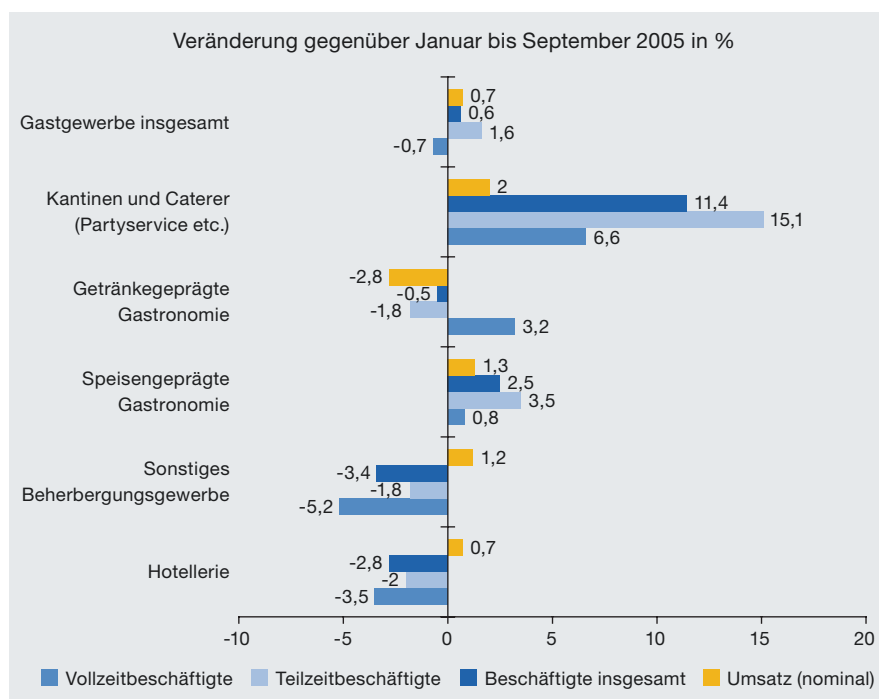
Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe konnte seine Umsatzzahlen in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres nicht nennenswert steigern. Die Umsätze nahmen gegenüber dem Zeitraum Januar bis September 2005 nominal – d. h. zu jeweiligen Preisen – um 0,7% zu. Real – um die Preisveränderungen bereinigt – verzeichnete die Branche einen Umsatzrückgang von 0,5%. Bundesweit setzte das Gastgewerbe in den ersten neun Monaten nominal 1,3% und real 0,1% mehr um als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel von Januar bis September 2006



Eine überdurchschnittliche Umsatzentwicklung war bei Kantinen und Cateringbetrieben – hierzu gehören auch die Lieferanten von Fluggesellschaften – zu beobachten. Aber auch die speisengeprägte Gastronomie mit ihren Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben konnte das Umsatzvolumen in den ersten neun Monaten spürbar ausweiten. Gleiches gilt für das sonstige Beherbergungsgewerbe (hierzu gehören zum Beispiel Jugendherbergen, Ferienhäuser und -wohnungen sowie Campingplätze). In der Hotellerie stiegen die Umsätze leicht um 0,7%. Ein Minus musste hingegen, nicht zuletzt wohl auch wegen des verregneten Saisonmonats August, die getränkegeprägte Gastronomie verkraften.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe von Januar bis September 2006



Insgesamt war die Beschäftigtenentwicklung im Gastgewerbe in den ersten neun Monaten ebenfalls leicht positiv. Allerdings stand hier einer um 1,6% gestiegenen Zahl von Teilzeitkräften ein Rückgang bei der Zahl der Vollbeschäftigten um 0,7% gegenüber.

Sonniger September verbessert Tourismusbilanz

Mehr Gäste aus dem Ausland

Nach den Minuszahlen im kühlen und verregneten August konnte die rheinland-pfälzische Tourismusbranche im sonnigen September wieder ein Plus beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen verbu-

chen. Gegenüber September 2005 nahmen die Gästezahlen um 5% auf 940 000 zu. Gleichzeitig stiegen die Übernachtungszahlen um 1,6% auf fast 2,6 Mill. Der September ist, neben dem Oktober, der wichtigste Monat für den Tourismus in Rheinland-Pfalz.

Großen Anteil am positiven Ergebnis hatte die Nachfrage aus dem Ausland, die bei Gästen und Übernachtungen zweistellige Zuwachsraten erreichte (Gäste: +15%, Übernachtungen: +11%). Mehr als die Hälfte dieser Übernachtungen entfiel auf Besucher aus den Niederlanden und aus Belgien. Beim Inlandstourismus war zwar eine Steigerung der Gästezahlen zu beobachten, das Übernachtungsvolumen war jedoch leicht rückläufig.

Ein kräftiges Plus konnten die großen Feriencentren verzeichnen, die überwiegend Niederländer und Belgier zu ihren Gästen zählen. Auch die Hotels und Hotels garnis übertrafen bei Gästen und Übernachtungen die Zahlen vom September 2005. Die übrigen Anbieter mussten Übernachtungsrückgänge verkraften, die jedoch meist moderat ausfielen. Im Bereich der Ferienhäuser und -wohnungen wurde das deutliche Minus maßgeblich durch eine Sonderentwicklung in der Region Westerwald/Lahn/Taunus beeinflusst. Hier führte die Umwandlung einer großen Anlage zu einer Reduzierung des Bettenangebots in diesem Marktsegment und dadurch zu einem Rückgang der Gäste- und Übernachtungszahlen.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis September 2006¹⁾ nach Herkunft, Fremdenverkehrsgebieten und Betriebsarten

Herkunft Fremdenverkehrsgebiet Betriebsart	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Ver- änderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Ver- änderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	5 626 147	0,8	16 168 654	-0,1
aus dem Ausland	1 250 574	4,3	3 612 572	4,7
aus Deutschland	4 375 573	-0,1	12 556 082	-1,4
nach Fremdenverkehrsgebieten				
Rheinhausen	538 800	2,4	994 756	7,2
Eifel/Ahr	969 636	1,6	3 305 283	0,9
Hunsrück/Nahe/Glan	487 009	2,4	1 779 477	0,7
Pfalz	1 189 962	1,4	3 093 603	0,0
Mosel/Saar	1 383 454	0,5	4 320 431	-1,1
Westerwald/Lahn/Taunus	386 889	-2,1	1 171 341	-2,6
Rheintal	670 397	-1,2	1 503 763	-3,1
nach Betriebsarten				
Feriencentren	311 167	16,1	1 499 550	12,4
Hotels	3 026 494	2,5	6 196 441	2,3
Hotels garnis	367 408	1,0	751 393	-1,5
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	67 991	-13,1	1 641 750	-1,6
Privatquartiere ²⁾	556 710	1,4	2 284 056	-2,0
Jugendherbergen u. ä. Einrichtungen	398 028	-4,1	928 585	-2,3
Pensionen	222 698	0,2	671 579	-3,1
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	331 523	0,7	1 002 609	-4,9
Gasthöfe	222 308	-6,0	579 795	-7,9
Ferienhäuser, -wohnungen	121 820	-25,9	612 896	-13,3

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Neben Privatquartieren mit weniger als neun Betten sind hier auch gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Betten berücksichtigt.

Durch das gute Septemberergebnis verbesserte sich die Gesamtbilanz der rheinland-pfälzischen Tourismusbranche für die ersten neun Monate des Jahres 2006 leicht. Gegenüber dem Zeitraum Januar bis Septem-

ber 2005 nahmen die Gästezahlen um 0,8% zu, die Übernachtungen gingen um 0,1% zurück. Von den sieben rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsregionen verzeichnete Rheinhessen, mit der Landeshaupt-

stadt Mainz, gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres mit Abstand den höchsten Übernachtungszuwachs. Die Regionen Eifel/Ahr und Hunsrück/Nahe/Glan wiesen ebenfalls eine Zunahme auf. In der Pfalz blieb das Übernachtungsvolumen unverändert. Das Rheintal und die Regionen Mosel/Saar sowie Westerwald/Lahn/Taunus meldeten rückläufige Übernachtungszahlen.

Zahl der Baugenehmigungen im Wohnbau jetzt wieder auf Vorjahresniveau

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden in Rheinland-Pfalz 7 330 neue Wohngebäude zum Bau freigegeben. Der Anstieg um fast 20% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ist vor allem auf den Wegfall der Eigenheimzulage zurückzuführen: Im ersten Quartal hatte es

durch einen Überhang von Anträgen aus dem Vorjahr eine starke Zunahme an genehmigten Wohngebäuden gegeben (plus 57%), während die Zahlen im zweiten und dritten Quartal in etwa auf Vorjahresniveau lagen. 83% der Genehmigungen in den ersten neun Monaten wurden für Einfamilienhäuser erteilt.

Neubauten sollen vor allem in den Landkreisen entstehen. Je 10 000 Einwohner wurden dort 21 neue Wohngebäude genehmigt, in den kreisfreien Städten waren es nur knapp 9. Die Landkreise verzeichneten in den ersten drei Quartalen einen Zuwachs an Baugenehmigungen von 23,3%, während es in den kreisfreien Städten einen leichten Rückgang um 1,2% gab.

Die meisten neuen Wohngebäude je 10 000 Einwohner wurden in

den Landkreisen Kaiserslautern, Cochem-Zell, Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg genehmigt; im Landkreis Cochem-Zell hat ein geplanter Ferienpark die Zahl maßgeblich beeinflusst. Die Schlusslichter unter den Landkreisen bildeten mit einem Wert von jeweils 10,6 Baugenehmigungen je 10 000 Einwohner Birkenfeld und der Rhein-Lahn-Kreis. Bei den kreisfreien Städten registrierte Trier mit 13,6 Genehmigungen je 10 000 Einwohner die relativ meisten Neubauten, in Pirmasens lag der Wert nur bei 4.

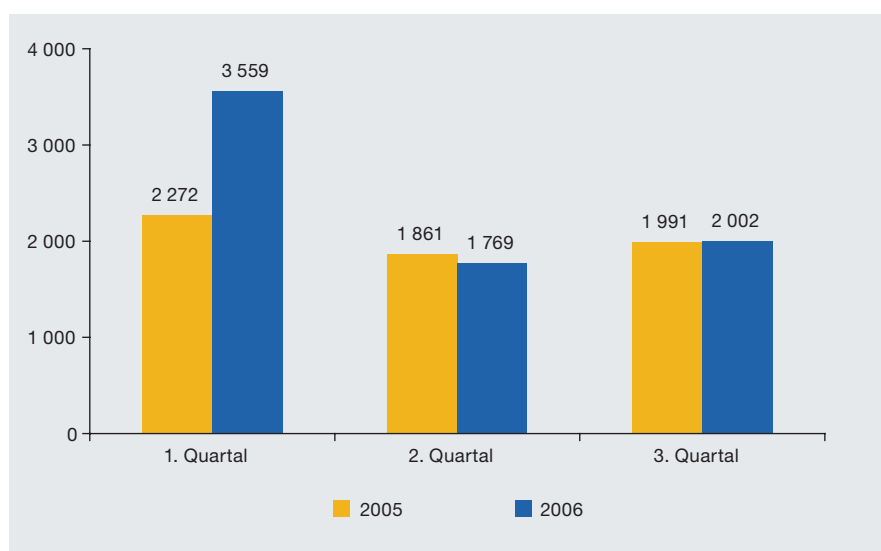
Zahl der Baugenehmigungen im Nichtwohnbau ist gestiegen

Größere Bauvorhaben vor allem in den kreisfreien Städten

Von Januar bis September 2006 genehmigten die Bauaufsichtsbehörden in Rheinland-Pfalz 1 145 neue Nichtwohngebäude; das waren 3,6% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Baukosten waren mit 631 Mill. Euro um 3,5% höher veranschlagt als in den ersten neun Monaten 2005. Die beantragte Nutzfläche beläuft sich auf über 1 Mill. Quadratmeter; das ist eine Zunahme von 16,2%. Nach dem guten Start in diesem Jahr mit einem Plus von 9,6% im ersten und 5,5% im zweiten Quartal ließ die Nachfrage nach neuen Nichtwohngebäuden in den Monaten Juli bis September leicht nach.

Vor allem in den kreisfreien Städten werden größere Bauvorhaben ge-

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) im 1.-3. Quartal 2005 und 2006



Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude im Wohnungsbau im 1.–3. Quartal 2005 und 2006

Merkmal	Einheit	1.–3. Quartal		Veränderung in %
		2005	2006	
Wohngebäude insgesamt	Anzahl	6 124	7 330	19,7
davon mit ...	Anzahl			
1 Wohnung	Anzahl	5 071	6 061	19,5
2 Wohnungen	Anzahl	808	980	21,3
darin Wohnungen	Anzahl	1 616	1 960	21,3
3 oder mehr Wohnungen	Anzahl	243	289	18,9
darin Wohnungen	Anzahl	1 462	1 835	25,5
darunter Bauherren	Anzahl			
Unternehmen	Anzahl	819	798	-2,6
Private Haushalte	Anzahl	5 297	6 525	23,2
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	8 149	9 856	20,9
Wohnfläche	100 m ²	10 660	13 003	22,0
Veranschlagte Baukosten	1 000 EUR	1 331 260	1 640 900	23,3

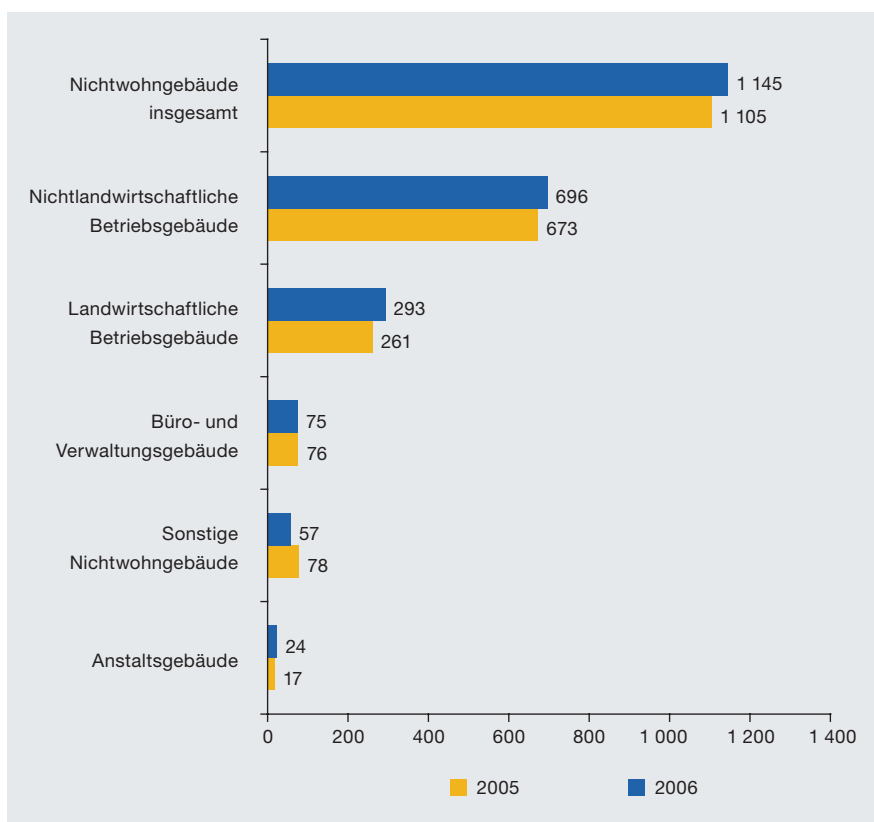
196 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen im Jahr 2005

Zwei Drittel der ausgetretenen Stoffe wurden wiedergewonnen

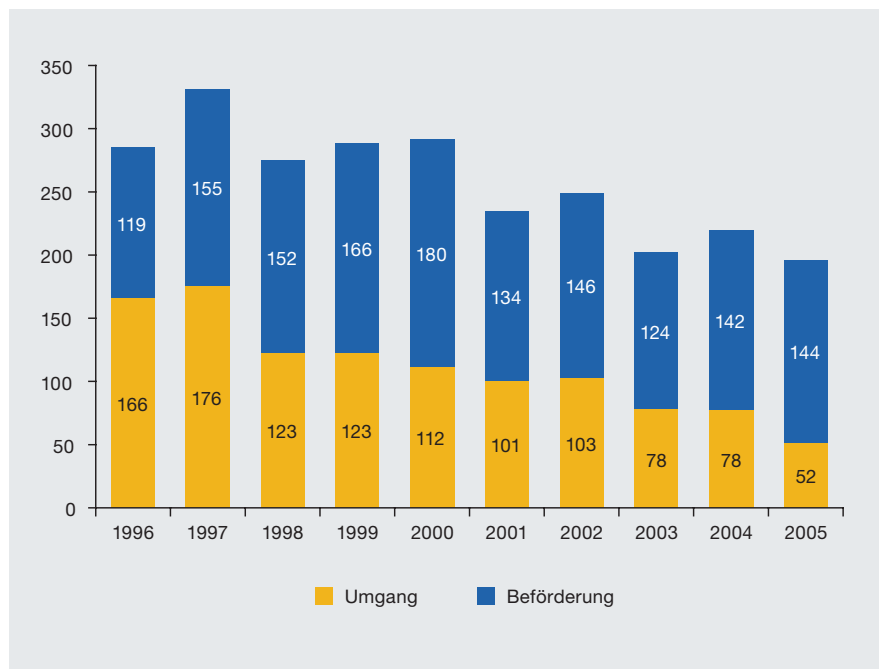
Bei 196 Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen wurden im vergangenen Jahr 143 m³ Schadstoffe freigesetzt. Annähernd zwei Drittel (62%) der Stoffe wurden durch sofort eingeleitete Maßnahmen wiedergewonnen. In 148 Fällen wurde Boden verunreinigt und 35-mal das Kanalnetz bzw. eine Kläranlage. 37-mal gelangten Schadstoffe in ein Oberflächengewässer; Grundwasser und die Wasserversorgung waren in je einem Fall betroffen. In

plant. Die veranschlagten Baukosten liegen in den ersten neun Monaten um 52,7% über dem Vorjahreswert. Ein Grund hierfür ist das enorme Investitionsvolumen von 62,9 Mill. Euro, das aus der Stadt Worms gemeldet wurde. Dort werden unter anderem ein neues Theater und ein Handelsgebäude geplant. Rechnet man die Stadt Worms heraus, ergibt sich für die kreisfreien Städte immer noch ein Plus von 10,3% gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres. Auch für Bauvorhaben in Speyer (+240%) und Landau (+200%) werden wesentlich höhere Baukosten veranschlagt. Dagegen stagniert die Planung neuer Nichtwohngebäude in den Landkreisen. Die kalkulierten Baukosten lagen dort um fast 11% niedriger als in den ersten drei Quartalen 2005.

Baugenehmigungen im Nichtwohnbau im 1.–3. Quartal 2005 und 2006 nach Gebäudearten (Neubau)



Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 1996–2005



diesen Werten sind Mehrfachzählungen enthalten. 144 Unfälle ereigneten sich bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen, die übrigen 52 Unfälle beim Umgang mit solchen Stoffen, beispielsweise beim Be- oder Entladen.

Ausstieg aus der Verwendung Ozonschicht schädigender Stoffe fast erreicht

Statistik erfasst seit 2005 nur noch klimawirksame Stoffe

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen haben den Ausstieg aus der Verwendung Ozonschicht schädigender Stoffe nahezu erreicht. Das Ozonschicht schädigende Potenzial der von der amtlichen Statistik er-

fassten Stoffe wurde von 1996 bis 2004 um mehr als 99% reduziert. Das hat den Gesetzgeber zu einer Änderung des Umweltstatistikgesetzes veranlasst. Gegenstand der weiteren statistischen Beobachtung sind seit dem Jahr 2005 nur noch die klimawirksamen Stoffe.

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen setzten im Jahr 2005 insgesamt 476 t klimawirksame Stoffe ein. Mehr als 60% (297 t) wurden als Treibmittel bei der Herstellung von Aerosolen (z. B. medizinische Sprays) und bei der Verschäumung von Kunst- und Schaumstoffen verwendet. Ein weiterer Schwerpunkt war der Einsatz als Kältemittel mit 174 t. Nahezu drei Viertel der so eingesetzten Substanzen wurden zur Erstfüllung von Neu-

anlagen und umgerüsteten Anlagen genutzt (127 t), der Rest diente zur Instandhaltung bestehender Anlagen. Eine untergeordnete Rolle spielte die Verwendung klimawirksamer Stoffe als sonstige Mittel bei der Herstellung, Instandhaltung oder Reinigung von Erzeugnissen mit nur 1% (5 t).

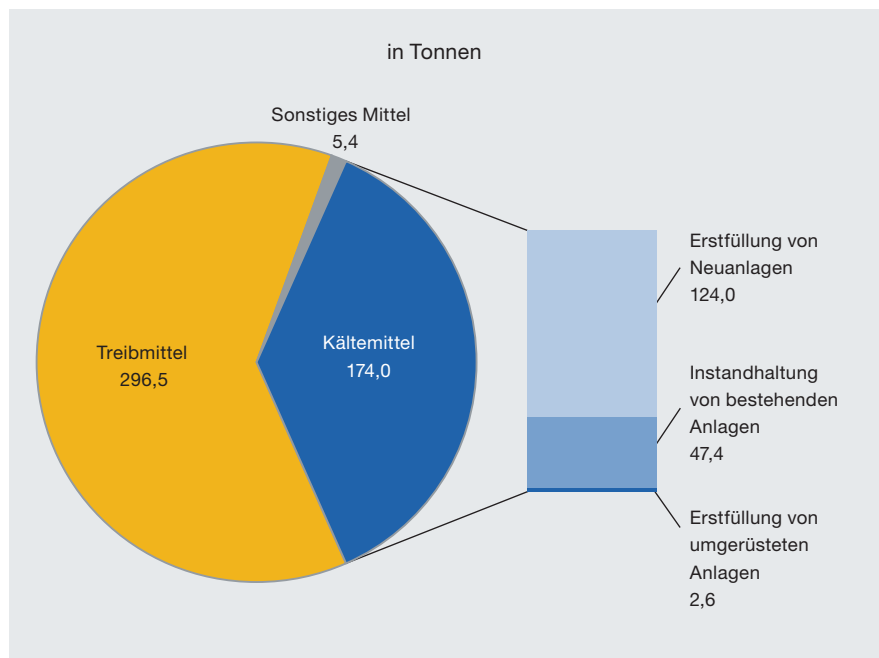
Betrachtet man den Einsatz klimawirksamer Stoffe nach Branchen, so ist die chemische Industrie mit nahezu zwei Dritteln (300 t) der insgesamt verwendeten Stoffe Spitzenreiter, gefolgt vom Maschinenbau (133 t) mit der Herstellung von gewerblichen kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen, wie z. B. Kühl- und Gefrieranlagen oder Klimageräten.

Industrie brauchte 1,6 Mrd. m³ Wasser

Chemiebranche dominiert den Verbrauch

Der Wasserbedarf der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Jahr 2004 bei 1,6 Mrd. m³. Das war gut 1% mehr als 2001, dem Jahr der letzten Erhebung. Die Betriebe deckten ihren Bedarf nahezu vollständig durch Eigengewinnung (97%), der Rest wurde aus dem öffentlichen Netz und von anderen Betrieben bezogen. Hauptquelle für die Eigengewinnung waren die Oberflächengewässer mit einer Entnahme von 1,5 Mrd. m³ (96%), lediglich 66 Mill. m³ (4%) stammten aus Grund- und Quellwasser.

Verwendung von klimawirksamen Stoffen 2005 nach Einsatzarten



geringe Mehrfachnutzung war der rheinland-pfälzische Anteil an der gesamten Wassergewinnung der deutschen Industrie (7,7 Mrd. m³) mit rund 20% überdurchschnittlich hoch. Zum Vergleich: Der rheinland-pfälzische Anteil am Gesamtumsatz der deutschen Industrie lag im Jahr 2004 bei 4,6%.

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen gestiegen

In den ersten neun Monaten des Jahres 2006 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 128 055 neue Kraftfahrzeuge für den Straßenverkehr zugelassen. Das waren 2,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Von den neu zugelassenen Fahrzeugen waren 84% oder 107 971 Personenkraftwagen. Daneben meldeten die Fahrzeughalter 8 643 Krafträder, 8 019 Lastkraftwagen und 2 830 Zugmaschinen erstmals für den Straßenverkehr an. Ein Rückgang der Neuzulassungen war gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres

Die besondere Bedeutung der chemischen Industrie für Rheinland-Pfalz spiegelt sich auch in ihrem herausragenden Wasserbedarf wider. Über 1,5 Mrd. m³ entfielen auf diesen Wirtschaftszweig. Die Branche „Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung“ lag auf Platz zwei mit einem Wasserbedarf von 38 Mill. m³, gefolgt vom Bereich „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (25 Mill. m³) sowie der Papierindustrie (20 Mill. m³).

Das Wasser wurde überwiegend zur Kühlung von Produktions- und Stromerzeugungsanlagen eingesetzt. Durch das hohe Wasserangebot des Rheins konnte die Kühlung in unmittelbarer Nähe des Flusses durch einfache Nutzung erfolgen; an weniger begünstigten Standorten waren Kreislaufsysteme mit entspre-

chenden Kühltürmen erforderlich. Die starke Nutzung des Rheinwassers war auch die Ursache dafür, dass jeder eingesetzte Liter Frischwasser nur 2,2-mal genutzt wurde, während der Nutzungsfaktor deutschlandweit bei 5,8 lag. Durch die große Bedeutung der Chemiebranche und die

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen von Januar bis September 2005 und 2006

Fahrzeugart	Januar–September		Veränderung in %
	2005	2006	
Kraftfahrzeuge insgesamt	124 898	128 055	2,5
darunter			
Krafträder	8 852	8 643	-2,4
Pkw	105 220	107 971	2,6
Lastkraftwagen	6 723	8 019	19,3
Zugmaschinen ¹⁾	2 474	2 830	14,4

1) Hierzu zählen Sattelzugmaschinen sowie land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen.

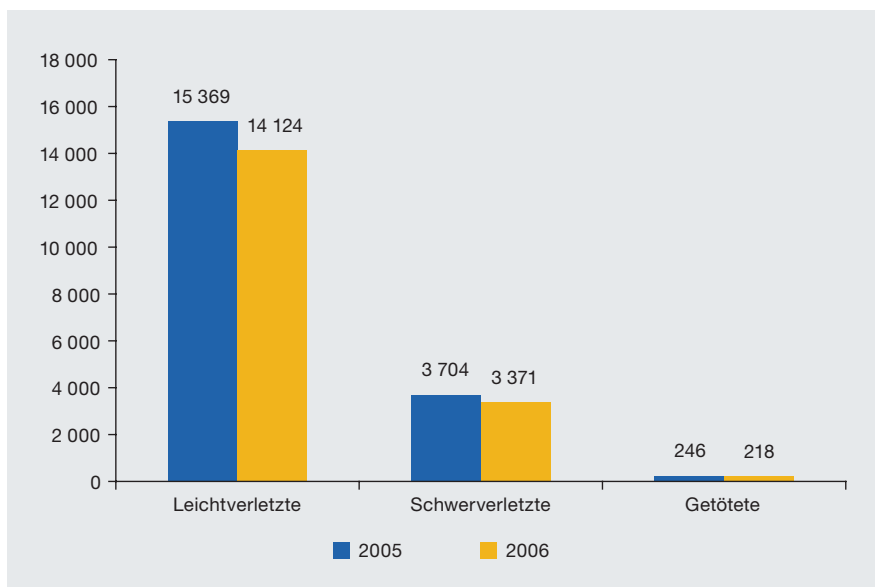
lediglich bei den Krafträdern zu verzeichnen (–2,4%), während 2,6% mehr Pkw zugelassen wurden. Ein starker Anstieg der Erstzulassungen wurde bei Lastkraftwagen (+19,3%) und Zugmaschinen (+14,4%) beobachtet.

Auf Bundesebene erhöhte sich die Zahl der Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen im gleichen Zeitraum auf rund 2,96 Mill. (+1,6%). Hier legten die Neuzulassungen für Personenkraftwagen um 1,8% zu. Für Lastkraftwagen (+12,5%) und Zugmaschinen (+13,6%) waren zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen. Dagegen ging auch im Bundesgebiet die Zahl der neu zugelassenen Krafträder zurück. Für diese Fahrzeugart wurden bis Ende September 164 053 Neuzulassungen registriert, 4,2% weniger als im Vorjahreszeitraum.

Zahl der Verkehrstoten bis Oktober niedriger als im Vorjahr

Weniger Verletzte und Getötete bei einer nahezu konstanten Zahl der Verkehrsunfälle: Das ist die Bilanz

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Oktober 2005 und 2006



für die ersten zehn Monate des Jahres 2006 aus den Meldungen der Polizeidienststellen des Landes. 218 Menschen verloren von Januar bis Ende Oktober 2006 in Rheinland-Pfalz bei Verkehrsunfällen ihr Leben, das waren 28 weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Schwer verletzt wurden 3 371 Unfallbeteiligte, 9% weniger als von Januar bis Oktober 2005. Die Zahl der Leichtverletzten lag mit 14 124 um gut 8% unter der

des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Insgesamt registrierte die Polizei in diesem Jahr von Januar bis Oktober 100 943 Unfälle, etwa 1% weniger als in den ersten zehn Monaten des Vorjahres. Bei 87% der Unfälle entstand lediglich Sachschaden. Bei 210 Unfällen wurden Menschen getötet, bei weiteren 13 331 Unfällen gab es Verletzte.

Ausländische Studierende an rheinland-pfälzischen Hochschulen im Wintersemester 2005/06



Von Hans-Jürgen Weber

Die Zahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Wintersemester 2005/06 waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen insgesamt 11 684 ausländische Staatsbürger eingeschrieben. Insbesondere junge Chinesinnen und Chinesen zieht es seit der Jahrtausendwende verstärkt an die hiesigen Universitäten und Fachhochschulen.

Jeder neunte Studierende ist ausländischer Staatsbürger

Fast 12 000 ausländische Studentinnen und Studenten in Rheinland-Pfalz

Im Wintersemester 2005/06 waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen insgesamt 11 684 ausländische Studierende eingeschrieben, fast 5 300 oder 82% mehr als vor zehn Jahren. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich zwar auch die Zahl der deutschen Studentinnen und Studenten, die Zunahme fiel hier jedoch mit +21% deutlich niedriger aus.

Immer mehr junge Frauen entscheiden sich für eine akademische Ausbildung. Dies ist eine Tendenz, die sich insbesondere auch bei den ausländischen Studierenden zeigt. Während bei den männlichen Studierenden seit dem Wintersemester 1995/96 jeweils nur eine unterdurchschnittliche Zunahme registriert wurde (ausländische Studenten: +59%; deutsche Studenten: +8%), ist die Zahl der Nachwuchsakademikerinnen überproportional gestiegen. Die Zahl der

Studentinnen mit ausländischem Pass hat sich seit 1995 mehr als verdoppelt (+109%). Auch die Zahl der deutschen Studentinnen ist im Vergleichszeitraum um +38% gestiegen. Waren Frauen unter den ausländischen Studierenden noch vor zehn Jahren mit einem Anteil von 46% leicht unterrepräsentiert, so sind sie inzwischen mit einem Anteil von 53% in der Überzahl.

Zuwachsrate bei ausländischen Studentinnen am höchsten

Die Ausländerquote, das heißt der Anteil der ausländischen Studierenden an der Gesamtzahl der Studentinnen und Studenten, hat sich von 7,9% im Wintersemester 1995/96 auf 11,5% im Wintersemester 2005/06 erhöht. Somit ist inzwischen jeder neunte hierzulande Studierende ausländischer Staatsbürger. Trotz dieser deutlichen Steigerung um annähernd 4 Prozentpunkte lag der Ausländeranteil in Rheinland-Pfalz im zurückliegenden Wintersemester immer noch 1 Prozentpunkt unter dem Bundesdurchschnitt (12,5%).

Ausländerquote liegt in Rheinland-Pfalz noch immer unter dem Bundesdurchschnitt

40 Prozent der ausländischen Studierenden sind an der Universität Mainz immatrikuliert

7 von 10 ausländischen Studierenden sind an einer Universität immatrikuliert

Die Mehrzahl der ausländischen Studierenden strebt an die wissenschaftlichen Hochschulen. Gut 71 % waren im vergangenen Wintersemester an einer der vier Universitäten des Landes immatrikuliert.

Universität Mainz mit höchster Ausländerzahl

Die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, die mit Abstand größte Hochschule (34 500 Studierende) im Lande, verzeichnete – absolut gesehen – auch den höchsten Zustrom von Ausländern. Im Wintersemester 2005/06 hatten sich hier 4 626 Studentinnen und Studenten (40 % aller ausländischen Studierenden) eingeschrieben. Es folgten die Universität Trier mit 1 892 (16 %) und die Technische Universität Kaiserslautern mit 1 395 (12 %) ausländischen Staatsbürgern in der Studentenschaft. Rund 3 200 ausländische Studierende (27 %) besuchten eine Fachhochschule. Zahlenmäßig lag hier die Fachhochschule Kaiserslautern mit 649 Personen vorn, gefolgt von den Hochschulen in Trier (520) und in Worms (479).

Über ein Viertel der ausländischen Studierenden an Fachhochschulen eingeschrieben

Relativ gesehen ergibt sich allerdings eine andere Rangfolge. So lag im Wintersemester 2005/06 – gemessen an der Ausländerquote – die Fachhochschule Worms mit einem Wert von knapp 19 % deutlich vorn, gefolgt von der Technischen Universität Kaiserslautern mit 15 % und der Universität Trier sowie der Fachhochschule Ludwigshafen mit jeweils 14 %. Mit einem Ausländeranteil von 13 % belegte die Johannes Gutenberg-Universität nur den fünften Rang.

Fachhochschule Worms mit höchstem Ausländeranteil

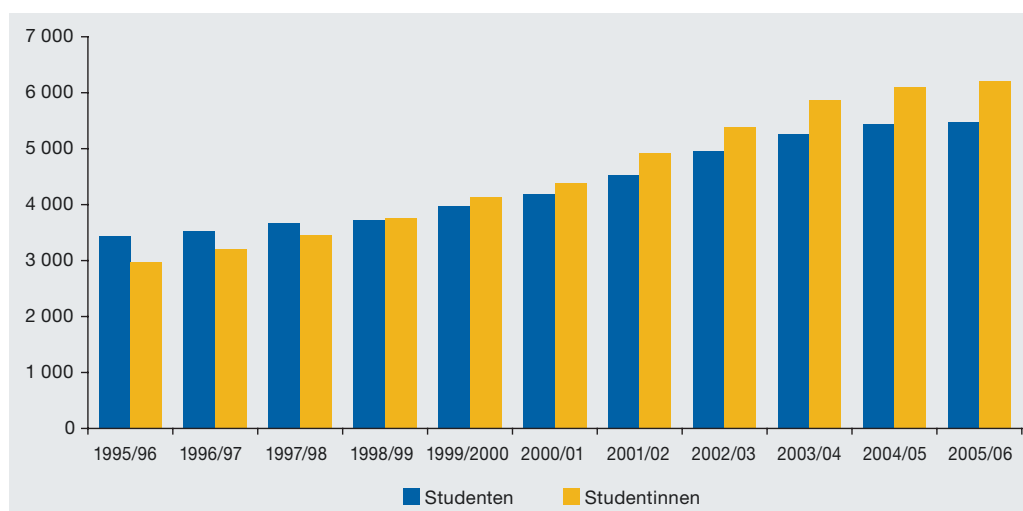
Mehrzahl der ausländischen Studierenden stammt aus europäischen Staaten

Von den 11 684 Studierenden ausländischer Nationalität stammten 59 % aus dem europäischen Ausland, 24 % aus Asien, 12 % aus Afrika, 4,6 % aus Amerika und 0,1 % aus Australien und Ozeanien. Staatenlos bzw. ungeklärter Staatsangehörigkeit waren 0,4 % der im Wintersemester 2005/06 hier immatrikulierten Ausländerinnen und Ausländer. Gegenüber dem Wintersemester 1995/96 ist diese Reihenfolge unverändert

Jeder vierte ausländische Studierende kommt aus Asien

S 1

Ausländische Studierende an rheinland-pfälzischen Hochschulen WS 1995/96 – WS 2005/06 nach Geschlecht



T 1

Studierende im WS 2005/06
nach Hochschulen

Hochschule	Ins- gesamt	Ausländische Studierende	
	Anzahl		%
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	34 515	4 626	13,4
Technische Universität Kaiserslautern	9 394	1 395	14,8
Universität Trier	13 249	1 892	14,3
Universität Koblenz-Landau	11 068	428	3,9
Sonstige wissenschaftliche Hochschulen	1 305	131	10,0
Fachhochschule Bingen	2 246	217	9,7
Fachhochschule Kaiserslautern	5 167	649	12,6
Fachhochschule Koblenz	5 836	456	7,8
Fachhochschule Ludwigshafen	2 742	385	14,0
Fachhochschule Mainz	4 453	454	10,2
Fachhochschule Trier	5 955	520	8,7
Fachhochschule Worms	2 587	479	18,5
Evangelische Fachhochschule Ludwigshafen	789	15	1,9
Katholische Fachhochschule Mainz	727	26	3,6
Verwaltungsfachhochschulen	1 812	11	0,6
Insgesamt	101 845	11 684	11,5

geblieben, gleichwohl haben sich die Gewichte etwas verschoben. Der Anteil Studierender aus dem europäischen Ausland ist in den vergangenen zehn Jahren leicht gestiegen (+0,6 Prozentpunkte). Auch Studentinnen und Studenten aus asiatischen und afrikanischen Herkunftsländern sind unter den ausländischen Studierenden inzwischen stärker vertreten (+ 1,5 bzw. +0,5 Prozentpunkte). Demgegenüber ergaben sich bei Amerikanern sowie Staatenlosen und ungeklärten Nationalitäten leichte Anteilsrückgänge (–1,9 bzw. –0,7 Prozentpunkte).

Zunahme der Studierenden aus Asien am höchsten

Absolut gesehen hat sich seit dem Wintersemester 1995/96 die Zahl der Studierenden aus sämtlichen Kontinenten deutlich erhöht, wobei die Zuwachsrate der Studentinnen und Studenten aus dem asiatischen Raum mit +95% am höchsten ausfiel. Ein überdurchschnittlicher Zuwachs wurde im Vergleichszeitraum auch für Studierende

aus Afrika (+90%) und dem europäischen Ausland (+84%) verzeichnet. Unterproportionale Zunahmen ergaben sich dagegen für Australien und Ozeanien (+50%) sowie Amerika (+30%). Lediglich die Zahl der Studierenden mit ungeklärter Staatsangehörigkeit sowie der Staatenlosen ist gesunken (–41%).

Ein Viertel aller ausländischen Studierenden stammt aus China, der Türkei und Luxemburg

Im Hinblick auf die vertretenen Nationalitäten ergibt sich eine ausgesprochen große Vielfalt. Insgesamt gesehen stammt die Mehrzahl der Ausländerinnen und Ausländer jedoch aus einer überschaubaren Gruppe von Staaten. Dabei sind die Chinesen mit einem Anteil von knapp 12% der ausländischen Studierenden besonders stark vertreten. Im Wintersemester 1995/96 hatte ihr Anteil noch bei 4,5% gelegen. Insbesondere seit der Jahrtausendwende ist die Zahl chinesischer „Gaststudierender“ jedoch spürbar gestiegen. Dies ist – abgesehen von den zurzeit noch kostenfreien Ausbildungsangeboten an den rheinland-pfälzischen Hochschulen – vor allem eine indirekte Folge der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001. Seither verfahren die Einwanderungsbehörden der Vereinigten Staaten deutlich restriktiver bei der Vergabe von Studentenvisa. Infolgedessen werden beträchtliche Ströme studienwilliger Bildungsmigranten auch an die hiesigen Hochschulen umgeleitet.

China stellt die größte Gruppe ausländischer Studierender

Unter den zahlenmäßig am stärksten vertretenen Nationen folgten im Wintersemester 2005/06 auf den Plätzen 2 und 3 türkische sowie luxemburgische Studierende mit Anteilen von jeweils rund 7%. Damit entfiel

Starke
Zunahme
aus ost-
europäischen
Staaten

auf diese drei am häufigsten vertretenen Nationalitäten rund ein Viertel aller ausländischen Studierenden. Eine wachsende Zahl ausländischer Studentinnen und Studenten stammt aus den osteuropäischen Staaten, vor allem aus Polen, Bulgarien, der Russischen Föderation, der Ukraine, Rumänien, Georgien sowie Bosnien und Herzegowina. Auch Studierende afrikanischer Herkunft, hier vor allem aus Kamerun und Marokko, sind zunehmend häufiger an den rheinland-pfälzischen Hochschulen vertreten. Demgegenüber ist im Zehnjahresvergleich die

Zahl der Studierenden aus dem Iran, den USA sowie der Republik Korea deutlich rückläufig.

Studienfächer der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am häufigsten belegt

Bezogen auf das erste Studienfach belegten ausländische Studierende am häufigsten Studienfächer aus dem Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im Wintersemester 2005/06 waren 32% der

T 2

Ausländische Studierende in den WS 1995/96 und 2005/06 nach Erdteilen bzw. ausgewählten Herkunftsländern

Erdteil Herkunftsland	Insgesamt	Anteil	Insgesamt	Anteil	Veränderung WS 2005/06 gegenüber WS 1995/96
	WS 1995/96		WS 2005/06		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Europa	3 731	58,2	6 873	58,8	84,2
Afrika	751	11,7	1 425	12,2	89,7
Amerika	414	6,5	540	4,6	30,4
Asien	1 433	22,4	2 791	23,9	94,8
Australien und Ozeanien	8	0,1	12	0,1	50,0
Staatenlos/ungeklärt	73	1,1	43	0,4	-41,1
Insgesamt	6 410	100	11 684	100	82,3
darunter					
China	289	4,5	1 356	11,6	369,2
Türkei	700	10,9	818	7,0	16,9
Luxemburg	334	5,2	795	6,8	138,0
Polen	169	2,6	749	6,4	343,2
Bulgarien	23	0,4	574	4,9	x
Marokko	244	3,8	514	4,4	110,7
Kamerun	77	1,2	462	4,0	500,0
Russische Föderation	85	1,3	447	3,8	425,9
Italien	319	5,0	426	3,6	33,5
Ukraine	13	0,2	395	3,4	x
Frankreich	329	5,1	336	2,9	2,1
Spanien	263	4,1	287	2,5	9,1
Griechenland	286	4,5	273	2,3	-4,5
Kroatien	128	2,0	210	1,8	64,1
Korea, Republik	229	3,6	171	1,5	-25,3
Rumänien	33	0,5	169	1,4	412,1
Österreich	179	2,8	144	1,2	-19,6
Iran	404	6,3	133	1,1	-67,1
Georgien	6	0,1	132	1,1	x
USA	177	2,8	127	1,1	-28,2
Bosnien und Herzegowina	24	0,4	103	0,9	329,2
Kolumbien	29	0,5	100	0,9	244,8

ausländischen Nachwuchsakademiker in entsprechenden Studiengängen eingeschrieben. Es folgten die Sprach- und Kulturwissenschaften mit 29%, Mathematik und Naturwissenschaften mit 17% und die Ingenieurwissenschaften mit knapp 14%. Seltener belegt wurden dagegen Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften mit 4,1% sowie Kunst und Kunstwissenschaft mit 3,5%. Die übrigen beiden Fächergruppen Sport sowie Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften spielten mit jeweils 0,4% nur eine geringe Rolle.

Im Hinblick auf die Wahl des Studienfachs haben sich in den vergangenen zehn Jahren

spürbare Verschiebungen ergeben. Damals lagen die Sprach- und Kulturwissenschaften mit einem Anteil von 36% eindeutig an der Spitze. Es folgten die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (28%) vor Mathematik, Naturwissenschaften (15%) sowie den ingenieurwissenschaftlichen Fächern (12%).

Bezieht man die Zahl der ausländischen Studentinnen und Studenten auf die Gesamtzahl der Studierenden in der jeweiligen Fächergruppe ergibt sich ein völlig anderes Bild. So wies die im Wintersemester 2005/06 zahlenmäßig am schwächsten besetzte Fächergruppe Agrar-, Forst- und

Veränderungen
bei der Fächer-
wahl in den
letzten zehn
Jahren

T 3

Anteil der ausländischen Studierenden an der Gesamtzahl der Studierenden in den WS 1995/96 und 2005/06 nach Fächergruppen und Erdteilen

Fächergruppe	Studierende insgesamt	Ausländische Studierende						
		zusammen	Europa	Afrika	Amerika	Asien	Australien und Ozeanien	staatenlos ungeklärt
	Anzahl	%						
WS 1995/96								
Sprach- und Kulturwissenschaften	20 258	11,2	6,7	1,2	1,1	2,1	0,0	0,2
Sport	576	3,6	2,3	-	0,9	0,3	-	0,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	25 118	7,2	4,9	0,7	0,3	1,2	0,0	0,1
Mathematik, Naturwissenschaften	13 651	7,2	2,9	1,6	0,3	2,4	0,0	0,1
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	3 905	8,4	3,7	0,3	0,4	3,8	0,0	0,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	315	1,9	0,6	1,0	-	0,3	-	-
Ingenieurwissenschaften	13 979	5,7	3,5	0,7	0,2	1,3	-	0,0
Kunst, Kunstwissenschaft	2 889	6,7	3,8	0,1	0,6	2,1	-	0,1
Insgesamt	80 691	7,9	4,6	0,9	0,5	1,8	0,0	0,1
WS 2005/06								
Sprach- und Kulturwissenschaften	26 126	13,0	8,9	1,3	0,8	1,9	0,0	0,0
Sport	1 428	3,6	3,0	0,1	0,1	0,5	-	-
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	33 369	11,1	6,8	0,9	0,6	2,8	-	0,0
Mathematik, Naturwissenschaften	18 945	10,6	5,5	1,8	0,4	2,9	-	0,0
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	5 319	9,0	4,8	0,5	0,3	3,3	-	0,1
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	252	17,9	4,0	2,0	-	11,9	-	-
Ingenieurwissenschaften	12 925	12,3	5,2	3,0	0,3	3,6	0,0	0,1
Kunst, Kunstwissenschaft	3 481	11,9	7,6	0,1	0,8	3,3	0,1	0,0
Insgesamt	101 845	11,5	6,7	1,4	0,5	2,7	0,0	0,0

Ausländerquote in Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften im WS 2005/06 am höchsten ...

Ernährungswissenschaften mit einem Wert von knapp 18% die höchste Ausländerquote auf. Es folgten die Sprach- und Kulturwissenschaften mit einem Ausländeranteil von 13% vor den Ingenieurwissenschaften mit 12,3%. Vergleichsweise beliebt waren offensichtlich auch die kunstwissenschaftlichen Disziplinen (11,9%), die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (11,1%) sowie die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen (10,6%).

... und im WS 1995/96 am niedrigsten

Gegenüber dem Wintersemester 1995/96 haben sich damit deutliche Verschiebungen ergeben. Seinerzeit war mit einem Anteilswert von 11,2% nur in den Sprach- und Kulturwissenschaften eine zweistellige Ausländerquote registriert worden. Auf dem zweiten Rang folgten damals humanmedizinische bzw. gesundheitswissenschaftliche Studiengänge mit einem Wert von 8,4% vor rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen sowie mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen mit jeweils 7,2%. Agrar-, forst- und ernährungswissenschaftliche Angebote rangierten mit einer Quote von 1,9% am Ende der Skala. Generell sind die Ausländeranteile in allen Fächergruppen – mit Ausnahme von Sport – im Zehnjahreszeitraum mehr oder weniger stark gestiegen, wobei die Zunahme in Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften mit einem Plus von 16 Prozentpunkten am deutlichsten ausfiel.

9% aller Sprachwissenschaftler kommen aus dem europäischen Ausland

Je nach Herkunft der Studierenden zeigt sich eine unterschiedliche Verteilung der fachlichen Schwerpunkte. Bei den Ausländerinnen und Ausländern aus europäischen Staaten lagen sowohl im Wintersemester 2005/06 als auch im Wintersemester 1995/96 die Sprach- und

Info

Bildungsinländer und Bildungsausländer

Zu den **Bildungsinländern** zählen alle Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland, jedoch nicht an einem Studienkolleg, erworben haben. In der Regel handelt es sich um Kinder von Zuwanderern, die in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Heimatlandes behalten haben.

Bildungsausländer sind ausländische Staatsangehörige, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland, teilweise ergänzt durch den erfolgreichen Besuch eines deutschen Studienkollegs, erlangt haben. Sie sind die international „mobilen“ Studierenden, die entweder einen Teil eines Studiengangs im Rahmen eines Förderprogramms (z. B. ERASMUS) oder einen kompletten Studiengang in Deutschland absolvieren.

Kulturwissenschaften an der Spitze, wo sie mit Anteilswerten von 8,9 bzw. 6,7% vertreten waren. Bei afrikanischen Studierenden war im Wintersemester 2005/06 die Quote in Ingenieurwissenschaften mit einem Wert von 3% am höchsten, vor zehn Jahren waren es noch mathematisch-naturwissenschaftliche Studiengänge mit einem Anteil von 1,6% gewesen. Amerikanische Studierende favorisieren nach wie vor sprach- und kulturwissenschaftliche Disziplinen und kunstwissenschaftlich ausgerichtete Studienangebote. Bei asiatischen Studierenden war die Quote im Wintersemester 2005/06 in den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften mit 11,9% am höchsten. Zehn Jahre zuvor standen noch Fächer aus dem Bereich Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften in der Gunst dieser „Gaststudierenden“ an erster Stelle, wo sie einen Anteil von 3,8% erreichten.

3% der angehenden Ingenieure sind Afrikanerinnen und Afrikaner

Fast 12% der Studierenden in den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften kommen aus Asien

„Bildungsinländer“ und „Bildungsausländer“

Nicht alle hierzulande immatrikulierten Ausländerinnen und Ausländer sind eigens für ihre akademische Ausbildung aus dem Ausland zugereist. Ein Teil von ihnen hat bereits vor der Aufnahme des Studiums eine deutsche Schule besucht und dort die Hochschulzugangsberechtigung erlangt. Diese Gruppe ausländischer Studierender hat dementsprechend einen mehr oder weniger großen Teil der Kindheit und Jugend in Deutschland verbracht und wird statistisch unter der Bezeichnung „Bildungsinländer“ geführt. Im Gegensatz dazu werden ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erlangt haben, als Bildungsausländer bezeichnet. Ausschließlich Letztere können als die grenzüberschreitend „mobile“ Gruppe der Bildungsmigranten angesehen werden.

Fast vier Fünftel der ausländischen Studierenden sind Bildungsausländer

Von den 11 684 ausländischen Studierenden, die sich im Wintersemester 2005/06 an den rheinland-pfälzischen Hochschulen eingeschrieben hatten, waren 8 972 oder

77 % Bildungsausländer; die übrigen hatten ihre Hochschulzugangsberechtigung an einer deutschen Schule erlangt. Im Vergleich der letzten zehn Jahre fielen die Zuwachsraten in diesen beiden Gruppen unterschiedlich aus. Während sich die Zahl der Bildungsausländer verdoppelte, war bei den Bildungsinländern eine deutlich geringere Zunahme von 39% zu verzeichnen. Demzufolge ist der Anteil der Bildungsausländer an der Gesamtzahl der Studierenden von 5,5% im Wintersemester 1995/96 kontinuierlich auf 8,8% im Wintersemester 2005/06 gestiegen. Der Anteil der Bildungsinländer erhöhte sich im Vergleichszeitraum um lediglich 0,3 Prozentpunkte auf jetzt 2,7%.

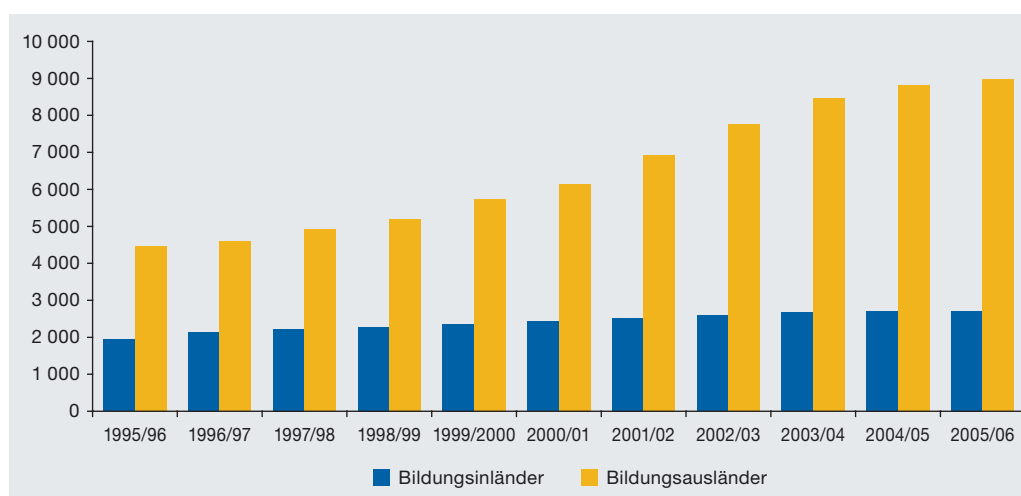
Zahl der Bildungsausländer in den letzten zehn Jahren verdoppelt

Das Hauptkontingent der Bildungsausländer stellten im Wintersemester 2005/06 die Chinesen mit 1 257 Studierenden, gefolgt von den Luxemburgern (776), den Polen (650), den Bulgaren (557) und den Marokkanern (458). Auf die zehn am stärksten vertretenen Herkunftsländer entfielen 60% aller Bildungsausländer. Bei den Bildungsinländern stand die Türkei

Die größte Gruppe der Bildungsinländer sind Türiinnen und Türiken

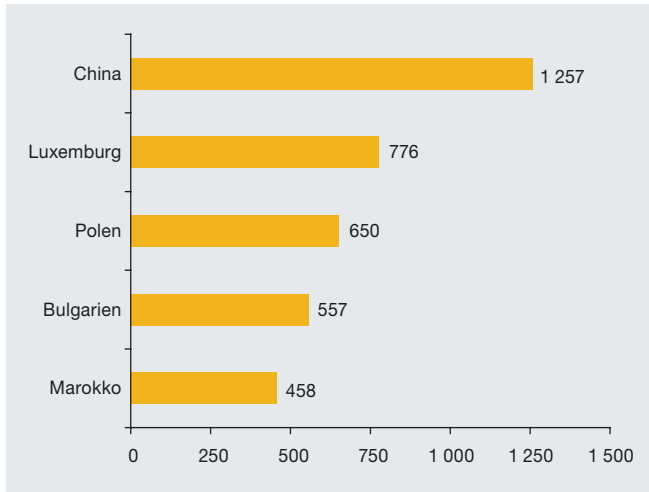
S 2

Bildungsinländer und Bildungsausländer WS 1995/96 – WS 2005/06



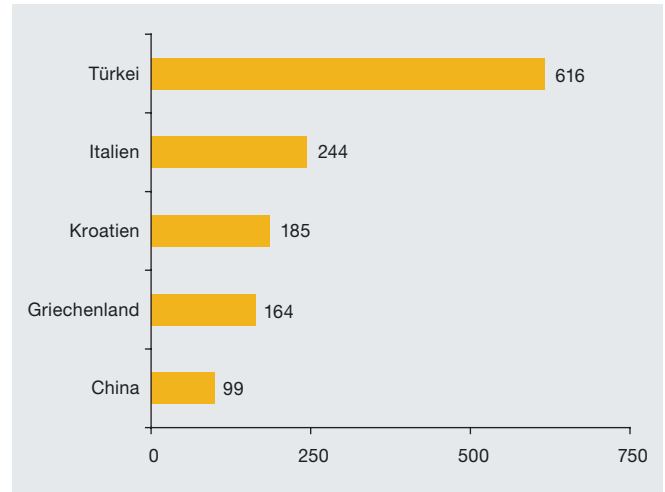
S 3

Bildungsausländer aus den fünf am stärksten vertretenen Herkunftsländern im WS 2005/06



S 4

Bildungsinländer aus den fünf am stärksten vertretenen Herkunftsländern im WS 2005/06



als früheres Hauptanwerbeland für Arbeitskräfte mit 616 Studierenden an der Spitze. Auf den weiteren Plätzen folgten Italien (244), Kroatien (185) und Griechenland (164).

der bei der Fächerwahl. Hier dominierten die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 38% vor den Sprach- und Kulturwissenschaften mit 21%.

Bildungsausländer studieren häufig Sprach- und Kulturwissenschaften

Bei der Studienfachwahl favorisierten die Bildungsausländer Disziplinen aus den Sprach- und Kulturwissenschaften (31%) vor rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fächern (30%). Genau umgekehrt war das Verhalten der Bildungsinländer

Hans-Jürgen Weber, Diplom-Betriebswirt (FH), ist als Sachgebietsleiter für die Hochschul- und Berufsbildungsstatistiken zuständig.

Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Ein Ansatz zur Analyse möglicher Zusammenhänge zwischen dem Alter der Mutter und den Risiken bei der Geburt



Von Alexander Richter

Nachdem in den Heften 7 und 8/2006 die Inhalte und Erhebungsmethodiken von Einzeldaten aus der amtlichen Bevölkerungsstatistik vorgestellt wurden, hat der Beitrag in Heft 10 einen Eindruck davon vermittelt, wie sich die Daten als Grundlage zur Beobachtung regionaler Bevölkerungsentwicklungen über längere Zeiträume verwenden lassen. Nach diesen eher methodischen Betrachtungen wird die Reihe der Beiträge zu Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik mit einer Datenanalyse abgeschlossen. Auf der Grundlage von Einzeldaten aus der amtlichen Statistik wird versucht, die Frage zu klären, ob durch den zu beobachtenden Anstieg des Alters der Mütter mit einer Häufung von Risikogeburten zu rechnen ist.

Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt steigt

Rheinland-pfälzische Mütter bei der Geburt im Schnitt 29,5 Jahre alt

Die demografischen Probleme unserer Gesellschaft sind mittlerweile ein fester Bestandteil der Diskussion in der Politik und den Medien. In diesem Zusammenhang stehen nicht nur die demografische Alterung der Bevölkerung und die niedrigen Geburtenziffern im Fokus. Es wird auch auf das in Deutschland seit Jahren steigende Durchschnittsalter von Müttern bei der Geburt hingewiesen. Ein Anstieg dieses Alters lässt sich auch für die Mütter aus Rheinland-Pfalz feststellen: Lag das Durchschnittsalter im Jahr 1990 noch bei 27,5 Jahren, so waren die Mütter im Jahr 2005 bei einer Geburt durchschnittlich 29,5 Jahre alt. Hierbei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Kreisen. Während 2005 im Landkreis Neuwied das

Ausgeprägte Unterschiede des Durchschnittsalters in den Kreisen

Durchschnittsalter mit 27,2 Jahren sogar unter dem Landeswert von 1990 lag, war es in der Landeshauptstadt Mainz mit rund 30,7 Jahren am höchsten. Bei dieser Betrachtung muss berücksichtigt werden,

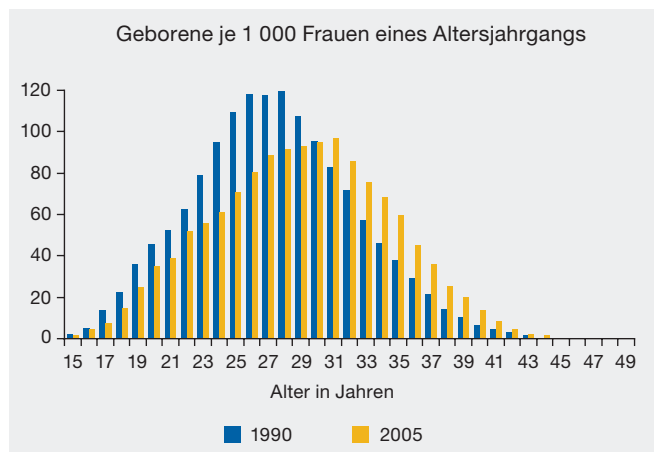
Beiträge über Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik in den Statistischen Monatsheften

Es sind erschienen in den Ausgaben

- 7/2006 Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland
- 8/2006 Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Wanderungsbewegungen und Einbürgerungen in Deutschland
- 10/2006 Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Eine Grundlage zur Analyse regionaler Entwicklungen in Rheinland-Pfalz
- 12/2006 Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Ein Ansatz zur Analyse möglicher Zusammenhänge zwischen dem Alter der Mutter und den Risiken bei der Geburt

S 1

Altersspezifische Geburtenziffern 1990 und 2005



dass in die Berechnung alle Geburten nach dem Hauptwohnsitz der Mutter eingegangen sind, unabhängig davon, ob es sich um eine erste, zweite oder weitere Geburt handelt.¹⁾

Jedes fünfte Kind wird von einer Mutter über 35 Jahre geboren

Der kontinuierliche Anstieg des durchschnittlichen Alters bei der Geburt resultiert aus einem wachsenden Anteil von Müttern in den höheren Altersstufen. Darüber hinaus ist nicht nur der Anteil, sondern auch die Zahl der Geborenen von Müttern über 35 Jahre angestiegen. Machten im Jahr 1990 die 3 424 Geborenen von Müttern dieser Altersgruppe noch einen Anteil von rund 8 % aus, stieg die Geborenenzahl bis 2005 auf 6 776; dies ist ein Anteil von fast 21 % aller Geborenen.

Sinkende Geburtenziffern bei den unter 18-Jährigen

Im Gegensatz dazu ist dem – in vielen Medien häufig zitierten – Anstieg der Zahl so genannter „Teenager-Mütter“, sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Deutschland, eine eher geringe Bedeutung beizumessen. Die Zahlen von Geborenen, deren

Mütter jünger als 18 Jahre sind, haben sich zwischen 1990 und 2005 kaum verändert und lagen im Durchschnitt bei etwa 370 im Jahr. Der Anteil von Müttern dieser Altersgruppe war dabei über den gesamten Beobachtungszeitraum mit etwa 1 % relativ konstant. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die altersspezifischen Geburtenziffern für die unter 18-Jährigen, dann zeigt sich zwischen 1990 und 2005 ein leichter Rückgang. Eine Zunahme der altersspezifischen Geburtenziffern ist dagegen in den höheren Altersstufen zu beobachten.

Wie eingangs beschrieben, nahm trotz insgesamt sinkender Geburtenzahlen in Rheinland-Pfalz die Zahl der Mütter in den höheren Altersstufen im Zeitraum von 1990 bis 2005 zu. Mit dem steigenden Anteil dieser Altersstufen an allen Geburten erhöhte sich in der Folge auch das Durchschnittsalter der Mütter. Dieser Effekt dürfte auf zwei wesentlichen Ursachen beruhen. Zum einen hat im Beobachtungszeitraum die Zahl der Frauen in den Altersstufen über 35 Jahre zugenommen. Dies ist dar-

Steigende Geburtenziffern bei Frauen über 35 Jahre

Info

Altersspezifische Geburtenziffer

Die altersspezifische Geburtenziffer stellt das Verhältnis aller Geburten von Frauen eines bestimmten Alters im Beobachtungsjahr zur durchschnittlichen Anzahl der weiblichen Bevölkerung dieses Alters und Beobachtungsjahres dar. Die altersspezifischen Geburtenziffern werden in der Regel auf 1 000 Frauen bezogen.

Für rheinland-pfälzische Frauen im Alter von 25 Jahren ergibt sich beispielsweise im Jahr 2005 ein Wert von rund 70,5. Dies bedeutet, dass jeweils 1 000 Frauen dieses Alters 70,5 Kinder geboren haben.

1) Zur Schwierigkeit bei der Betrachtung von Geburtenfolgen siehe auch Richter, A.: Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 7/2006, S. 409 ff.

auf zurückzuführen, dass die heute über 35-Jährigen aus den geburtenstarken Jahrgängen der 1960er-Jahre stammen. Darüber hinaus haben sich seit 1990 aber auch die altersspezifischen Geburtenziffern bei diesen Altersstufen erhöht, während sie bei den jüngeren Altersstufen gesunken sind. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass ein Kinderwunsch erst später im Leben realisiert wird.

Bedeutung und mögliche Folgen des Altersanstiegs

Zahl so
genannter
„Spätgebären-
der“ nimmt
in Rheinland-
Pfalz zu

Aufgrund dieser Entwicklung wurden in den letzten Jahren immer mehr Kinder geboren, deren Mütter 35 Jahre oder älter waren. Die Bedeutung von Frauen aus diesen Altersstufen für die Fertilität hat in Rheinland-Pfalz somit zugenommen. Vielfach wird allerdings vor den medizinischen Folgen einer späten Geburt gewarnt. So weist beispielsweise der 2005 veröffentlichte Gender-Datenreport des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf einen Zusammenhang zwischen steigendem Alter der Mutter und einem erhöhten Risiko für Neugeborene hin.²⁾ Im Allgemeinen sprechen Mediziner bei Müttern ab 35 Jahren häufig von „Spätgebärenden“ oder sogar „Risikoschwangerschaften“.

Soweit mögliche Risiken mit dem Alter der Mutter zunehmen, könnten diese aber wiederum durch die sich ständig weiterentwickelnde Medizintechnik und die intensive medizinische Betreuung der Mütter während der Schwangerschaft aufgefangen werden. Wenn der dargestellte Zusammenhang

korrekt ist, dürfte die eingangs beschriebene Zunahme von Geburten in höheren Altersstufen nicht nur für die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft, sondern auch für unser Gesundheitssystem Konsequenzen haben.

Kann ein Zusammenhang zwischen steigendem Alter der Mutter und höherem Risiko bei der Geburt für Rheinland-Pfalz gefunden werden?

Vor diesem Hintergrund soll mit Hilfe von Einzeldaten aus der amtlichen Statistik nach Anhaltspunkten dafür gesucht werden, ob sich ein Zusammenhang zwischen dem steigenden Alter der rheinland-pfälzischen Mütter und einer damit verbundenen Zunahme von Risiken bei der Geburt finden lässt.

So genannte Risikogeburten können Auswirkungen sowohl auf den Gesundheitszustand eines Neugeborenen als auch auf den der Mutter haben. In einem ersten Schritt soll daher der Frage nachgegangen werden, wodurch sich erhöhte Risiken für ein Neugeborenes mit Hilfe von Einzeldaten der amtlichen Bevölkerungsstatistik identifizieren lassen.

Häufigkeit von Totgeburten

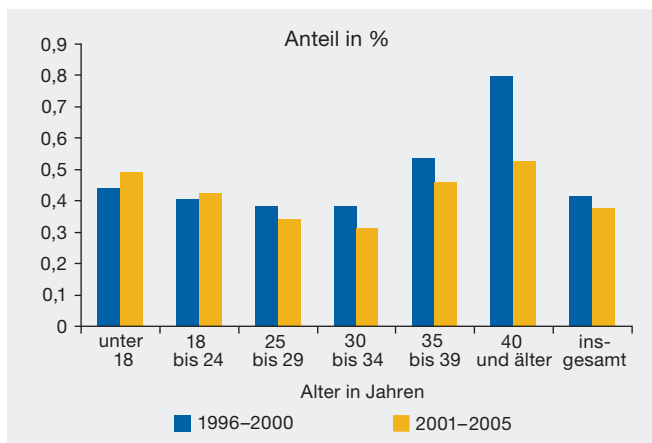
Die Einzeldaten der Geburtenstatistik weisen neben dem Alter der Mutter sowohl Lebend- als auch Totgeborene aus. Geht man davon aus, dass sich mit Hilfe der Häufigkeit an Totgeborenen auch auf mögliche Risiken schließen lässt, sollte das Merkmal Lebend- oder Totgeburt als ein Indikator für die eingangs erwähnte Fragestellung dienen können. Der Anteil an Totgeborenen in Rheinland-Pfalz lag in den letzten 15 Jahren bei weniger als 0,5%. In absoluten Zahlen ausgedrückt, waren dies im Durchschnitt

Geburten-
statistik gibt
Auskunft über
Lebend- und
Totgeborene

2) Vgl. Cornelißen, W. (Hrsg.): Gender-Datenreport – 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München 2005, S. 246.

S 2

Totgeborenenanteil 1996–2005 nach Altersgruppen der Mütter



etwa 150 Fälle pro Jahr. Ein geringfügiger Anstieg zwischen den Jahren 1993 und 1994 lässt sich dabei mit einer geänderten Definition der Totgeburt erklären.³⁾ Wegen der geringen Fallzahlen ist es allerdings kaum sinnvoll, nach einem Zusammenhang zwischen dem Alter der Mutter und der Häufigkeit von Totgeburten für einzelne Beobachtungsjahre zu suchen. Fasst man dagegen die Totgeborenen mehrerer Jahre zusammen und setzt diese zu allen in diesem Zeitraum Geborenen ins Verhältnis, dann lassen sich Abhängigkeiten zwischen einem steigenden Alter der Mutter und einem erhöhten Risiko für eine Totgeburt vermuten.

Niedrige
Zahl von Tot-
geborenen

Es muss allerdings auch hierbei darauf hingewiesen werden, dass die Zahl der Totgeborenen insbesondere bei den unter 18-Jährigen und bei den Müttern ab dem Alter von 40 Jahren weiterhin sehr niedrig ist. In der Altersgruppe der unter 18-Jährigen wurden beispielsweise in den beiden

Beobachtungszeiträumen 1996 bis 2000 und 2001 bis 2005 lediglich acht bzw. neun Totgeborene registriert. Darüber hinaus bewegen sich auch die Anteile auf einem sehr niedrigen Niveau. Die in Schaubild 2 dargestellten Unterschiede könnten somit auch aufgrund von zufälligen Schwankungen zwischen den Altersgruppen und Beobachtungszeiträumen aufgetreten sein und lassen daher kaum gesicherte Schlussfolgerungen zu.

Geburtsgewicht als möglicher Indikator für das Risiko

Ein weiteres Merkmal, mit dem sich ein erhöhtes Risiko für Neugeborene identifizieren lassen könnte, liefert die Statistik der Sterbefälle. In dieser Statistik sind alle registrierten Säuglingssterbefälle erfasst, also die Lebendgeborenen, die nach weniger als einem Jahr verstarben. Leider lässt die Statistik der Sterbefälle keinen Bezug zum Alter der Mutter bei der Geburt zu. Diese Statistik gibt dafür aber bei Säuglingssterbefällen Auskunft über Gewicht und Körperlänge bei der Geburt. Vergleicht man Geburtsgewicht und Körperlänge der durchschnittlich rund 200 pro Jahr verstorbenen Säuglinge mit den Werten aller Lebendgeborenen des jeweiligen Beobachtungsjahres, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Sowohl die Körperlänge als auch das Geburtsgewicht sind bei den Säuglingssterbefällen im Durchschnitt geringer. Ähnliche Abweichungen zeigen sich auch zwischen Lebend- und Totgeborenen.

Geburtsgewicht und Körperlänge werden auch für Säuglingssterbefälle erfasst

Hierbei ist besonders darauf hinzuweisen, dass die Säuglingssterbefälle eines Beobachtungsjahres immer auch Bestandteil aller Lebendgeborenen desselben und des vorangegangenen Jahres sind. Die Tot-

Säuglingssterbefälle gehören zu den Lebendgeborenen, Totgeborene dagegen nicht

3) Vgl. Richter, A.: Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Eine Grundlage zur Analyse regionaler Entwicklungen in Rheinland-Pfalz, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 10/2006, S. 636 ff.

geborenen sind demgegenüber von den Lebendgeborenen desselben Berichtsjahres unabhängig.

Zwischen dem Geburtsgewicht und der Körperlänge eines Geborenen besteht ein starker positiver Zusammenhang.⁴⁾ Ein Geborenes mit einem hohen Geburtsgewicht ist in der Regel größer als ein Neugeborenes mit einem geringeren Geburtsgewicht. Für die nachfolgenden Betrachtungen finden daher nicht beide Merkmale, sondern lediglich das Geburtsgewicht Verwendung.

Annahme:
Mit einem
geringeren
Geburtsgewicht
geht ein
höheres Risiko
für ein Neuge-
borenes einher

Aufgrund des beschriebenen geringeren Geburtsgewichts von Totgeborenen und bei Säuglingssterbefällen, im Vergleich zum durchschnittlichen Geburtsgewicht aller Lebendgeborenen, soll im Folgenden die Annahme gelten, dass ein geringes Geburtsgewicht auf ein erhöhtes Risiko für ein Geborenes hinweist.

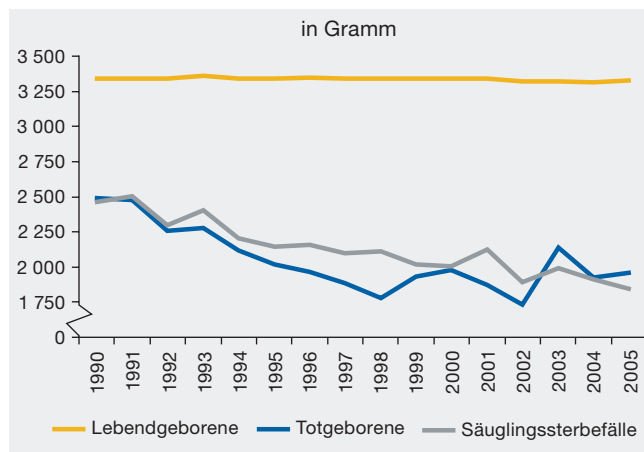
Zusammenhang zwischen dem Alter der Mutter und dem Gewicht eines Neugeborenen

Soweit ein höheres Alter der Frau mit einem höheren Risiko für ein Geborenes einhergeht, müsste nach der eben getroffenen Annahme mit steigendem Alter der Mutter das Geburtsgewicht sinken. Führt man in diesem Zusammenhang die Betrachtung mit Hilfe des durchschnittlichen Geburtsgewichtes fort, dann zeigen sich, zumindest auf den ersten Blick, altersspezifische Abhängigkeiten.

Bedingt durch die geringen Fallzahlen bei Geburten von Müttern in den Altersstufen unter 18 und über 40 Jahren treten hier im

S 3

Durchschnittliches Geburtsgewicht 1990–2005

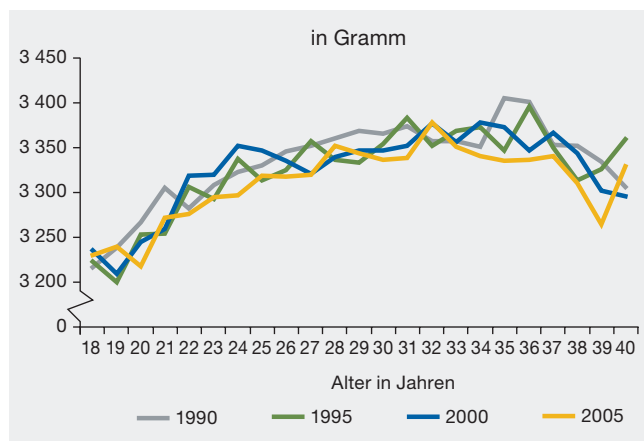


Zeitraum erhebliche Schwankungen auf. Eine Betrachtung der übrigen Altersstufen lässt jedoch Kurvenverläufe erkennen, die zwischen 1990 und 2005, also über einen Beobachtungszeitraum von 16 Jahren, sehr ähnlich sind. Schaubild 4 zeigt diese Kurvenverläufe für die Erhebungsjahre 1990, 1995, 2000 und 2005. Die dargestellten Graphen lassen sich relativ gut mit Hilfe von quadratischen Regressionsfunktionen annähern, die einen Zusammenhang zwischen dem durchschnittlichen Geburtsge-

Für das durchschnittliche Geburtsgewicht zeigen sich Abweichungen bei den Altersstufen

S 4

Durchschnittliches Geburtsgewicht nach dem Alter der Mutter 1990–2005



4) Für die Berichtsjahre 1990 bis 2005 ergibt sich für die Merkmale Geburtsgewicht und Körperlänge jeweils ein Korrelationskoeffizient nach Pearson mit einem Wert von mindestens 0,83. Diese Korrelation ist bei einem 99-prozentigen Konfidenzintervall zweiseitig signifikant.

wicht und dem Alter der Mutter herstellen. Das Bestimmtheitsmaß, das die Güte der Regressionsfunktion misst, nimmt Werte zwischen 0,85 und 0,89 an. Dies bedeutet, dass mindestens 85 % der Streuung des durchschnittlichen Geburtsgewichts auf die erklärende Variable „Alter der Mutter“ zurückzuführen sind. Zumindest für das durchschnittliche Geburtsgewicht lässt sich also eine statistische Abhängigkeit zwischen dem Alter der Mutter und dem Gewicht eines Neugeborenen ableiten. Würden diese Kurven mit Hilfe der eingangs getroffenen Annahme interpretiert, käme man allerdings zu dem Ergebnis, dass nicht nur bei einem Alter der Mutter über 35 Jahren, sondern auch bei den unteren Altersstufen das Risiko für ein Neugeborenes größer ist.

Durchschnittliches Geburtsgewicht sagt nichts über die Streuung einzelner Werte

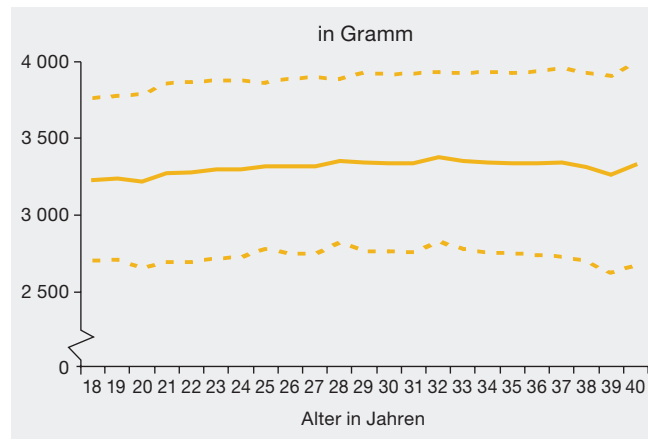
Bei der Betrachtung des durchschnittlichen Geburtsgewichts bleiben aber mehrere Faktoren unberücksichtigt. Zum einen weichen die Durchschnittswerte zwischen den einzelnen Altersstufen um lediglich rund 200 g ab. Zum anderen streuen die einzelnen Werte des Geburtsgewichts bei allen Altersstufen der Mütter stark um den jeweiligen Mittelwert. Berechnet man für die einzelnen Altersjahre die jeweiligen Standardabweichungen, lässt sich diese Streuung darstellen.

Hohe Streuung um den Mittelwert beim Geburtsgewicht

Schaubild 5 gibt beispielhaft für das Berichtsjahr 2005 wieder, in welchem Bereich etwa zwei Drittel der einzelnen Werte des Geburtsgewichts um den jeweiligen Mittelwert streuen. Für die übrigen Beobachtungsjahre zeigt sich ein ähnliches Bild. Versucht man auf der Grundlage der einzelnen Werte für das Geburtsgewicht mit Hilfe einer Regressionsfunktion Abhängigkeiten zum Alter der Mutter darzustellen, ergeben sich für alle 16 Beobachtungsjahre quadratische Funktionen, deren Güte bei rund 0,3 % liegt.

S 5

Durchschnittliches Geburtsgewicht und Streubereich 2005 nach dem Alter der Mutter



Zusammenhänge zwischen dem Alter der Mutter und dem Geburtsgewicht lassen sich hierdurch demnach nicht erklären. Selbst wenn, wie bei der Betrachtung des durchschnittlichen Geburtsgewichts, die Altersstufen auf den Bereich von 18 bis 40 Jahren eingeschränkt werden, verbessern sich die Modellanpassungen für den Beobachtungszeitraum nur geringfügig.

Kein Zusammenhang zwischen Alter der Mutter und Geburtsgewicht

Eingangs wurde die Annahme getroffen, das Geburtsgewicht stelle einen Indikator dar, der auf das Risiko für ein Neugeborenes hinweist. Da sich kein Zusammenhang zwischen dem Alter der Mutter und dem Geburtsgewicht zeigt, kann – zumindest nach dieser Annahme – nicht darauf geschlossen werden, dass sich das Risiko für ein Neugeborenes mit steigendem Alter der Mutter erhöht.

Nach der getroffenen Annahme ist das Risiko für ein Neugeborenes unabhängig vom Alter der Mutter

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Alter der Frauen und der Aufenthaltsdauer im Krankenhaus?

Soweit ein höheres Alter der Mutter mit einem steigenden Risiko einhergeht, könnten sich neben eventuellen Auswir-

Info

Müttersterbefälle

Als Müttersterbefall gilt – nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) – der Tod einer Frau während der Schwangerschaft oder innerhalb von 42 Tagen nach Beendigung der Schwangerschaft, unabhängig von Dauer und Sitz der Schwangerschaft. Dabei gilt jeder Todesfall aufgrund einer Ursache, die in Beziehung zur Schwangerschaft oder deren Behandlung steht oder durch diese verschlechtert wird als Müttersterbefall, nicht aber ein Unfall oder ein zufälliges Ereignis.

Geringe Zahl von Müttersterbefällen in Rheinland-Pfalz

kungen für die Neugeborenen auch Konsequenzen für den Gesundheitszustand der Mutter zeigen. Von den amtlichen Bevölkerungsstatistiken wären für eine entsprechende Betrachtung allein die Einzeldaten aus der Statistik der Sterbefälle geeignet. Mit der aus dem Grundleiden hergeleiteten Todesursache könnten mögliche Anhaltspunkte dafür gefunden werden, ob sich ein Zusammenhang zwischen dem Alter einer Frau und einem Todesfall finden lässt, der im Zusammenhang mit Schwangerschaft oder Geburt steht. Im Zeitraum von 2000 bis 2005 wurde lediglich für acht Rheinland-Pfälzerinnen eine solche Todesursache festgestellt. Diese geringe Fallzahl lässt keine weiteren Analysen zu.

Krankenhausdiagnosestatistik kann bevölkerungsstatistische Untersuchungen ergänzen

Demgegenüber könnten die Einzeldaten aus der Krankenhausdiagnosestatistik eventuell bessere Anhaltspunkte für einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Alter der Mutter und einem Risiko bei einer späten Geburt liefern. Zwar ist die Kranken-

hausdiagnosestatistik keine Bevölkerungsstatistik, doch sollen die nachfolgenden Untersuchungen auf der Grundlage dieser Statistik durchgeführt werden. Die Nutzung faktisch anonymer Einzeldaten aus der Krankenhausdiagnosestatistik kann, ebenso wie die der Einzeldaten aus den laufenden Bevölkerungsstatistiken, von Hochschulen und unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen für Forschungszwecke bei den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter der Bundes und der Länder beantragt werden.

Die Krankenhausdiagnosestatistik enthält sämtliche Fälle, bei denen im Berichtszeitraum die Aufnahme in ein Krankenhaus in Deutschland erfolgt ist. Wie die Todesursachen in der Statistik der Sterbefälle sind die Hauptdiagnosen⁵⁾ in der Krankenhausdiagnosestatistik auf Grundlage der ICD⁶⁾ verschlüsselt. Zusätzlich findet sich in dieser Statistik neben dem Alter und Geschlecht des Patienten auch die Verweildauer im Krankenhaus. Soweit eine längere Verweildauer auf eine schwerere Erkrankung hinweist als ein kurzer Krankenhausaufenthalt, ließe sich das Merkmal „Verweildauer im Krankenhaus“ aus dieser Statistik für die zentrale Fragestellung dieses Beitrags verwenden.

Krankenhausdiagnosestatistik erfasst alle Aufnahmen in Krankenhäuser

Es soll daher untersucht werden, ob sich ein möglicher Zusammenhang zwischen dem Alter einer Frau und der Aufenthaltsdauer im Krankenhaus erkennen lässt. Betrachtet werden dabei nur die Frauen, die im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft oder Geburt stationär aufgenommen wurden. Dies entspricht allen Hauptdiagnosen aus dem Kapitel XV der ICD-10. In den Jahren 2000 bis 2004 gab es hier im Durchschnitt jährlich etwa 50 000 Fälle, bei denen Rheinland-Pfälzerinnen betroffen waren.

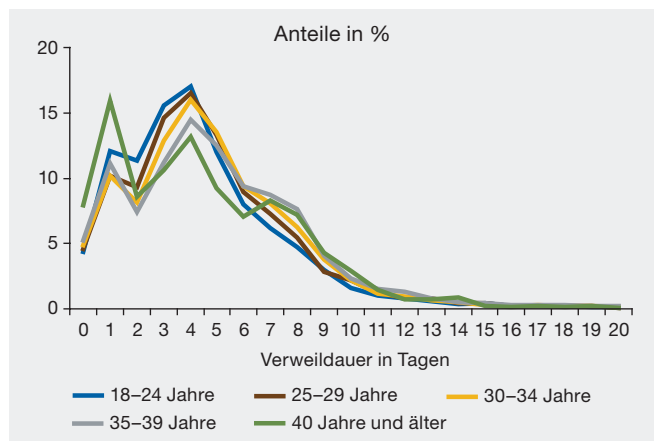
Mit dem Merkmal „Hauptdiagnose“ ist der Grund für eine stationäre Aufnahme erfasst

5) Hauptdiagnose ist die Diagnose, die hauptsächlich für einen stationären Krankenhausaufenthalt verantwortlich ist.

6) International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems.

S 6

Verweildauer von Krankenhausfällen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft oder Geburt 2004 nach Altersgruppen



In der Analyse werden nur die Frauen berücksichtigt, die höchstens 20 Tage im Krankenhaus verbracht haben

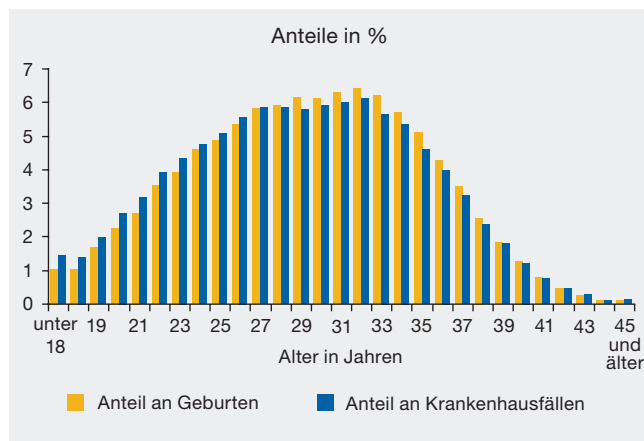
Wie beim durchschnittlichen Geburtsgewicht ergibt auch die Betrachtung der durchschnittlichen Verweildauer im Krankenhaus starke Streuungen um den jeweiligen Mittelwert für die einzelnen Altersstufen. Dabei können die Werte bei einigen Altersstufen Ausprägungen von über 100 Tagen annehmen. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Dauer der Krankenhausaufenthalte in den Jahren 2000 bis 2004 nach ihren Häufigkeiten, dann zeigt sich, dass nur etwa 1% aller Fälle eine Verweildauer von mehr als 20 Tagen aufweist. In die Untersuchung sollen daher nur die Fälle eingehen, bei denen die Verweildauer maximal 20 Tage betragen hat. Die Aufenthaltsdauer zeigt im Beobachtungszeitraum für alle Altersstufen eine ähnliche Häufigkeitsverteilung. Hierbei sind in allen Altersstufen jeweils deutliche Häufungen bei einer Verweildauer von einem Tag und von vier Tagen zu erkennen. Schaubild 6 zeigt diese Verteilungen beispielhaft für fünf Altersklassen im Jahr 2004.

Aufenthaltsdauer im Krankenhaus ist nicht vom Alter abhängig

Im Vergleich zu den anderen Altersklassen zeigen sich bei den 40-Jährigen und Älteren besonders bei einer kurzen Aufenthaltsdauer Abweichungen, die in allen fünf

S 7

Anteile der Altersstufen an Geburten bzw. Krankenhausfällen 2004



Beobachtungsjahren auftreten. Eine nähere Untersuchung lässt vermuten, dass diese Abweichungen im direkten Zusammenhang mit einem erhöhten Anteil von Fehlgeburten in dieser Altersklasse stehen. Auf diesen Aspekt wird am Ende dieses Beitrages bei einer kurzen Betrachtung der Hauptdiagnosen eingegangen.

Zusammenhang zwischen dem Alter und der Häufigkeit von Krankenhausfällen

Bei der Krankenhausdiagnosestatistik muss beachtet werden, dass es sich um eine fallbezogene Statistik handelt, d. h. in dieser Statistik sind Personen, die im Beobachtungszeitraum mehrmals wegen eines Leidens stationär behandelt wurden, auch mehrmals erfasst. Sofern ein Zusammenhang zwischen einem höheren Alter der Frau und einem steigenden Risiko bei einer Schwangerschaft oder Geburt besteht, läge die Vermutung nahe, dass in einer fallbezogenen Statistik die höheren Altersstufen bei den Krankenhausfällen relativ gesehen häufiger vertreten sein könnten als bei den Geburten.

Krankenhausdiagnosestatistik ist eine fallbezogene Statistik

Die Gegenüberstellung von Anteilen der einzelnen Altersstufen an den Geburten bzw. den Krankenhausfällen kann allerdings auch diese Hypothese nicht bestätigen.

Die Anteile der Altersstufen an Geburten bzw. Krankenhausfällen unterscheiden sich fast nicht

Wie Schaubild 7 für das Berichtsjahr 2004 zeigt, haben Altersstufen mit einem hohen Anteil an den Geburten im jeweiligen Berichtsjahr auch einen hohen Anteil an den stationären Krankenhausfällen aufzuweisen und umgekehrt. Zwischen beiden Anteilen gibt es bei den einzelnen Altersstufen geringe Differenzen, die im Vergleich der Jahre 2000 bis 2004 ein relativ einheitliches Muster aufweisen.

Differenzen zwischen den Anteilen sind bei den höheren Altersstufen am geringsten

Hierbei zeigt sich, dass besonders die höheren Altersstufen sehr ähnliche Anteile an den Geburten bzw. den Krankenhausfällen haben. Von einer relativ stärkeren Häufung an Krankenhausfällen in diesen Altersstufen ist daher nicht auszugehen. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass sich die aufgezeigten Differenzen mit maximal 0,5 Prozentpunkten auf einem sehr niedrigen Niveau bewegen und somit auch für die jüngeren Altersstufen keine signifikante Aussage zulassen. Weiterhin ist darauf hinzuweisen,

dass die Krankenhausfälle dem Jahr zugeordnet sind, in dem das Krankenhaus verlassen wurde. Die dargestellten Abweichungen können daher auch auf Fälle zurückzuführen sein, bei denen eine stationäre Aufnahme in ein Krankenhaus und die Geburt nicht im gleichen Jahr stattfanden.

Weitere Differenzen können beispielsweise auch dadurch auftreten, dass in der Krankenhausdiagnosestatistik keine Hausgeburten und andererseits in der Geburtenstatistik keine Fehlgeburten berücksichtigt sind. Ein Vergleich von Anteilen einzelner Altersstufen an Geburten bzw. Krankenhausfällen, die mit Geburt oder Schwangerschaft im Zusammenhang stehen, kann daher nur näherungsweise Gültigkeit besitzen.

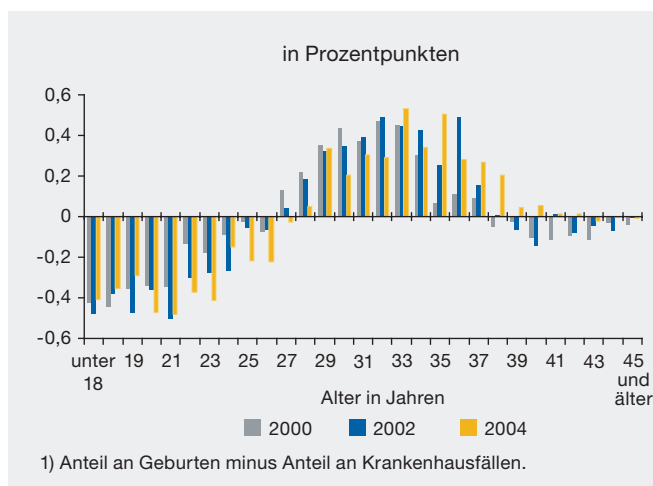
Geburten und Krankenhausfälle können nicht direkt miteinander verglichen werden

Altersunterschiede bei den Hauptdiagnosen

Die Auswertung der Krankenhausdiagnosestatistik wäre unvollständig, würden abschließend nicht auch die einzelnen Hauptdiagnosen aus Kapitel XV der ICD-10 noch einmal näher betrachtet. Hierbei zeigt

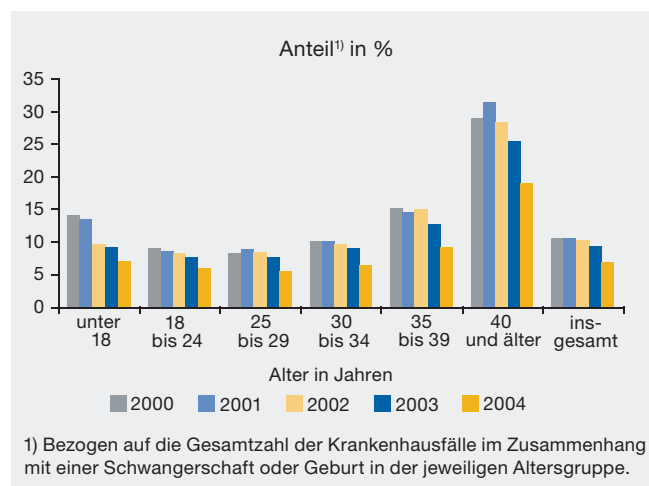
S 8

Differenz¹⁾ zwischen den Anteilen der Altersstufen an Geburten bzw. Krankenhausfällen 2000, 2002 und 2004



S 9

Schwangerschaften mit abortivem Ausgang 2000–2004 nach Altersgruppen



Info

Forschungsdatenzentren

Die Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (FDZ) erleichtern Hochschulen und Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung den Zugang zu faktisch anonymisierten Einzeldaten der amtlichen Statistik. Datennutzungen für wissenschaftliche Analyse, wie hier auf der Grundlage von Einzeldaten aus den Statistiken zu Geburten und Sterbefällen bzw. aus der Krankenhausdiagnosestatistik, können bei den Forschungsdatenzentren beantragt werden. Nähere Informationen hierzu finden sich im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de.

sich für den Zeitraum von 2000 bis 2004 bei Patientinnen der Altersgruppe über 40 Jahre ein höherer Anteil an Diagnosen der Hauptgruppe „O 00 bis O 09“ als bei den anderen Altersgruppen. Bei Diagnosen, die sich auf diese Hauptgruppe beziehen, handelt es sich um Schwangerschaften mit abortivem Ausgang, also vor allem Fehlgeburten.

Risiko von
Fehlgeburten
in höheren
Altersstufen
möglicherweise
größer

Da sich dieser höhere Anteil in der Altersgruppe der über 40-Jährigen für alle fünf Beobachtungsjahre zeigt, liegt die Vermutung nahe, dass bei einer späten Schwangerschaft eine höhere Wahrscheinlichkeit für eine Fehlgeburt besteht. Allerdings wird hierbei nicht berücksichtigt, dass der höhere Anteil von Fehlgeburten bereits dadurch entstehen kann, dass Frauen, die bereits mehrere Fehlgeburten überstanden und eventuell ein generell höheres

Fehlgeburtenrisiko haben, in den oberen Altersstufen relativ häufiger vertreten sein können. In diesem Zusammenhang bleibt auch hier auf die – im Verhältnis zu den anderen Altersgruppen – deutlich niedrigeren Fallzahlen hinzuweisen. Für das Jahr 2004 wurden beispielsweise 263 Fälle erfasst.

Fazit

Auf der Grundlage der in diesem Beitrag getroffenen Annahmen lassen sich keine Abhängigkeiten zeigen, aus denen auf einen Zusammenhang zwischen einem höheren Alter der Mutter und einem größeren Risiko bei einer Geburt geschlossen werden kann. Der eingangs erwähnte Begriff der „Risikoschwangerschaften“ bei Müttern über 35 Jahre kann daher mit den Einzeldaten aus der Bevölkerungs- und der Krankenhausdiagnosestatistik für Rheinland-Pfalz nicht bestätigt werden. Die Krankenhausdiagnosestatistik weist zwar für Frauen, die 40 Jahre und älter sind, einen deutlich höheren Anteil von Schwangerschaften mit abortivem Ausgang aus. Hieraus lässt sich aber, wie bereits dargestellt, nicht automatisch auf ein mit dem Alter individuell steigendes Risiko für eine Fehlgeburt schließen.

Alexander Richter, Diplom-
Demograph, ist im Referat Zensus,
Forschungsdatenzentrum (FDZ)
für das FDZ zuständig.

Volkszählungen im Ausland



Von Jessica Huter

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Gastbeitrag^{*)}

Für das Jahr 2010/11 ist eine EU-weite Runde von Volkszählungen vorgesehen. Neben einer für das Jahr 2007 zu erwartenden Verordnung seitens der Europäischen Union ist auch durch den Inhalt des Koalitionsvertrages der Bundesregierung festgelegt, dass sich Deutschland an dieser Zensusrunde beteiligen wird. Hinsichtlich der Methode wird hierzulande derzeit ein Wechsel von einer klassischen Direktbefragung der gesamten Bevölkerung hin zu einer Auswertung bestehender Verwaltungsregister vorbereitet. Thema dieses Beitrages ist es, mit welchen Methoden Zensen im (europäischen) Ausland durchgeführt werden.

Lang, lang ist's her

Ungeachtet der Tatsache, dass die Vereinten Nationen und auch die Europäische Union Volkszählungsrunden im Abstand von zehn Jahren jeweils zum Beginn einer Dekade empfehlen und sich die große Mehrheit der Staaten daran hält,¹⁾ wird in Deutschland im Jahr 2011 die letzte Volkszählung bereits

über zwei Jahrzehnte zurückliegen. Die letzte Volkszählung ist in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1987, in der damaligen DDR im Jahr 1981 durchgeführt worden. Die alte Bundesrepublik hat sich mit der Volkszählung 1987 an der Zählungsrunde 1990 (vgl. Kasten „Info“) beteiligt. Das wiedervereinigte Deutschland hat jedoch die Zählungsrunden um 1990 und 2000 ausgelassen und 2001 lediglich aus dem Mikrozensus, der Bevölkerungsfortschreibung und anderen Quellen kombinierte Zahlen geliefert. Ursache für die lange „Abstinenz“ Deutschlands sind Negativerfahrungen mit der öffentlichen Reaktion auf die 1983 geplante und 1987 schließlich durchgeführte Zählung. Als Konsequenz aus diesen Akzeptanzproblemen ist die amtliche Statistik aufgefordert worden, neue Methoden zu erforschen, welche die Befragten und die Staatskasse weniger belasten sollen.²⁾ Das

Letzte Volkszählung im früheren Bundesgebiet 1987, in der damaligen DDR 1981

^{*)} Der vorliegende Beitrag wurde im Statistischen Monatsheft Baden-Württemberg, Ausgabe 6/2006, veröffentlicht. Mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wird er hier für die Leser der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz abgedruckt.

¹⁾ Vgl. <http://unstats.un.org/unsd/demographic/sources/census/censusdates.htm> (Stand: 31. Mai 2006). Die Ausnahme bilden einige Staaten Afrikas, Asiens und Europas; vielfach handelt sich um solche, in denen die staatliche Ordnung weitgehend zerfallen bzw. noch nicht komplett wiederhergestellt ist, die extrem klein und/oder dünn besiedelt sind oder in denen keine entsprechende öffentliche Akzeptanz vorhanden war.

²⁾ Für Informationen zum Methodenwechsel und den Bausteinen des Modells siehe Hin, Monika: EU-weite Volkszählung 2010/11: Stand der Vorbereitungsarbeiten in Deutschland und auf europäischer Ebene, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 4/2006, Stuttgart 2006, S. 3–9; Eppmann, Helmut/Schäfer, Josef: Der Weg zu einem ersten registergestützten Zensus in Deutschland im Jahre 2011, in: Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 27, Düsseldorf 2006, S. 3–15.



Volkszählung
2010/11 in
Deutschland
mit dem Modell
eines regis-
tergestützten
Zensus

dabei entwickelte Modell eines registerge-
stützten Zensus, bei dem Daten der Melde-
register, der Bundesagentur für Arbeit sowie
der Besoldungs- und Versorgungsstellen
zusammengeführt und durch Stichproben
zur Gewinnung zusätzlicher Merkmale und
eine Gebäude- und Wohnungszählung er-
gänzt werden sollen, gilt als modern und
ambitioniert.

Zählst Du noch oder „ziehst“ Du schon?

Vorbilder einer registergestützten Volks-
zählung sind dabei die nordischen Länder
Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen
und Island, in denen die Bevölkerung mittler-
weile ausschließlich durch Auswertung vor-
handener Register gezählt wird (vgl. Schau-

Dänemark,
Finnland,
Schweden,
Norwegen und
Island werten
Register aus

bild 1).³⁾ Dabei werden zu einem bestimmten Stichtag Daten aus verschiedenen Verwaltungsregistern „gezogen“ und zusammengeführt. Grundlage der Systeme in diesen Ländern sind jeweils in den 1960er-Jahren eingeführte zentrale Personenregister und persönliche Identifikationsnummern jedes einzelnen Bürgers. Komplett registergestützte Zensen nach UN-Vorgaben haben jedoch erst seit den 1980er-Jahren stattgefunden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Gebäude- und Wohnungsregister und registerbasierte Arbeitsmarktstatistiken bis dahin nicht vorhanden waren. In Finnland wurde 1749 die erste Volkszählung schon unter Rückgriff auf Kirchenregister durchgeführt. Volkszählungen waren in der Folgezeit mit dem Registrierungssystem der Bevölkerung verknüpft. 1950 ging man jedoch davon ab und ermittelte Zensusergebnisse vollständig durch Zähler auf der Basis von Fragebögen. Seit 1970 kamen Register und Fragebögen gemeinsam zur Anwendung, bevor 1990 schließlich die Rückkehr zum reinen Registerzensus erfolgte.

Mischformen

Spanien, Belgien, Österreich, Lettland und Slowenien kombinierten 2001 traditionellen Zensus mit Registerauswertung

Andere Länder setzten zuletzt auf eine Kombination aus traditionellem Zensus und einer Registerauswertung (vgl. Schaubild 1). In der Volkszählungsrunde 2001 wandten Spanien, Belgien und Österreich sowie Lettland und Slowenien ein solches Mischverfahren an. Bemerkenswerterweise handelt es sich bei den beiden Letztgenannten um EU-Neu-

mitglieder und überhaupt Länder, die zum ersten Mal seit der (Wieder-)Erlangung der Unabhängigkeit eine eigene Volkszählung durchgeführt haben. In einer Situation des generellen Umbruchs und des Aufbaus neuer Strukturen ist ein Methodenwechsel möglicherweise leichter zu vollziehen. Belgien und Österreich gehören neben der Schweiz und Luxemburg – Luxemburg hat zuletzt noch traditionell gezählt – zu den Ländern, die sich im Übergang zu einem rein registergestützten Volkszählungssystem befinden.⁴⁾ In Spanien, Belgien und der Schweiz hat im Rahmen extensiver klassischer Zählungen teilweise eine Registerertüchtigung stattgefunden: Die aus den Registern bekannten Informationen wurden in den Fragebögen abgedruckt und waren von der Bevölkerung zu prüfen.

Belgien, Österreich, Schweiz und Luxemburg werten künftig nur noch Register aus

Die Niederlande haben ein System von Registerauswertungen, die für bestimmte Informationen durch Stichproben ergänzt werden, entwickelt. Sie sind nicht bestrebt, eine ausschließlich registerbasierte Volkszählung durchzuführen. Im Gegensatz zu Deutschland liegt mit der so genannten „Sozialversicherungs- und Steuernummer“ dort ein Schlüssel vor, der in fast allen Registern enthalten ist und so eine einfache Verknüpfung der diversen Datenquellen miteinander erlaubt. Um Datenschutzanforderungen zu entsprechen, wird diese Nummer vom dortigen statistischen Amt in einen anderen Schlüssel umkodiert; Daten, die eine Identifikation von Personen erlauben, werden durch Stichtagsdaten ersetzt und dann gelöscht.⁵⁾

„Sozialversicherungs- und Steuernummer“ erleichtert in den Niederlanden die Volkszählung ...

... Datenschutz ist dennoch gewährleistet

3) In Dänemark seit 1981, in Finnland seit 1990, in Norwegen seit 2001, in Schweden seit 2005.

4) Vgl. Laihonon, Aarno: Development of the use of administrative data in population and housing censuses in Europe, Papier zur gemeinsamen ECE-Eurostat-Arbeitssitzung zu Registern und Verwaltungsdaten für Bevölkerungs- und Sozialstatistiken (1.–3. März 1999, Genf), 1999, S. 1.

5) Vgl. Statistics Netherlands: The Dutch Virtual Census of 2001. Analysis and Methodology, Voorburg/Heerlen 2004, S. 249.

Traditionelle Zählungen – per Telefon und Internet?

Die übrigen Zensusteilnehmer der 2001er-Runde entschieden sich für eine Zählung herkömmlicher Art, das heißt für eine

Griechenland, Italien, Portugal, Irland und das Vereinigte Königreich befragten die Bevölkerung direkt

direkte Befragung der gesamten Bevölkerung mittels Fragebögen.⁶⁾ Auch dabei werden Verwaltungs- und Registerdaten genutzt, allerdings im Wesentlichen nur als Hilfsmittel bei der Organisation des Außeneinsatzes (field work) und der Datenerhebung. Zu den „Traditionalisten“ gehören die südeuropäischen Länder Griechenland, Italien und Portugal sowie in Westeuropa Irland und das Vereinigte Königreich. Die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas⁷⁾ setzen mit Ausnahme Sloweniens und Lettlands ebenfalls auf traditionelle Zensen.

Traditionelle Zählung kann auf vielfältige Weise erfolgen

Allerdings gibt es auch in der Ausgestaltung einer traditionellen Zählung große Unterschiede: So kommen neben klassischen Interviews und Papierfragebögen auch Bögen zum Selbstausfüllen, die von Zählern ausgeteilt und eingesammelt oder auf dem Postweg versandt werden, und diverse Mischungen beider Varianten zur Anwendung. Mit zunehmender Verbreitung von Internetanschlüssen hat auch dieser Befragungsweg zum Beispiel in Australien, den USA, Belgien und der Schweiz Verbreitung gefunden.⁸⁾ Im Vereinigten Königreich wird derzeit auch die Beantwortung der Fragen am Telefon erwogen. Diese Form

6) Vgl. Darstellung der Zensusstichtage und -methoden der 2001er-Volkszählungsrunde im Internetangebot von Eurostat: http://europa.eu.int/estatref/info/sdds/en/census/census01_type.htm (Stand: 31. Mai 2006).

7) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Litauen, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien-Montenegro, Slowakei, Tschechien, Türkei, Ungarn, Ukraine und Weißrussland.

8) Vgl. UNECE Statistics Division: Types of Censuses, Enumeration Methods and Selected Operational Aspects. Results of the ECE Questionnaire. Papier zur gemeinsamen UNECE-Eurostat-Arbeitssitzung zu Volkszählungen (23.–25. November 2004, Genf), 2005.

9) Vgl. http://www.statistics.gov.uk/about/census/census2011/2007_test.asp (Stand: 31. Mai 2006).

10) Vgl. Kostadinova-Daskalovska, Katerina/Bosnjak, Mirjana: Erfahrungen mit dem Einsatz von Handheld-Computern bei der Datenerfassung während der Testzählung der Bevölkerung, Haushalte und Wohnungen in der Republik Mazedonien im Jahr 2000. Papier zum INSEE-Eurostat-Seminar „Die Volkszählungen nach 2001“ (20.–21. November 2000, Paris), Mazedonien 2000. Die Methode ähnelt der Befragung mit Laptops im Rahmen des Mikrozensus in Deutschland.

Info

Volkszählungsrunde

Die UN Statistics Division definiert eine Zensusrunde als Zeitraum von zehn Jahren, in dem das Titeljahr der jeweiligen Zensusrunde ungefähr in der Mitte liegt. So konnte für die Zensusrunde 1990 beispielsweise im Zeitraum von 1985 bis 1994 gezählt werden. Für die Runde 2010 steht der Zeitraum 2005 bis 2014 zur Verfügung.

Zensustypen

- Traditionelle Volkszählung: direkte Befragung der gesamten Bevölkerung mittels Fragebögen oder Interviews.
- Registerzensus: Gewinnung der benötigten Informationen aus vorhandenen Verwaltungsregistern.
- Mischformen, zum Beispiel traditionelle Zensen, die mit einer Registernutzung kombiniert werden, oder Registerzensen, die mit einer Stichprobe ergänzt werden, etc.
- Rollierender Zensus: jährliche Datenerhebung mittels direkter Befragung eines Teils der Bevölkerung; der Umfang der Befragungen richtet sich meist nach den Gemeindegrößen.

der Datenerhebung soll unter anderem im Rahmen eines Zensustests im Jahr 2007 erprobt werden.⁹⁾ In der Republik Mazedonien laufen Vorbereitungsarbeiten, die es erlauben sollen, in naher Zukunft auf Papierfragebögen zu verzichten und stattdessen die Zähler mit Handheld-Computern auszustatten, um die Daten direkt elektronisch erfassen, die Befragung gegebenenfalls abkürzen und Plausibilitätsprüfungen integrieren zu können.¹⁰⁾ „Traditionell“ muss also nicht gleichbedeutend sein mit unmodern und innovationsfeindlich. In puncto Datenschutz sind ebenfalls gravierende Unterschiede festzustellen: Im Vereinigten Königreich werden zwar die Papierbögen nach dem elektronischen Einlesen vernichtet, doch die digitalen Abbilder der Fragebögen werden auf Mikrofilm abgelegt. Diese Abbilder

Vereinigtes Königreich erprobt Telefonbefragung

Traditionelle Zählung ist auch mit moderner Technologie möglich

– darunter auch die von Prominenten, wie zum Beispiel Königin Victoria oder Charles Dickens – werden der Öffentlichkeit über die Archive nach 100 Jahren zugänglich gemacht.¹¹⁾ In den meisten anderen Ländern hingegen werden die personenbezogenen Daten sofort gelöscht, wenn sie für die Abwicklung nicht mehr benötigt werden, so dass nur anonymisiertes Datenmaterial zur Auswertung gelangt.

In den meisten Ländern werden die Daten so früh wie möglich anonymisiert

Ein gänzlich anderes System

Für die nächste Zählungsrunde 2010/11 stehen neben Deutschland auch in Frankreich Änderungen an. In Frankreich wurde 2003 ein Gesetz für ein neues Volkszählungsverfahren verabschiedet, das in Europa singulär ist. Es handelt sich dabei um ein rollierendes System, bei dem jährlich nur Daten für einen Teil der Bevölkerung erhoben werden. Innerhalb eines Erhebungszyklus von fünf Jahren findet in den Gemeinden, die weniger als 10 000 Einwohner besitzen, eine Vollerhebung statt; in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern werden lediglich Stichprobenerhebungen durchgeführt, die ca. 40% der jeweiligen Einwohner abdecken.¹²⁾ Da die Hälfte der Franzosen in den kleineren Gemeinden wohnt, werden etwa 70% der Bevölkerung komplett erfasst. Für die übrigen 30% sind Hochrechnungen nötig. Im Jahr 2008 steht die erste Veröffentlichung einer Bevölkerungszahl nach dem neuen Verfahren an – diese wird sich auf das Jahr 2006 beziehen. Fortan wird es jährliche Ergebnisse geben. Das Referenzjahr ist dabei immer das dritte Jahr eines Fünfjahreszyk-

In Frankreich findet in Gemeinden unter 10 000 Einwohner die Totalerhebung Anwendung, in größeren Gemeinden werden Stichproben gezogen

lus. Anhand des Wohnungssteuerregisters wird dabei ein Teil der Zahlen vor-, ein anderer zurückgerechnet. Ziel ist einerseits eine Kostenersparnis, andererseits eine Befriedigung des Bedarfs an detaillierten Informationen über die Bevölkerung in kurzem Abstand.

Fazit

Bei der Durchführung von Volkszählungen kommen vielfältige Methoden zum Einsatz. Was in den jeweiligen Ländern möglich ist, hängt stark von der Verwaltungs- und Staatskultur ab, etwa wenn es um zentrale Personenregister geht. Bei der direkten Befragung der Bevölkerung reicht die Spanne von Papierfragebögen bis zu Internetanwendungen und Handheld-Computern. Man sollte sich also hüten, bestimmte Zählweisen per se als unmodern, veraltet, unzeitgemäß etc. einzustufen. Methodenwechsel, vor allem hin zu registergestützten Zensen, werden aktuell schwerpunktmäßig in Mittel- und Westeuropa vollzogen. Deutschland, das auf die Akzeptanzprobleme der Volkszählung 1987 mit der Entwicklung einer innovativen Methode reagiert hat, ist mit seinem neuen Modell nicht allein. Dies birgt die Chance, von anderen Ländern zu lernen – einerseits in der Vorbereitung der nächsten Zählung, andererseits im Nachgang, wenn es um eine Evaluierung geht. Eine solche ist angesichts des Methodenwechsels mit Sicherheit geboten.

Jessica Huter M.A. ist Referentin im Referat „Volkszählung, Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

11) Vgl. http://www.statistics.gov.uk/census2001/ab_5.asp (Stand: 31. Mai 2006).

12) In einem Fünfjahreszyklus werden jährlich ein Fünftel der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern vollständig erhoben und 8% der Einwohner der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern erfasst.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklima entwickelt sich auch im November überraschend gut

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

ifo Geschäftsklima verbessert sich im November

Zur Überraschung vieler Konjunktexperten ist der ifo Geschäftsklimaindex im November weiter gestiegen. Nur wenige Wochen vor der Mehrwertsteuererhöhung verbesserte sich der Frühindikator von 105,3 auf 106,8 Punkte und stieg damit – nach einer kleinen Schwächephase – wieder auf das 15-Jahres-Hoch, das bereits im Juni dieses Jahres erreicht worden war.

Günstigere Lagebeurteilung

Die gute Stimmung der deutschen Wirtschaft resultiert vor allem aus der aktuellen Lageeinschätzung. Der Lageindex stieg von 111,9 auf 113,9 Punkte. Die günstige Lagebeurteilung dürfte zum Teil auf die durch die Mehrwertsteuererhöhung verursachten Vorzieheffekte zurückzuführen sein.

Verbesserte Geschäftserwartungen

Überraschend verbesserte sich aber auch die Einschätzung der Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate. Der Erwartungsindex legte von 99,2 auf 100,1 Punkte zu. Anscheinend sehen die meisten Unternehmen der anstehenden Mehrwertsteuererhöhung inzwischen gelassen entgegen.

Im verarbeitenden Gewerbe, im Bauhauptgewerbe und im Großhandel hat sich das Geschäftsklima stark verbessert. Sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Großhandel

waren vor allem die Geschäftserwartungen wesentlich positiver als noch im Vormonat.

Allein im Einzelhandel gab es im November – wie bereits im Oktober – eine deutliche Klimaverschlechterung, die auf die starke Eintrübung der Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate zurückzuführen ist. Ihre gegenwärtige Geschäftslage beurteilten die Einzelhändler günstiger als im Vormonat.

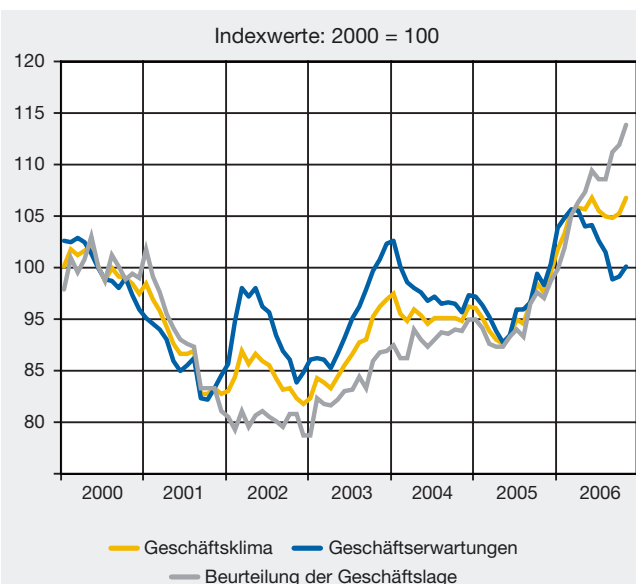
Einzelhändler beurteilen Aussichten schlechter

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe stiegen schwächer als in den Vormonaten

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwick-

Stand:
November
2006

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).

Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.

lung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im August 2006 gegenüber dem Vorjahr um 7,6% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe werden seit November 2003 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,6% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Nachdem auch im Mai (+12,7%) und Juni (+14%) zweistellige Steigerungsraten registriert worden waren, gab es im August 2006 nur noch einen preisbereinigten Zuwachs der Auftragseingänge von 7,6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Dies war die niedrigste Steigerungsrate seit neun Monaten. Zuvor belief sich der Anstieg im Juli auf 8,3%.

Zuwächse der Auftragseingänge aus dem Inland und vor allem aus dem Ausland

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im August 2006 erneut von Zuwächsen sowohl auf dem Inlands- als auch auf dem Auslandsmarkt getragen. Seit März 2006 ist die Auslandsnachfrage wieder stärker gestiegen als die heimische Nachfrage. Auch im August wurde mit +8,4% ein höherer Auftragszuwachs aus dem Ausland registriert. Der Anstieg der Bestellungen aus dem Inland blieb mit +6,8% zwar etwas schwächer, zeigte sich aber gegenüber dem Vormonat wieder leicht erhöht. Im Juli hatte der Zuwachs an

Auslandsaufträgen noch bei 10,2% und an Aufträgen aus dem Inland bei 6,4% gelegen.

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) erhöhten sich im August 2006 die Auftragseingänge um 9,1% gegenüber dem August des Vorjahres. Der Anstieg erreichte damit wieder etwa das Niveau vom Mai (+9,9%) und Juli (+9,5%), kam aber nicht mehr an den Spitzenwert vom Juni 2006 (+15%) heran. Die Entwicklung wurde durch die Zunahme des Ordervolumens sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland bestimmt. Die Bestellungen aus dem Inland stiegen stärker als im Vormonat und zudem – erstmals seit Februar 2006 – auch stärker als die Auslandsaufträge, bei denen die Entwicklung hinter den letzten Monaten zurückblieb. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich im August um 10,3%, nach 8,9% im Juli. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im August 8,5%, nach 9,9% im Vormonat.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie 9,1% über Vorjahresniveau

Im Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im August 2006 mit -0,8% erstmals seit Juli 2005 im Vorjahresvergleich zu einem Rückgang der Auftragseingänge. Bereits im Juli war das Auftragsplus deutlich hinter den Zuwächsen der letzten Monate zurückgeblieben. Von April bis Juni lagen die Steigerungsraten im Vorjahresvergleich zwischen 24,7% und 25,8%. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion sank im Drei-Monats-Durchschnitt im August 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,1%, nach einem Zuwachs von 12% im Juli. Die Nachfrage

Nach zwölf Monaten mit Auftragszuwächsen im Fahrzeugbau erstmals wieder sinkende Auftragseingänge

aus dem Ausland war mit –0,5% ebenfalls rückläufig, nachdem sie im Vormonat noch um +4,7% gestiegen war.

Leichte Nachfragesteigerung in der Metallerzeugung und -verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im August 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 3,3%. Der Zuwachs war damit wieder höher als im Juli (+1%), fiel aber niedriger aus als in den Monaten davor. Im Juni hatte es einen Anstieg um 4,3% gegeben, nach 6,3% im Mai. Bei den Inlandsbestellungen kam es im August 2006 zu einem Zuwachs um 3,9%, nach einem Rückgang von 0,9% im Vormonat. Die Auslandsaufträge stiegen im Jahresvergleich mit +2,3% schwächer als im Juli (+4%).

Auftragseingänge im Maschinenbau vor allem wegen des Auslandsgeschäfts weiter deutlich im Plus

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im August 2006 im Jahresvergleich um 13,7% und damit wieder stärker als im Juni und Juli (jeweils +11,5%). Allerdings blieb die Entwicklung hinter den Ergebnissen der vorangegangenen Monate zurück. Im Mai lag der Anstieg noch bei 17%, zuvor war im April mit 29,4% das mit Abstand höchste Auftragsplus der letzten Jahre registriert worden. Die Inlandsaufträge nahmen im August 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,2% zu, nach 3% im Juli. Die Auftragszahlen aus dem Ausland stiegen im Jahresvergleich mit +17,9% ebenfalls etwas stärker als im Juli (+17,4%).

Anstieg der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe schwächt sich ab

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im August 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,2% gestiegen. Damit blieb der Zuwachs hinter dem Anstieg der Vormonats-

nats des laufenden Kalenderjahres zurück. Im Juni und Juli hatte der Zuwachs noch bei 21,3% bzw. 17,6% gelegen. Allerdings werden im Bauhauptgewerbe die gleitenden Durchschnittswerte häufiger durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt. Die positive Entwicklung der letzten Monate wurde in erster Linie durch die hohe Zunahme des Auftragseingangs in den Berichtsmonaten Juni und Juli 2006 bestimmt. In den Berichtsmonaten August und September ist es dagegen jeweils zu einem Rückgang gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gekommen.

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde zum Jahreswechsel 2005/2006 durch die Abschaffung der Eigenheimzulage stark beeinflusst. Die meisten der noch im vergangenen Jahr gestellten Bauanträge wurden erst Anfang 2006 bearbeitet. Dies löste vor allem in den Berichtsmonaten Januar und Februar einen Genehmigungsschub aus. In den Monaten Mai bis Juli kam es nur noch zu geringen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Im August 2006 wurde nun wieder ein stärkeres Plus von 5,6% registriert. Davor gab es im Juli einen geringfügigen Anstieg um 1,7%, während im Juni mit –2,3% erstmals seit September 2005 ein Rückgang bei der Zahl der Baugenehmigungen beobachtet wurde.

Zahl der Baugenehmigungen stieg im Jahresvergleich

Umsatzsteigerung im Einzelhandel, Rückgang im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeob-

achtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten. Die nachgewiesenen ersten Ergebnisse der Umsätze in Handel und Gastgewerbe werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen gehen in erster Linie auf vorläufige oder verspätete Mitteilungen der befragten Unternehmen zurück.

Zuwächse im Einzelhandel

Die Einzelhandelsumsätze weisen seit April vergangenen Jahres reale Zuwächse auf. Im August 2006 zeigte sich ein Plus von 2% gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit blieb die Zunahme etwa auf dem Niveau der Vormonate: Zuvor lag der Anstieg im Juli bei 2,3%; im Juni wurde ein Zuwachs von 2,5% ermittelt. Die positive Veränderung des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts war wieder von Umsatzsteigerungen in allen Berichtsmonaten (Juli bis September) bestimmt; das lässt auf eine Fortsetzung dieser Entwicklung hoffen.

Umsatzrückgang im Großhandel

Im Großhandel sanken die realen Umsätze im August 2006 um 1,7% gegenüber August 2005. Nachdem die Entwicklung im laufenden Kalenderjahr sehr uneinheitlich war, gab es nun zum zweiten Mal hintereinander rückläufige Umsätze. Davor wechselten sich Monate mit sinkenden Umsätzen (Januar, März, Mai und Juli) ab mit Monaten, in denen leichte Umsatzsteigerungen zu beobachten waren (Februar, April und Juni). Zuletzt gingen die realen Umsätze im Vorjahresvergleich im Juli um 2,9% zurück, während im Juni ein Anstieg um 0,7% registriert wurde.

Leicht sinkende Umsätze im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe zeigt sich bei der Entwicklung der realen Umsätze seit April 2005 wenig Bewegung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat. Die Veränderungen

variieren zwischen -2,1% im Februar 2006 und +1,3% im Mai 2006. In zwölf der letzten 17 Monate lagen die Schwankungen sogar in einem sehr engen Bereich von -1,1% bis +1%. Im August 2006 kam es nun mit -0,9% zum dritten Mal in Folge zu einem Rückgang, nachdem die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. zuletzt im Mai 2006 um 1,3% angestiegen waren.

Verbraucherpreisindex im November um 1,4% höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex (Basis 2000 = 100) erreichte im November 2006 einen Wert von 110. Im Vergleich zum Vormonat sank er um 0,1%. Gegenüber dem November des Vorjahres hat sich der Verbraucherpreisindex dagegen um 1,4% erhöht. Damit war die Teuerungsrate im Jahresvergleich wieder höher als im September und Oktober 2006, als mit +0,9% bzw. +1% die niedrigsten Preisanstiege seit zweieinhalb Jahren ermittelt wurden. Zuvor schwankte im Jahr 2006 die Teuerungsrate um die 2%-Marke; sie variierte dabei zwischen 1,7% im März und August sowie 2,2% im Januar. Für den Durchschnitt des Jahres 2006 zeichnet sich damit ein Anstieg des Verbraucherpreisindex von 1,6% ab, nach 2,1% im Jahr 2005.

Zum Preisauftrieb im November haben insbesondere die Preissteigerungen bei der Haushaltsenergie beigetragen. Ohne deren überdurchschnittliche Verteuerung hätte sich der Verbraucherpreisindex im Vor-

Verbraucherpreise zogen im November wieder stärker an

Gaspreise deutlich höher als vor einem Jahr

jahresvergleich nur um 1 % erhöht. Innerhalb dieser Gütergruppe waren allerdings deutliche Unterschiede zu beobachten. Die Gaspreise stiegen gegenüber November 2005 um 18,7%, während die Preise für Heizöl im gleichen Zeitraum um 3,8% sanken. Überproportionale Preisanstiege gab es unter anderem in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,7%), „Bildungswesen“ (+2,7%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,5%). Rückläufige Preise im Vorjahresvergleich waren dagegen in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (−0,3%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (−2,3%) zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit auch im November rückläufig

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Deutlich geringere Arbeitslosigkeit im November

Am Arbeitsmarkt zeigt sich derzeit eine für diese Jahreszeit außergewöhnliche Entwicklung. Die Arbeitslosenzahl ist im November stark gesunken. Mitte des Monats waren in Rheinland-Pfalz rund 144 400 Frauen und Männer ohne Arbeit, gut 2 800 oder 1,9% weniger als im Oktober. Im Vergleich zum November 2005 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 19 600 Personen oder 11,9%.

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im November 2006 auf 7,1%, nach 7,2% im Oktober. Vor einem Jahr hatte die Quote noch bei 8,1% gelegen.

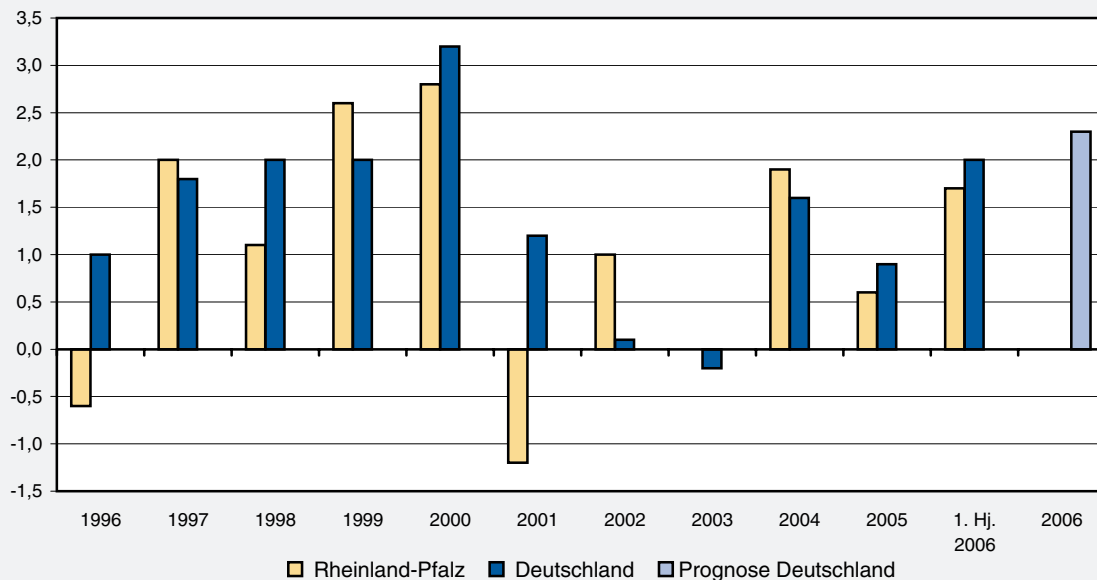
Ursache für diese günstige Entwicklung sind zum einen die ungewöhnlich milden Temperaturen, die witterungsbedingte Entlassungen in Grenzen gehalten haben. Zum anderen macht sich auf dem Arbeitsmarkt allmählich aber auch die konjunkturelle Belebung bemerkbar.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt weiter zu. Die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit berichtete, dass es nach ersten vorläufigen Ergebnissen Ende September 2006 in Rheinland-Pfalz 15 300 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr gab als ein Jahr zuvor (+1,3%). Jobs entstehen vor allem in Dienstleistungsbereichen, wie z. B. Personaldienstleister, Logistik, IT-Dienstleister, Gesundheits- und Sozialwesen. In den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft und Handel hat sich die Lage nach den starken Beschäftigungsrückgängen in den vergangenen Jahren stabilisiert.

Mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

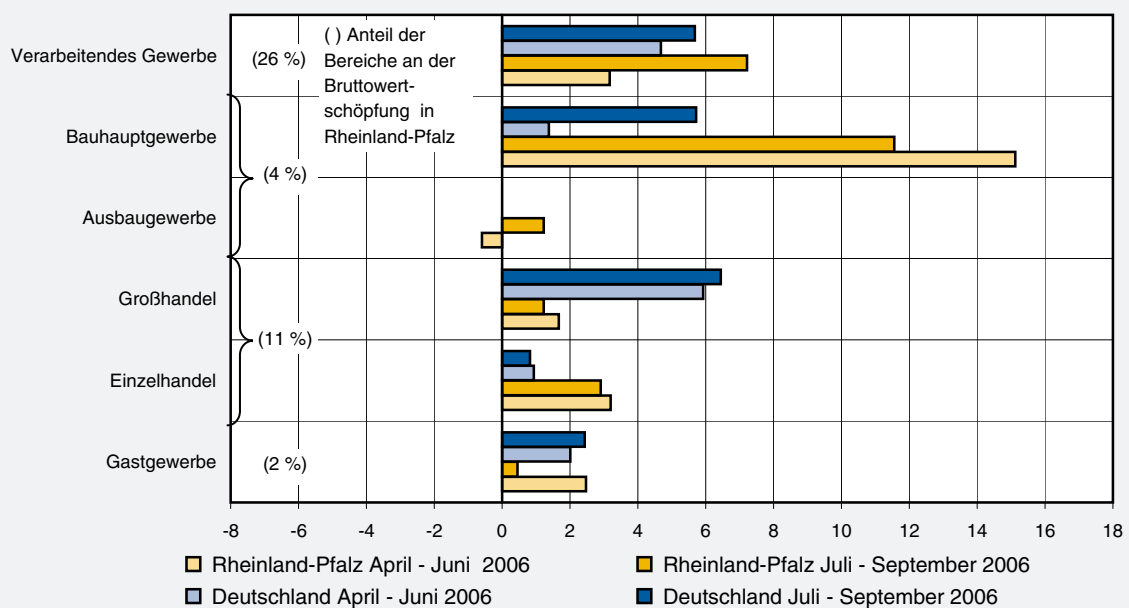
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ (Berechnungsstand: März 2006)



Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2006 im Februar 2007. - Quelle Prognosewert 2006: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose von Oktober 2006.

Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen in Rheinland-Pfalz und Deutschland



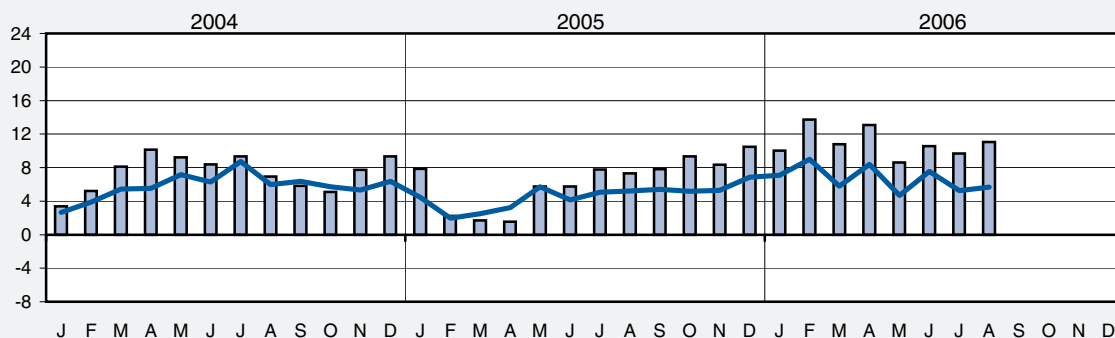
3-Monats-Durchschnitte¹⁾; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Ausbaugewerbe: Quartale; die Werte 3.Quartal für den Bund sind noch nicht vorhanden.

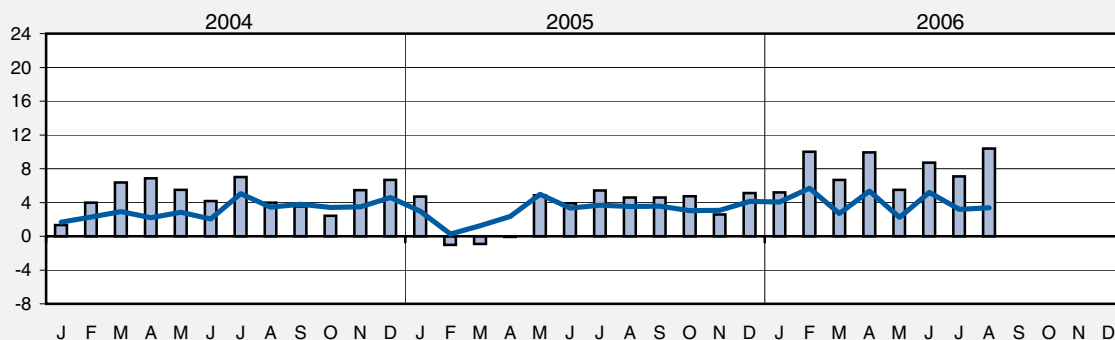
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

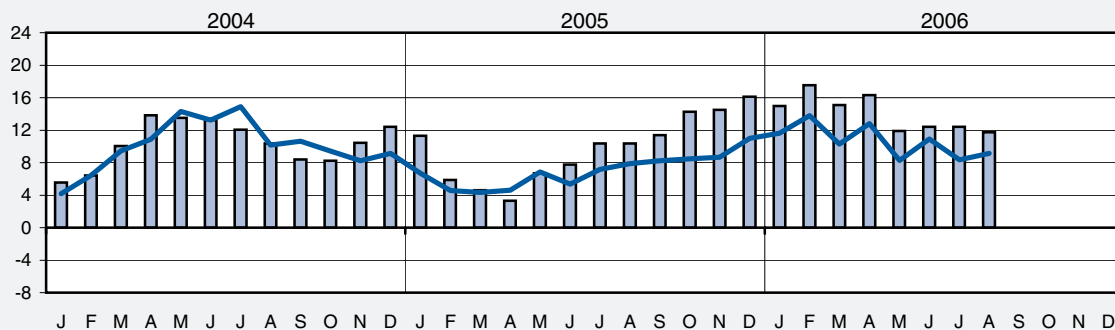
Insgesamt



Inland



Ausland



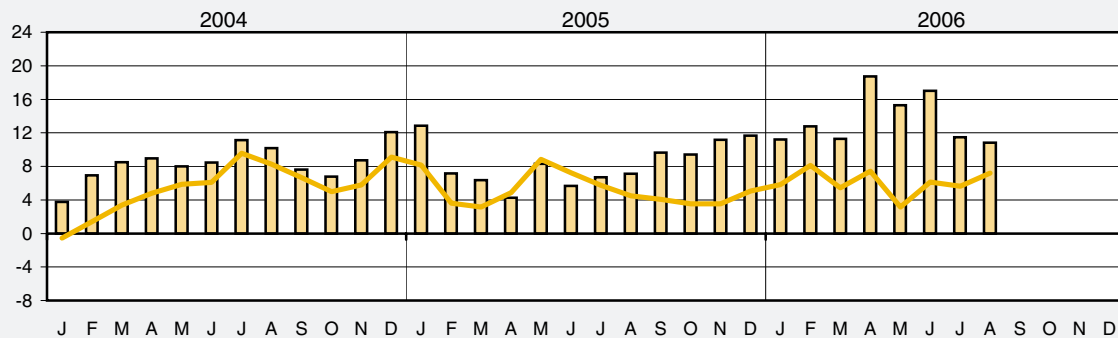
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

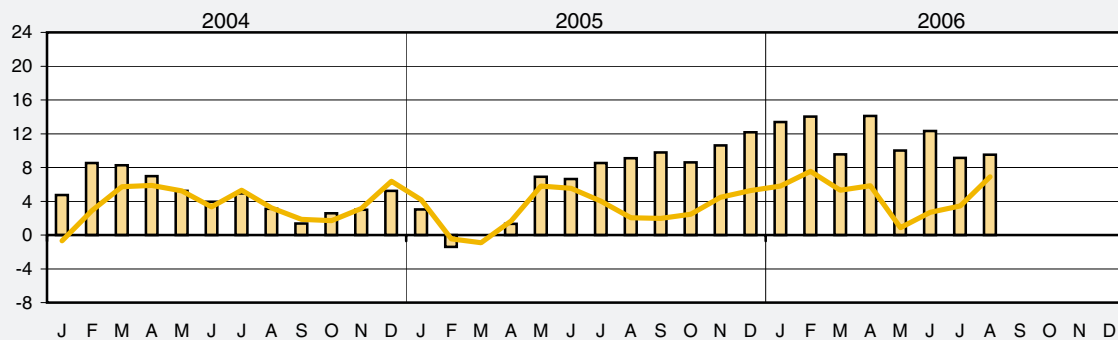
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

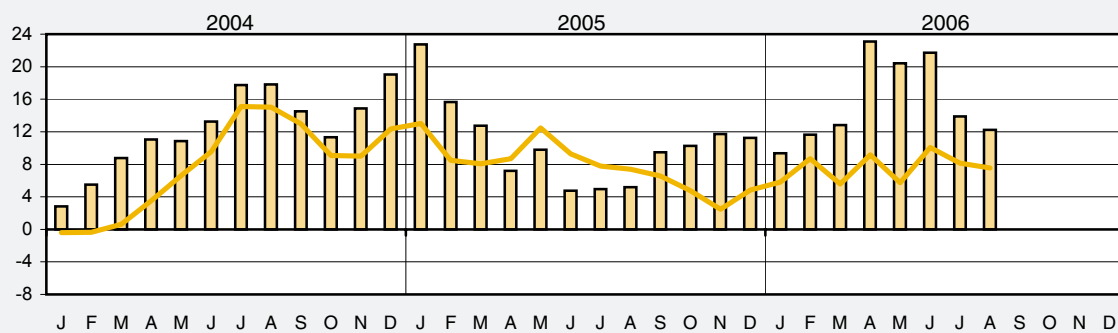
Insgesamt



Inland



Ausland

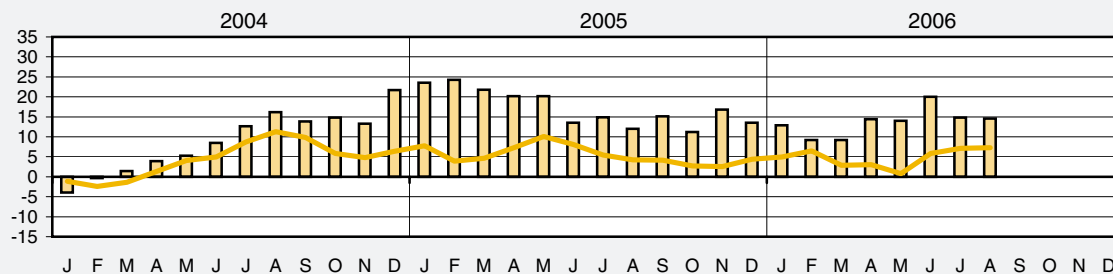


Auftragseingang Gesamtumsatz

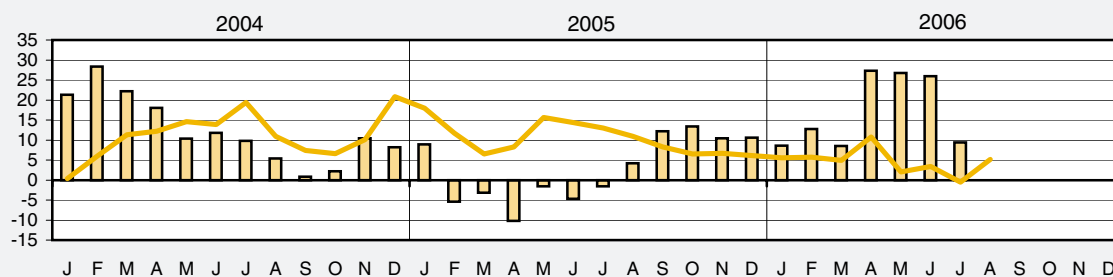
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

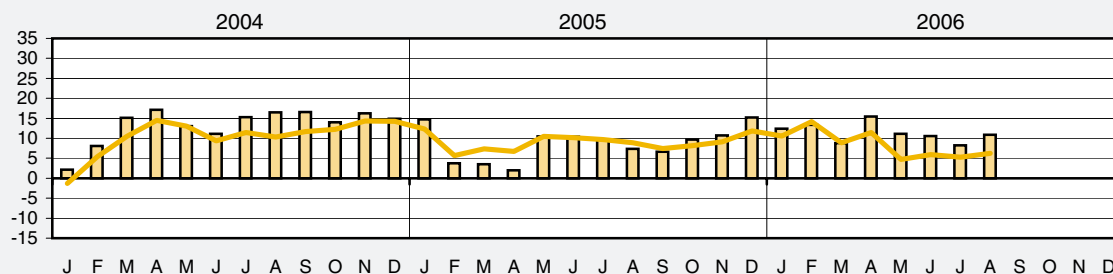
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 32%)



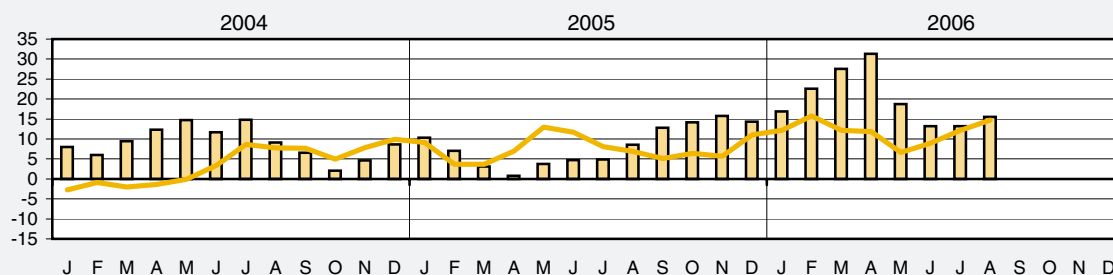
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 16%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 11%)



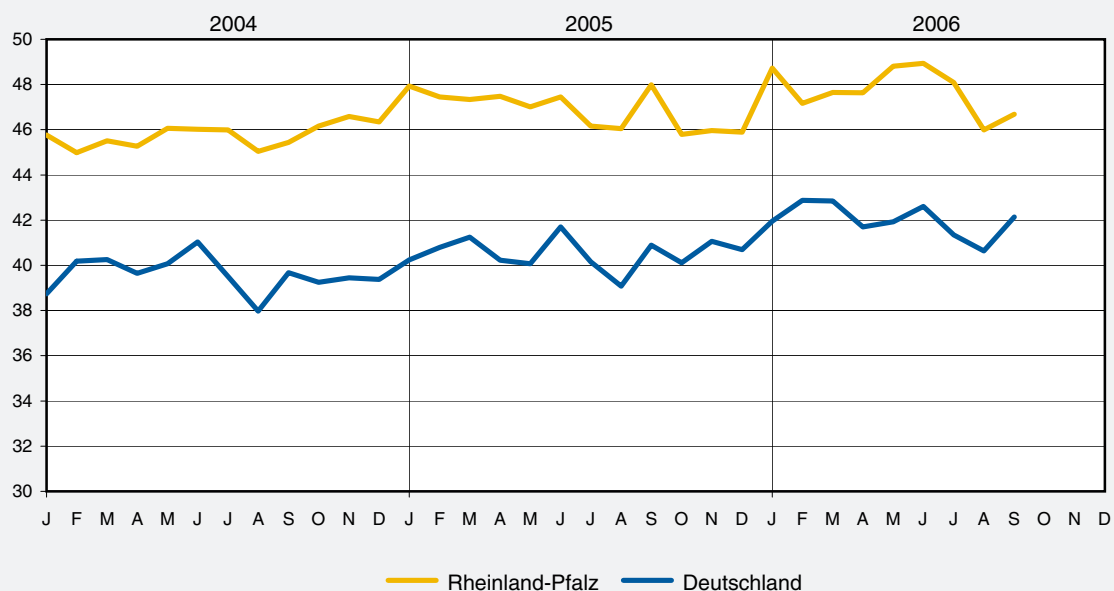
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 9%)



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

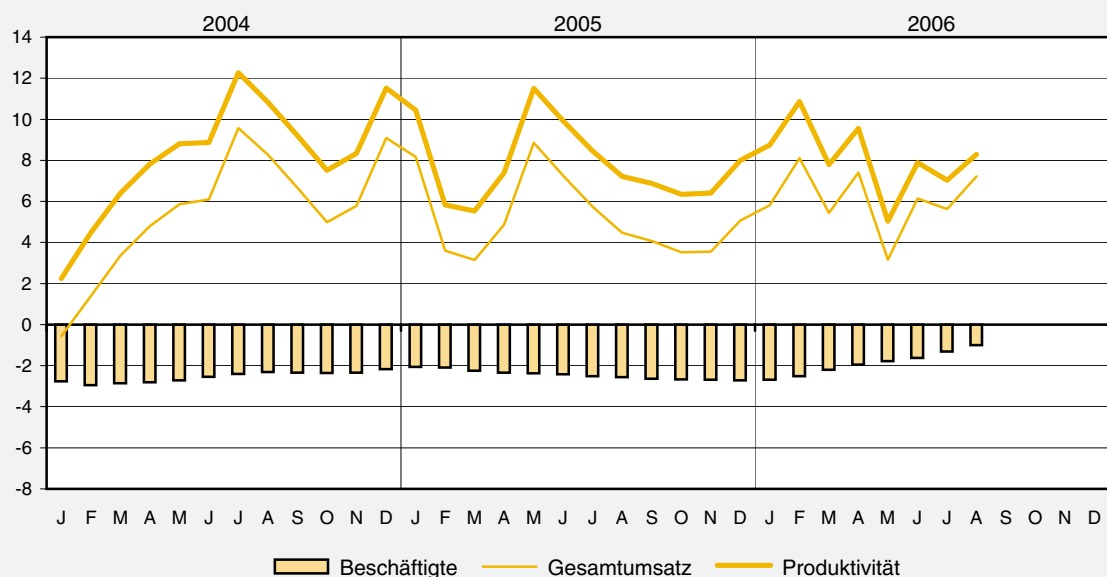
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

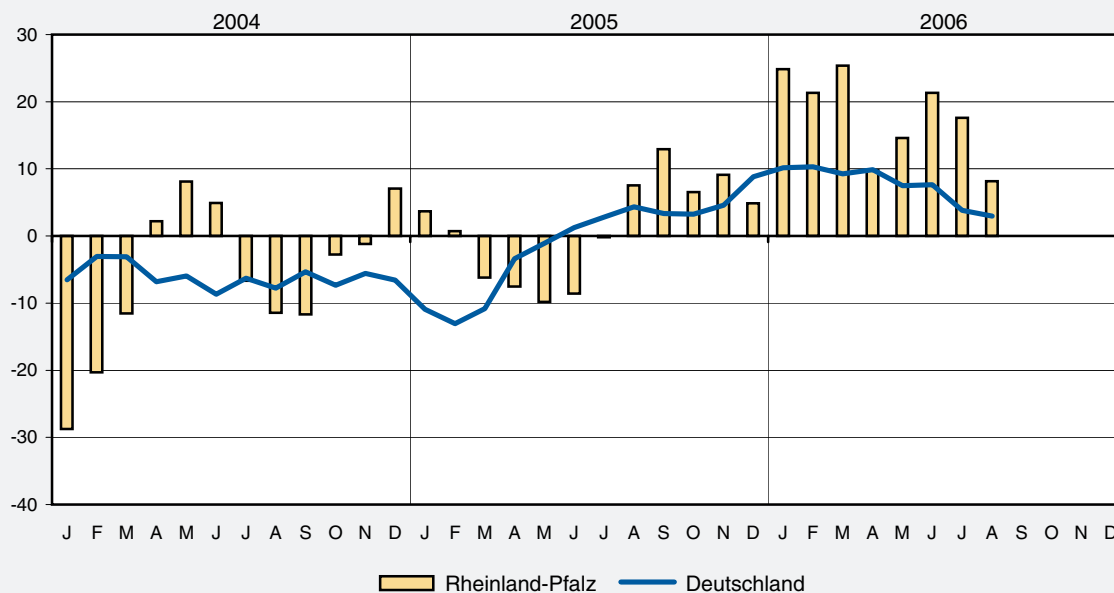
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

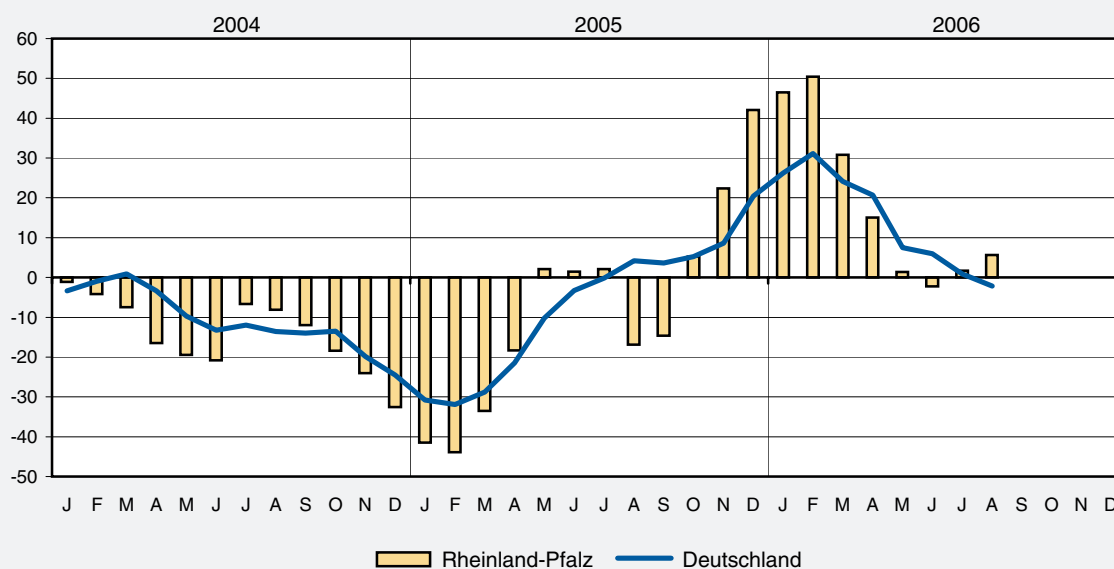
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



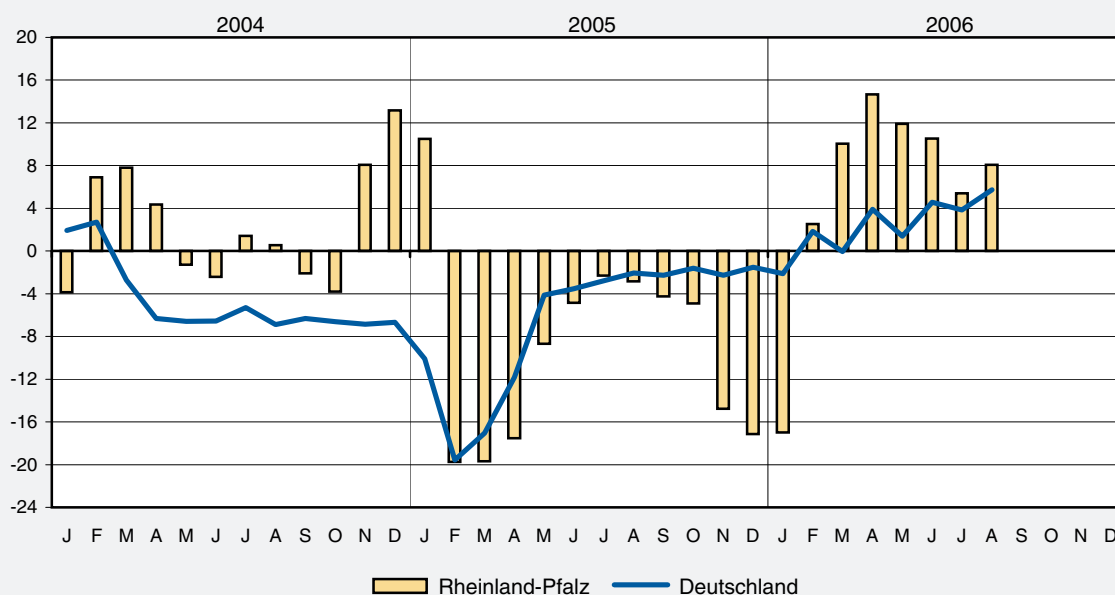
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

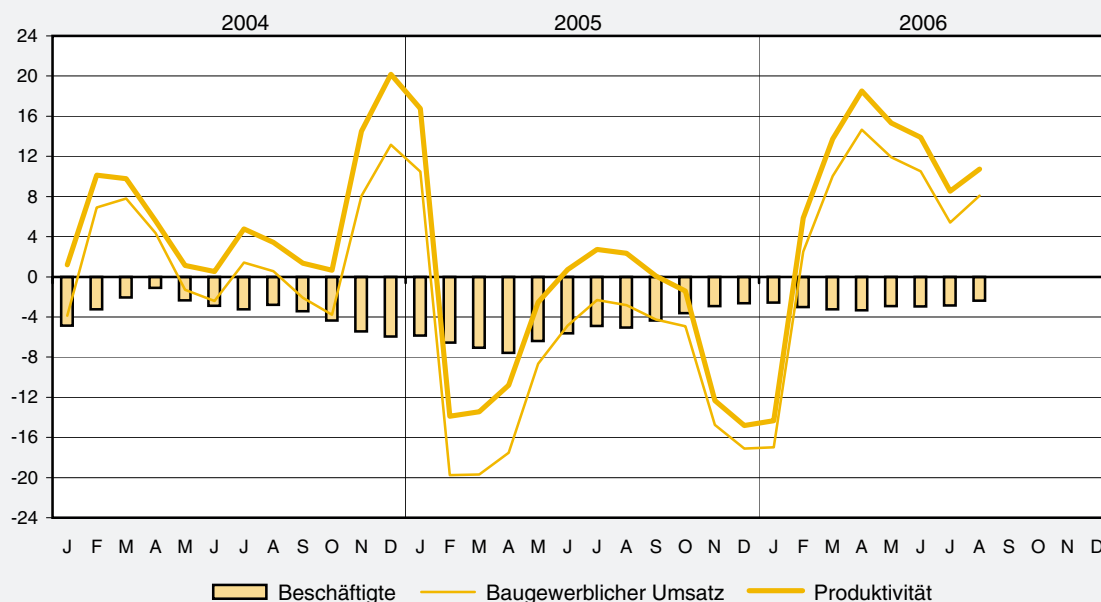
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

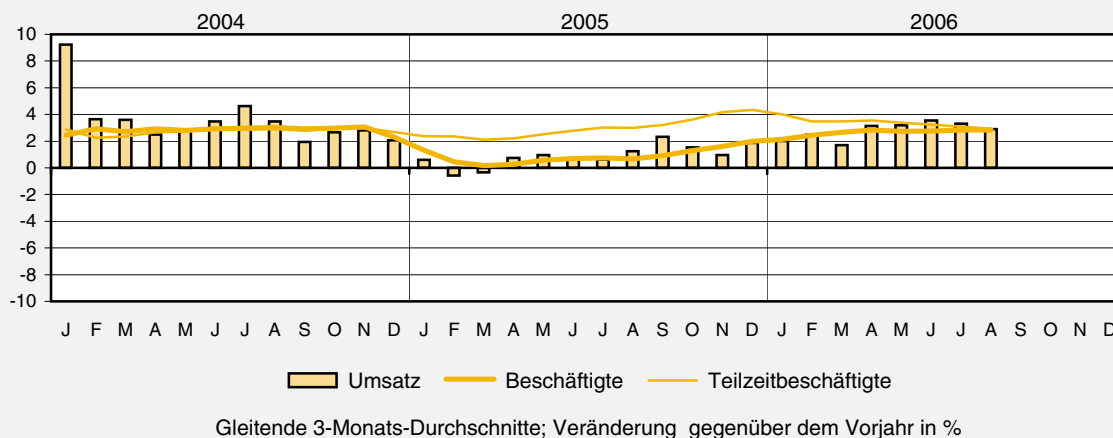
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



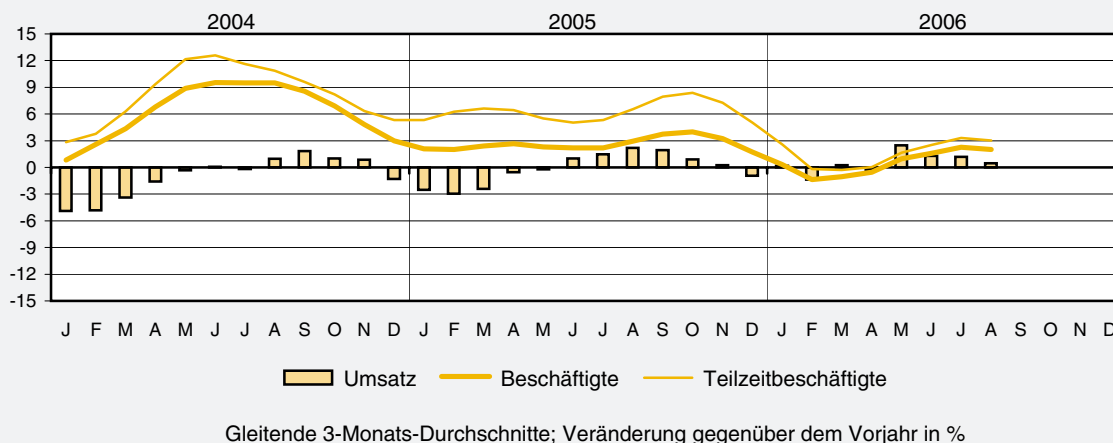
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

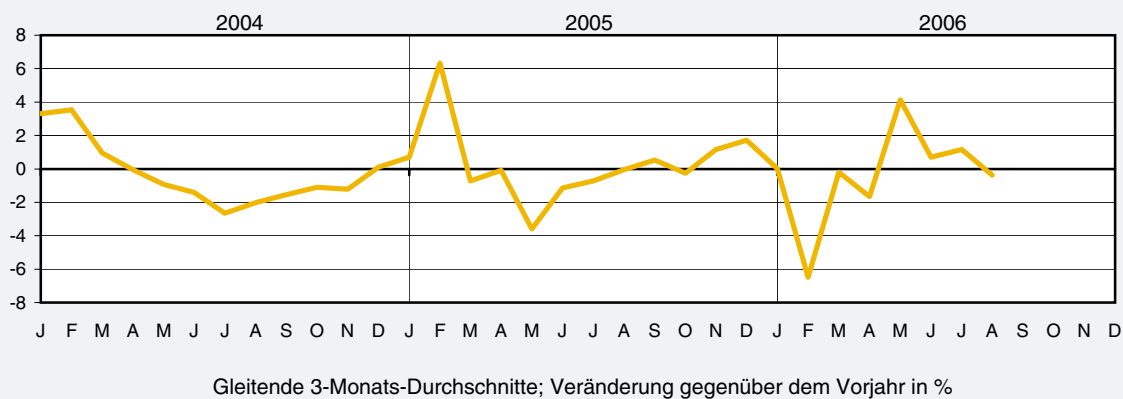
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100) in Rheinland-Pfalz



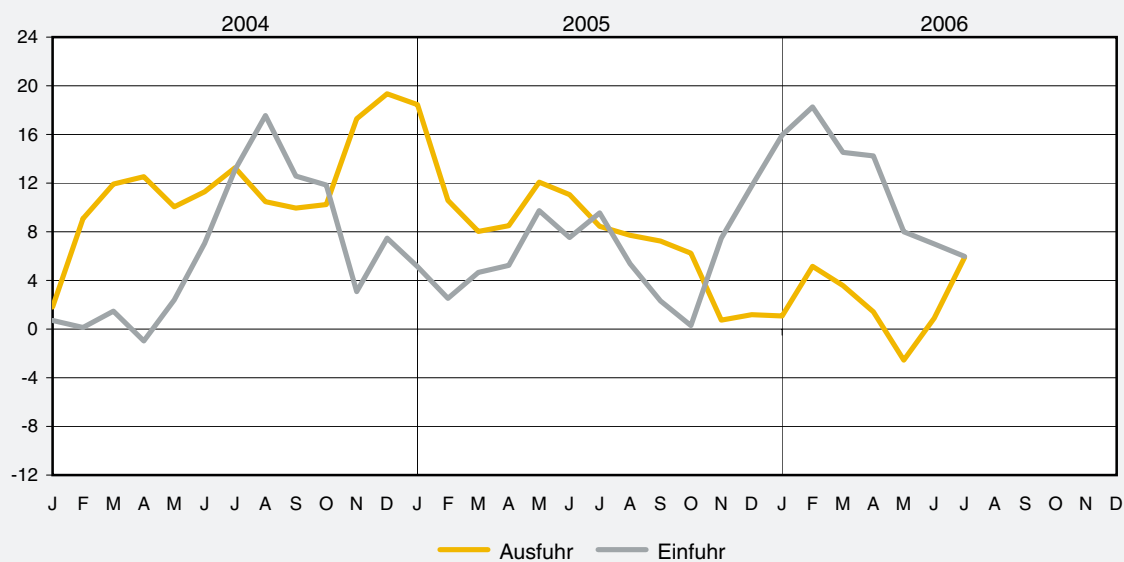
Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100) in Rheinland-Pfalz



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

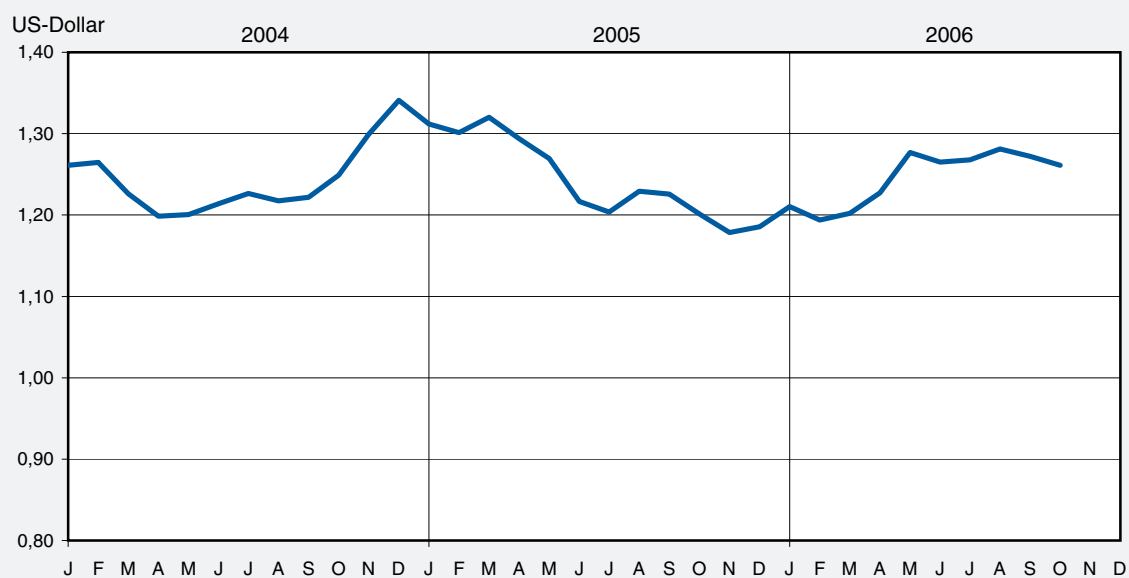


Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



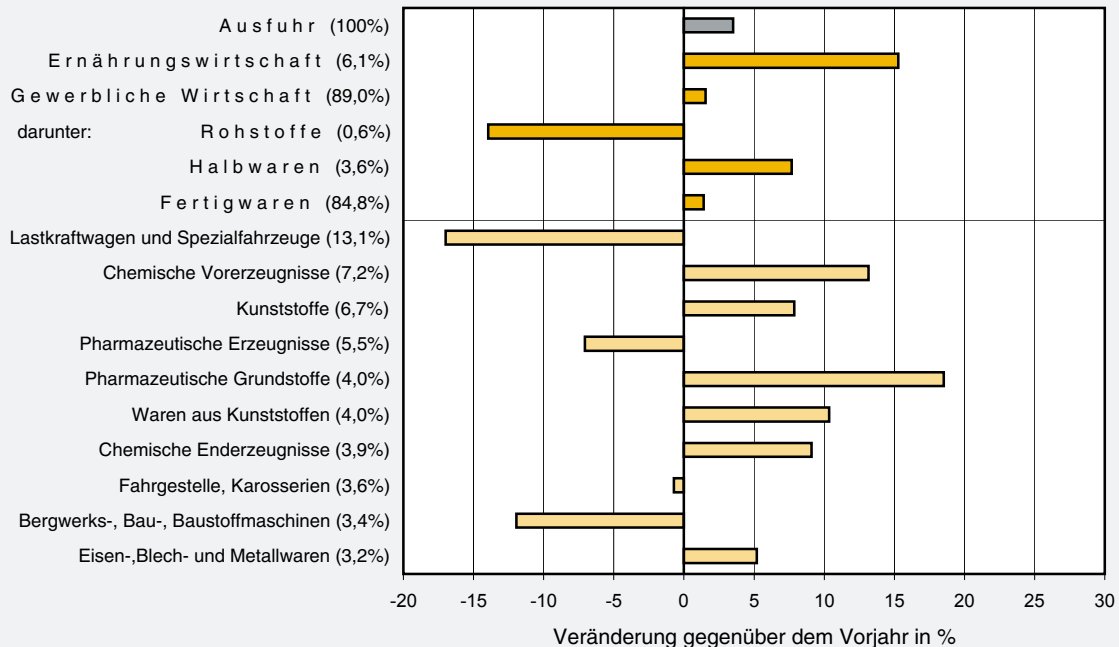
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

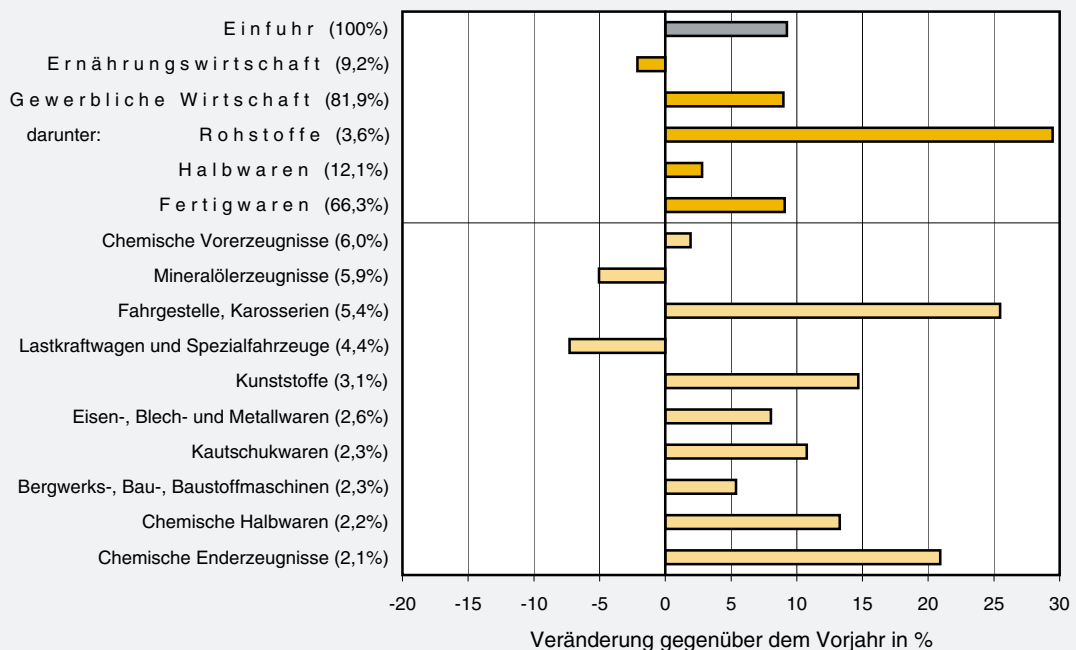


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾ (September 2005 - August 2006)

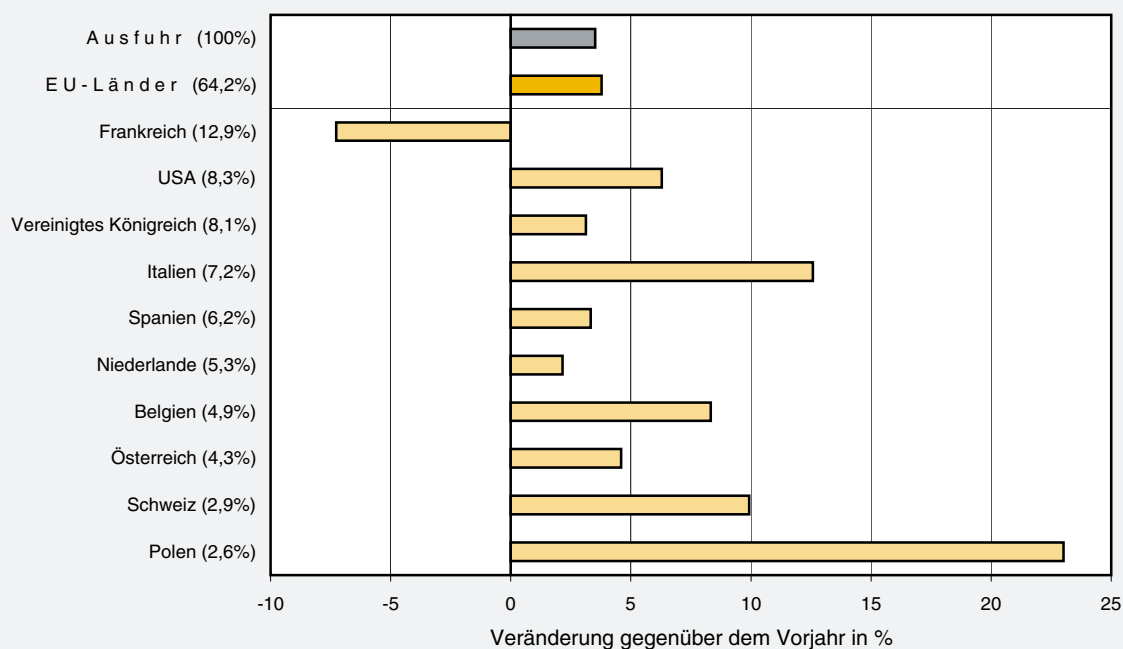


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾ (September 2005 - August 2006)

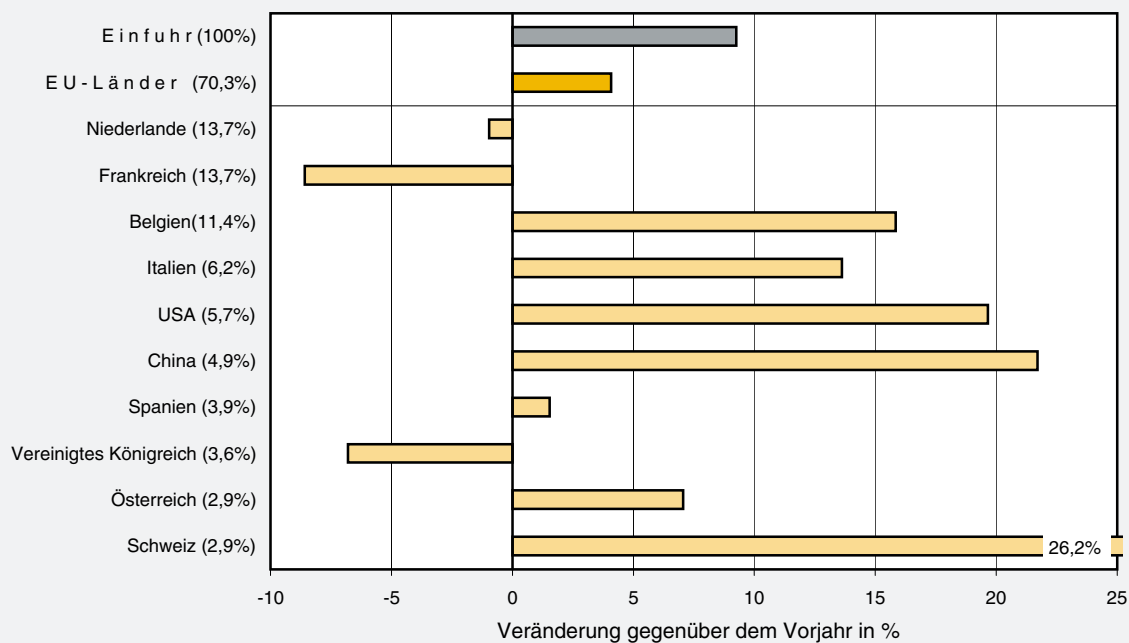


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(September 2005 - August 2006)

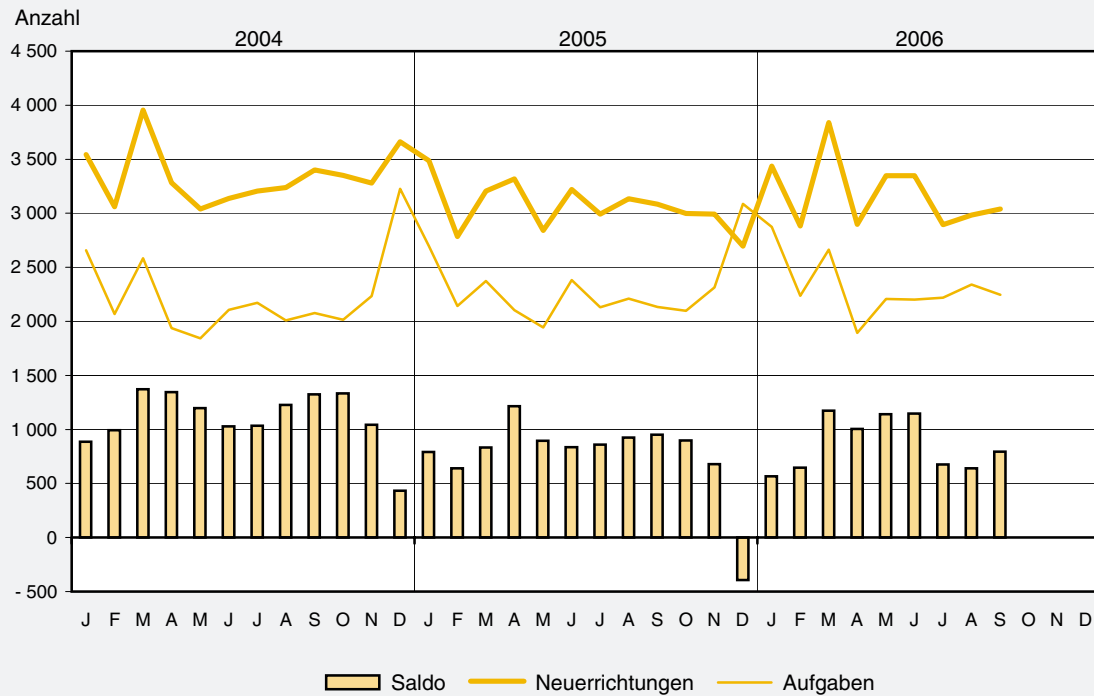


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(September 2005 - August 2006)

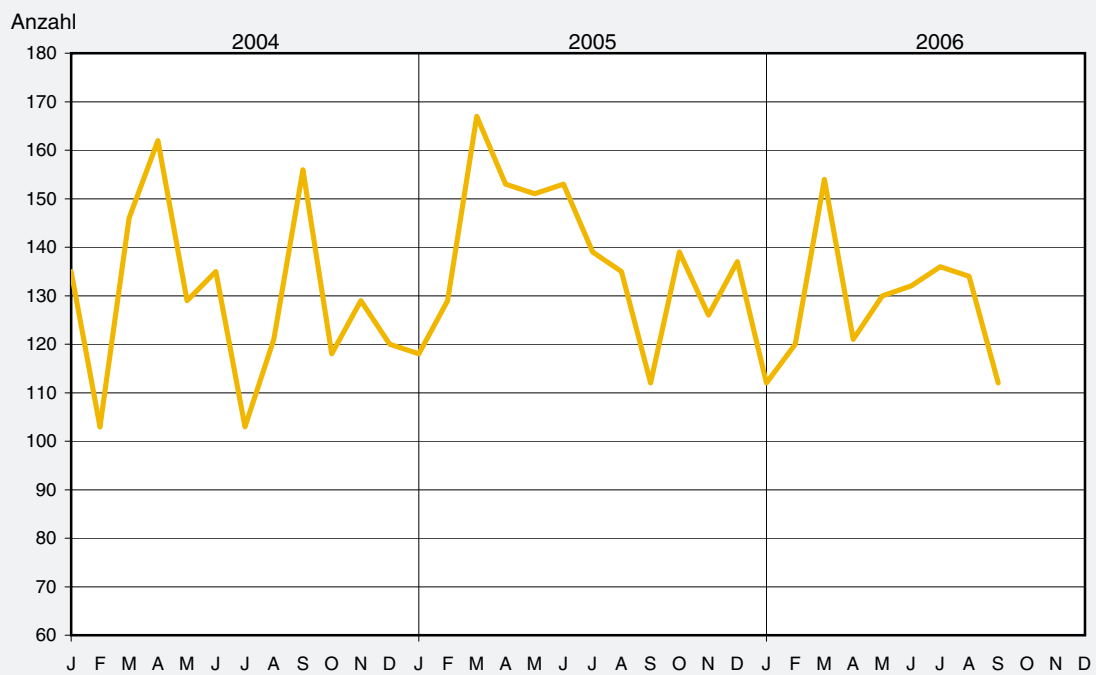


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.

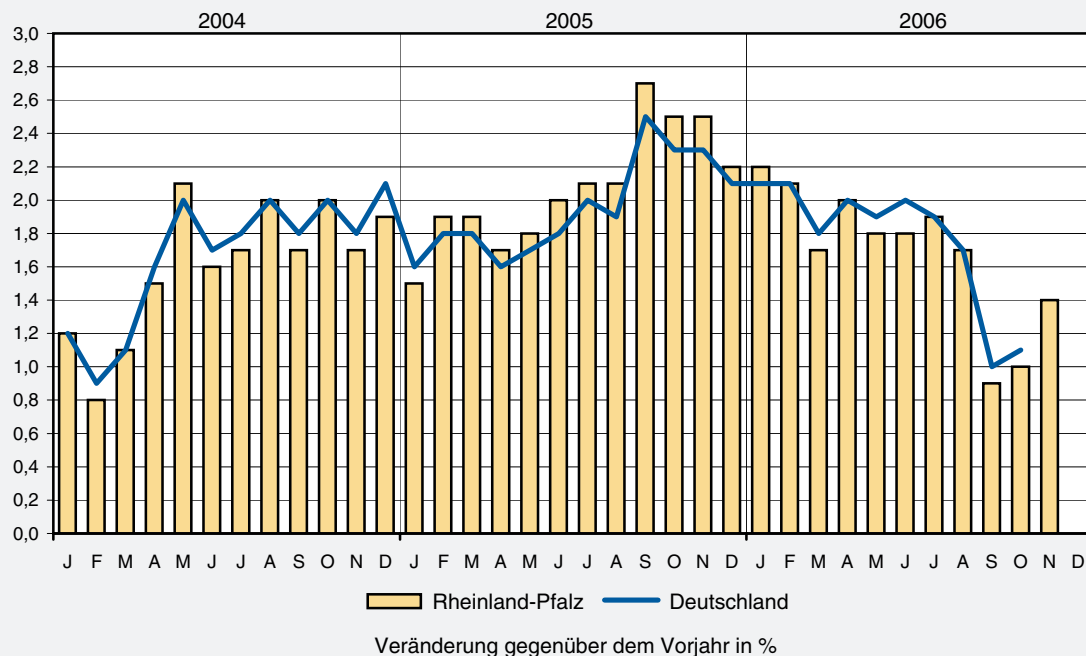
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



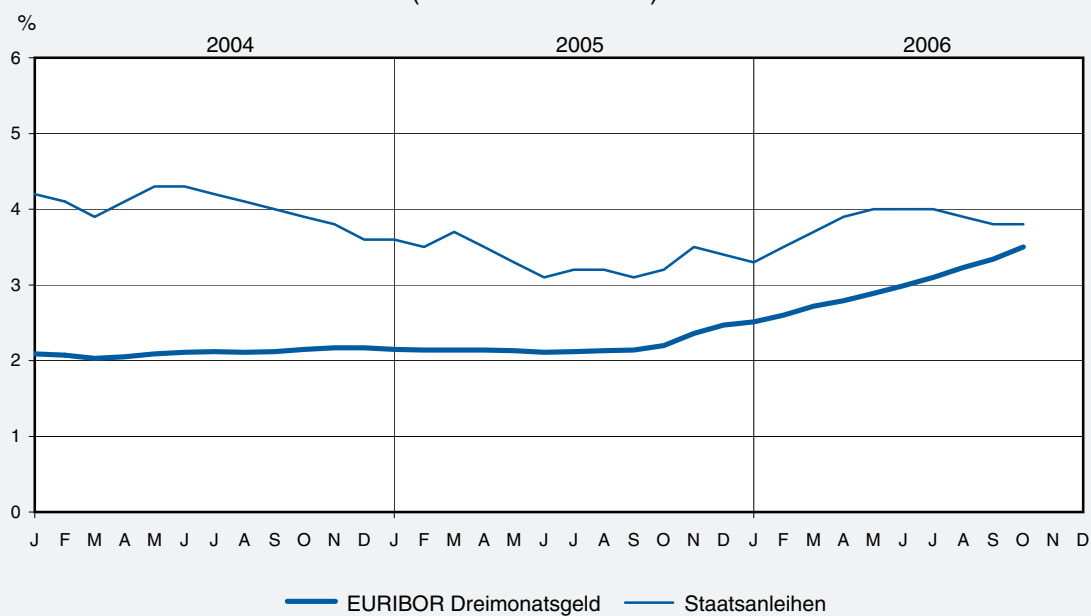
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland

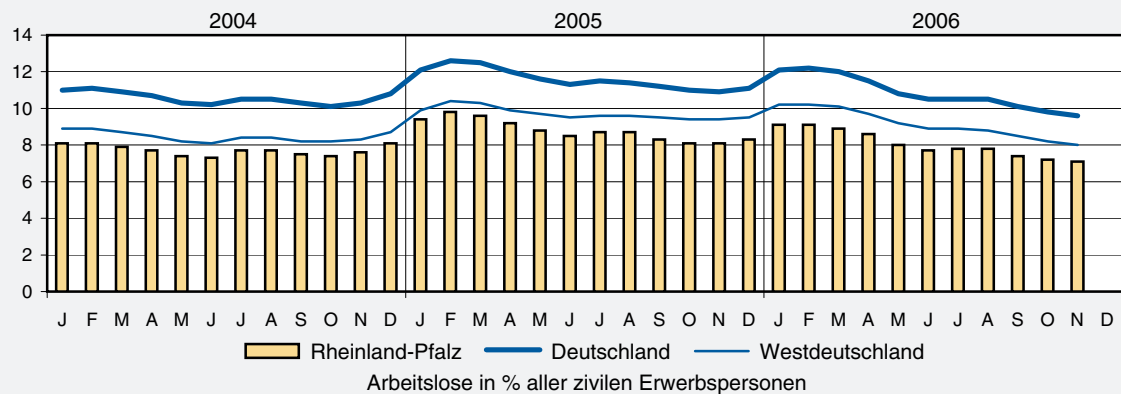


Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

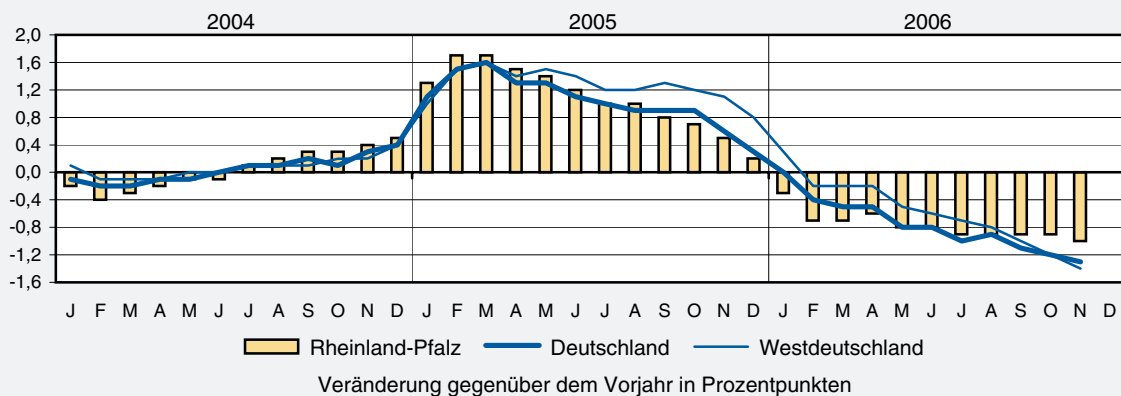


Quelle: Deutsche Bundesbank.

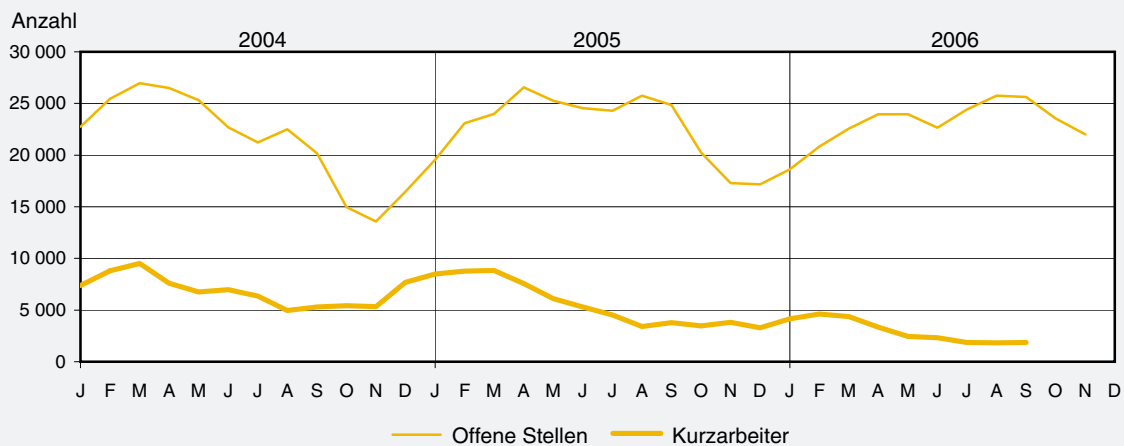
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

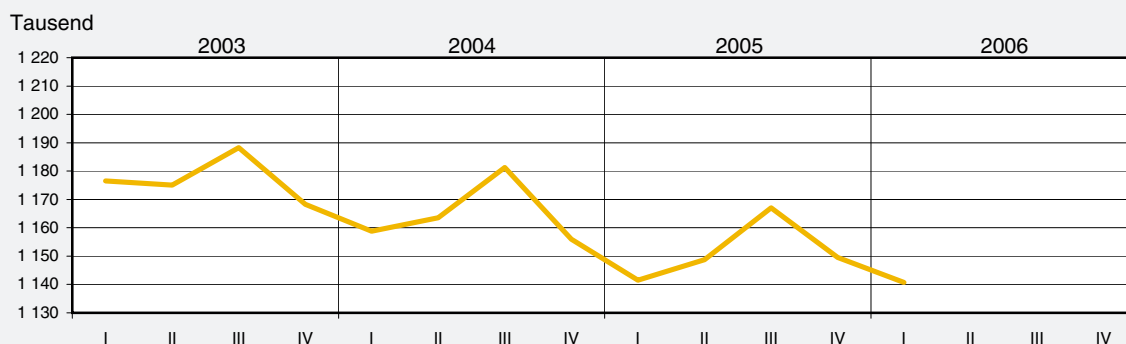


Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

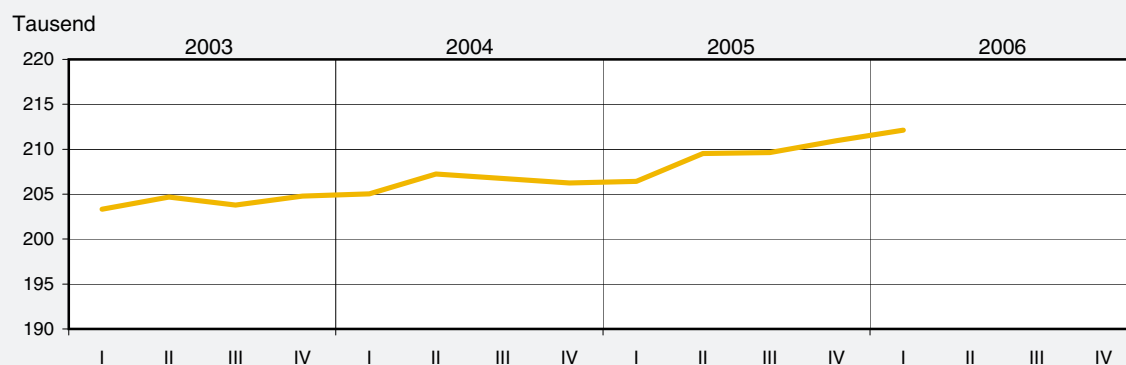


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

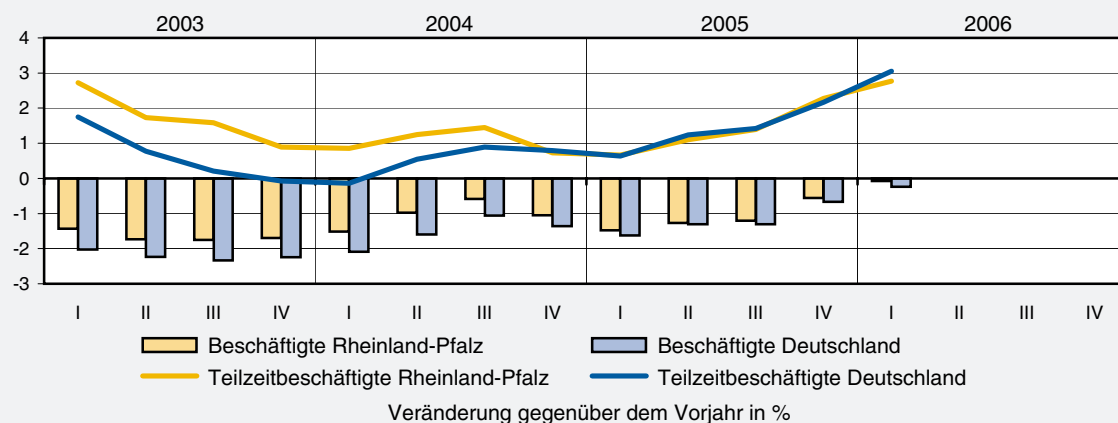
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



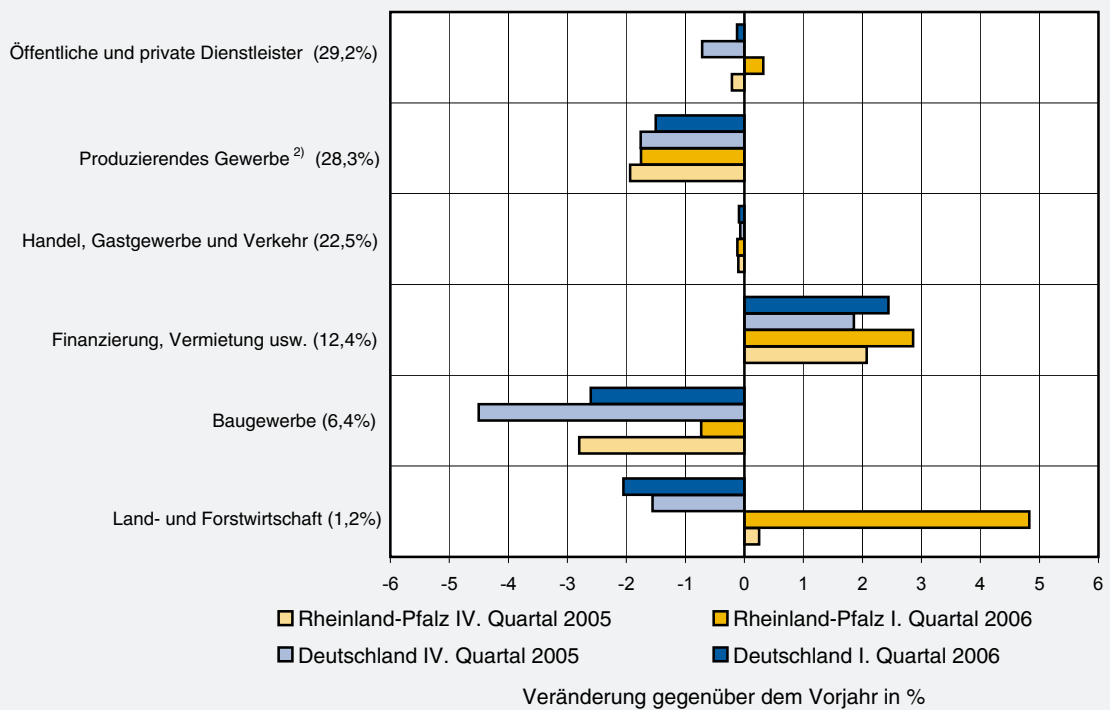
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2005. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. November 2006.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbspersonen

Die EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Euro-Referenzkurs

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

Exportquote

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunktorentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehende sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



37	1.279.036	20.053.121	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
081	1.474.661	22.438.521	4.397.829
	1.474.661	22.438.521	4.397.829
	1.474.661	22.438.521	4.397.829

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 061 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 058	4 060	4 060	4 055	4 055	4 054
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	314	315	315	315	316	317
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾									
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 753	1 689	2 993	1 861	2 388	1 066	2 026	2 932
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 785	2 716	2 744	2 803	2 860	2 300	2 781	2 688
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,2	8,0	8,0	8,4	8,3	6,9	8,1	8,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 464	3 565	3 556	3 362	3 281	3 287	3 721	3 313
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,5	10,3	10,1	9,5	9,9	10,8	9,9
* darunter im 1. Lebensjahr									
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	12	10	7	8	9	17	14	19
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,1	3,8	2,2	2,5	4,3	7,4	5,0	7,1
* Überschuss der Geborenen (+)									
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 679	- 849	- 812	- 559	- 421	- 987	- 940	- 625
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,5	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 3,0	- 2,7	- 1,9
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 107	8 347	8 479	8 827	8 792	7 293	8 138	7 293
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 218	2 337	2 021	2 418	2 571	2 323	2 640	2 406
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 237	7 693	6 452	7 062	7 937	6 986	7 305	7 249
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 114	2 073	1 533	1 943	2 181	1 716	1 894	2 029
* Wanderungsgewinn (+)									
bzw. -verlust (-)	Anzahl	870	655	2 027	1 765	855	307	833	44
* Innerhalb des Landes									
Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 969	13 053	13 044	13 237	12 602	11 108	12 203	11 366
ERWERBSTÄTIGKEIT									
Beschäftigte	Einheit	2002	2003	2004			2005		
			30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig									
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 196	1 175	1 164	1 181	1 156	1 142	1 149	1 167
* Frauen	1 000	532	527	522	530	523	519	519	525
* Ausländer/-innen	1 000	76	72	70	71	66	66	68	70
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	201	205	207	207	206	206	210	210
* darunter Frauen	1 000	176	179	181	181	180	181	183	183
davon nach Wirtschaftsbereichen									
* Land- und Forstwirtschaft,									
Fischerei	1 000	14	13	13	13	12	12	13	14
* produzierendes Gewerbe									
ohne Baugewerbe	1 000	351	340	333	335	330	326	325	328
* Baugewerbe	1 000	85	80	77	79	74	70	74	76
* Handel, Gastgewerbe									
und Verkehr	1 000	271	265	262	268	259	256	258	263
* Finanzierung, Vermietung und									
Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	141	142	145	142	141	143	147
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	334	335	336	340	339	336	335	338

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2006 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Arbeitslose	Anzahl	155 111	178 514	168 104	164 610	164 189	159 440	151 703	147 195	144 398
* Frauen	Anzahl	66 311	82 718	81 082	79 775	79 280	80 433	76 522	74 572	73 284
* Männer	Anzahl	88 800	95 796	87 022	84 835	84 909	79 007	75 181	72 623	71 114
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 265	8 896	6 978	6 718	6 863	4 670	4 412	4 143	...
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 605	50 308	46 034	44 664	44 674	36 312	34 948	33 937	...
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	8,6	9,9	9,3	9,1	9,0	8,7	8,3	8,1	7,9
* Frauen	%	7,8	9,7	9,5	9,3	9,3	9,3	8,8	8,6	8,5
* Männer	%	9,2	10,0	9,1	8,9	8,9	8,3	7,9	7,6	7,4
* Ausländer/-innen	%	17,7	21,6	20,3	20,0	20,2	19,1	18,7	18,2	18,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,3	10,8	10,5	9,5	9,2	9,9	8,7	7,7	7,1
* Kurzarbeiter/-innen ³⁾	Anzahl	6 844	5 613	3 790	3 473	3 802	1 837	1 846
* Gemeldete Stellen	Anzahl	21 679	23 752	24 861	20 233	17 292	25 765	25 621	23 544	22 011
darunter										
Bauberufe	Anzahl	299	995	1 302	961	926	1 560	1 521	1 340	...
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	4 429	5 372	6 057	5 927	4 857	8 240	8 406	8 147	...
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	828	727	629	692	670	611	621	800	581
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	790	700	603	670	646	573	590	766	561
3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	38	27	26	22	24	38	31	34	20
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	...	1	1	...
Unternehmen	Anzahl	97	116	77	110	106	63	68	182	71
private Haushalte	Anzahl	729	610	552	581	564	548	553	617	510
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 154	971	858	863	868	913	826	1 125	784
* Umbauter Raum	1 000 m³	810	672	595	629	605	636	604	734	579
* Wohnfläche	1 000 m²	147	125	110	118	115	116	111	136	106
Wohnräume	Anzahl	6 416	5 494	4 793	5 045	4 904	5 159	4 843	5 970	4 636
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	184	154	138	144	139	150	142	169	139
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	130	118	139	166	125	133	133	144	144
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	16	15	25	19	8	13	10	10
Unternehmen	Anzahl	105	97	120	131	99	117	107	128	119
private Haushalte	Anzahl	10	5	4	10	7	8	13	6	15
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	14	34	39	2	14	17	35	8
* Umbauter Raum	1 000 m³	662	597	538	1 054	927	729	574	821	739
* Nutzfläche	1 000 m²	98	90	88	159	120	104	94	113	106
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	64	52	144	95	66	55	59	100
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 099	1 002	1 044	933	1 057	993	1 266	906
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 421	6 276	5 613	6 073	5 363	6 039	6 035	6 803	5 445

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Ergebnisse stehen zurzeit nicht zur Verfügung (Änderung des Meldeverfahrens und Einführung von Saison-Kurzarbeitergeld). – 4) Einschließlich Wohnheime.

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Ergebnisse stehen zurzeit nicht zur Verfügung (Änderung des Meldeverfahrens und Einführung von Saison-Kurzarbeitergeld). – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 830	10 678	9 200	10 815	10 596	9 869	9 511	10 686	10 820
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 752	2 696	1 938	2 602	2 889	2 104	1 757	2 372	2 515
* Kälber	t	20	16	9	9	13	11	8	12	17
* Schweine	t	7 968	7 865	7 189	8 106	7 593	7 679	7 666	8 218	8 198
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	9 535	10 264	10 000	9 944	9 913	10 444	10 097	9 262	9 065
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 617	63 728	66 892	64 933	60 362	63 817	64 032	62 096	59 215
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 184	2 112	2 116	2 112	2 106	2 039	2 039	2 035	2 033
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	281 120	274 294	274 263	275 157	275 021	269 392	270 581	272 556	273 058
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	35 893	35 075	35 203	34 061	35 497	34 845	34 165	33 915	35 101
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	884	880	825	824	822	915	832	831	823
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 508	5 790	5 641	5 483	6 129	6 312	6 066	6 057	6 375
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. EUR	2 953	3 042	2 928	2 834	3 241	3 376	3 205	3 195	3 325
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 477	1 624	1 628	1 480	1 696	1 771	1 705	1 648	1 779
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	115	113	101	97	126	121	114	126	141
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	962	1 010	983	1 073	1 066	1 045	1 041	1 087	1 130
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 735	1 825	1 679	1 700	1 889	1 973	1 868	1 851	1 931
Fahrzeugbau	Mill. EUR	829	922	905	840	970	968	928	912	1 015
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 521	2 714	2 604	2 525	2 941	3 089	2 917	2 786	2 976
Exportquote ⁶⁾	%	45,8	46,9	46,2	46,0	48,0	48,9	48,1	46,0	46,7
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	106,8	112,9	109,5	106,1	116,0	127,0	117,6	116,3	122,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	104,2	110,8	108,2	105,0	113,8	126,8	115,5	112,6	119,4
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	111,4	115,7	111,5	105,7	117,3	130,6	112,9	117,7	122,3
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	98,2	99,4	96,6	92,7	97,1	105,8	97,7	99,7	118,2
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	108,1	120,7	115,6	120,5	132,7	121,9	159,2	141,1	149,9
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	109,4	124,1	117,7	120,0	124,1	143,1	136,9	125,5	132,3
Fahrzeugbau	2000=100	119,1	119,6	114,0	110,6	122,7	140,6	112,2	113,9	118,4
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	87	88	88	88	86	86	86	86
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 377	10 204	10 120	10 175	10 231	10 003	9 990	10 053	10 145
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 329	1 296	1 287	1 213	1 334	1 222	1 236	1 214	1 267
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ³⁾	Mill. EUR	33	33	31	30	30	32	37	30	30
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁷⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	668	595	487	526	591	324	410	405	440
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	651	580	468	514	573	313	398	396	428

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –

2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. –

7) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit
im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. –
7) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe**Bauhauptgewerbe**
(Vorbereitende Baustellen-
arbeiten, Hoch- und Tief-
bau) ¹⁾

	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	38 163	36 159	36 587	37 007	36 935	36 751	36 919	37 465
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 780	3 435	4 050	3 766	4 085	4 172	4 193	4 058
davon									
* Wohnungsbau	1 000 h	1 543	1 394	1 716	1 536	1 634	1 767	1 921	1 718
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	931	824	887	892	935	961	886	906
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 305	1 217	1 447	1 338	1 516	1 441	1 386	1 434
darunter Straßenbau	1 000 h	599	587	735	646	774	734	718	797
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	85	79	80	87	84	83	82	88
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	58	60	67	64	62	61	67
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	22	21	20	20	20	22	21	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	305	370	342	352	360	416	369
davon									
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	98	121	109	115	121	153	122
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	86	80	94	87	84	98	113	99
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	128	155	147	153	141	150	148
darunter Straßenbau	Mill. EUR	57	56	62	64	76	74	78	77

**Ausbaugewerbe/
Bauinstallation und sons-
tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}**

	Einheit	2004	2005				2006		
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	332	319	319	320	319	319	307	306
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	11 708	11 350	11 207	11 488	11 350	11 353	10 880	10 970
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 558	3 557	3 330	3 652	3 632	3 615	3 311	3 465
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	77	76	72	77	76	81	70	73
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	55	54	51	55	54	57	50	53
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	22	22	20	21	22	24	20	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	263	251	183	240	253	327	193	238

HANDEL**Großhandel ^{p 7)}**

	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte	2003=100	98,7	95,8	95,5	96,7	97,0	96,2	96,8	97,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	104,2	105,4	106,6	108,2	108,0	103,7	105,3	108,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	103,6	104,1	103,0	109,9	113,6	110,9	105,7	110,0
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	101,6	99,4	98,1	104,3	106,8	101,7	97,2	100,6

Einzelhandel ^{p 9)}

* Beschäftigte	2003=100	102,9	103,8	103,3	104,0	104,4	105,8	106,2	107,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	102,7	105,8	105,9	106,4	106,5	108,0	109,1	109,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	103,2	103,9	103,6	101,8	104,2	106,5	106,5	106,5
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	103,1	103,1	102,9	101,3	103,2	104,4	104,8	104,9

Kfz-Handel u. Tankstellen ^{p 10)}

* Beschäftigte	2003=100	98,2	101,3	100,9	102,4	102,1	100,6	100,7	101,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	92,3	98,6	100,1	99,6	99,2	101,7	103,3	102,7
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	102,5	112,4	116,4	102,4	114,0	119,5	114,1	105,3
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	101,3	110,2	114,2	100,3	111,4	115,1	109,8	101,4

GASTGEWERBE ^p

* Beschäftigte	2003=100	106,5	109,3	112,5	112,8	114,8	114,6	115,2	115,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	108,3	115,2	117,9	118,1	121,2	122,3	123,0	122,2
* Umsatz nominal ⁸⁾	2003=100	99,3	99,2	110,0	110,0	112,9	109,2	109,4	109,2
* Umsatz real ⁸⁾	2003=100	98,6	97,4	107,4	107,4	110,1	105,3	105,1	105,3

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾		Einheit	2004	2005			2006			
			Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gästeankünfte	1 000		580	595	797	798	823	784	775	781
* darunter von Auslandsgästen	1 000		130	137	236	236	153	191	239	228
* Gästeübernachtungen	1 000		1 652	1 660	2 340	2 598	2 237	2 122	2 374	2 439
* darunter von Auslandsgästen	1 000		376	394	764	850	445	522	798	807
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle		Einheit	2004	2005			2006			
			Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl		2 262	2 203	2 355	2 550	2 233	2 145	2 231	2 332
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl		1 447	1 430	1 696	1 824	1 511	1 465	1 581	1 706
* Getötete Personen	Anzahl		24	24	22	39	32	22	29	19
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl		13	13	9	19	15	7	8	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl		5	5	8	13	10	11	15	10
Radfahrer	Anzahl		1	1	2	1	4	3	1	3
Fußgänger	Anzahl		3	3	1	5	1	3	3	1
* Verletzte Personen	Anzahl		1 881	1 874	2 164	2 392	1 932	1 916	1 985	2 180
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl		376	362	426	497	391	383	422	435
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl		191	168	172	204	145	186	139	158
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl		84	83	117	129	130	100	161	144
Radfahrer	Anzahl		45	50	81	98	72	55	77	74
Fußgänger	Anzahl		38	41	33	46	26	30	30	31
Kraftfahrzeuge ³⁾		Einheit	2004	2005			2006			
			Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl		13 587	13 674	14 111	12 229	11 114	15 259	15 100	12 178
darunter										
Kraftträder	Anzahl		865	801	961	749	576	1 121	1 004	943
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl		11 583	11 752	11 972	10 414	9 527	13 058	12 705	10 343
* Lastkraftwagen	Anzahl		738	787	720	743	711	793	1 073	712
Zugmaschinen	Anzahl		239	268	259	200	179	231	262	220
Personenbeförderung		Einheit	2004	2005			2006			
			Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000		69 121	62 432	66 493	65 026	54 394	63 816	69 273	63 761
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.		643	574	573	570	493	660	612	581
Binnenschifffahrt		Einheit	2004	2005			2006			
			Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gütereingang	1 000 t		1 185	1 183	1 184	1 215	1 232	1 196	1 201	1 276
* Güterversand	1 000 t		808	852	942	887	988	1 033	929	918
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR		2 644	2 842	3 147	2 823	2 682	2 916	3 063	3 147
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR		166	173	176	168	195	193	191	198
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR		2 439	2 529	2 813	2 517	2 360	2 575	2 716	2 808
* Rohstoffe	Mill. EUR		23	16	18	18	13	20	17	25
* Halbwaren	Mill. EUR		106	103	111	111	99	112	124	105
* Fertigwaren	Mill. EUR		2 309	2 409	2 684	2 388	2 249	2 443	2 575	2 679
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR		702	708	718	649	582	761	831	995
* Enderzeugnisse	Mill. EUR		1 607	1 701	1 966	1 739	1 667	1 682	1 744	1 684

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 938	2 082	2 321	2 074	1 929	2 242	2 336	2 141	2 173
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 726	1 823	2 053	1 811	1 656	1 947	2 035	1 836	1 822
Belgien	Mill. EUR	129	140	153	137	124	157	169	139	156
Luxemburg	Mill. EUR	38	39	50	42	39	49	42	49	44
Dänemark	Mill. EUR	33	38	36	37	38	42	37	40	48
Finnland	Mill. EUR	20	21	21	20	16	28	24	21	25
Frankreich	Mill. EUR	356	366	460	355	283	357	356	330	301
Griechenland	Mill. EUR	29	44	42	58	44	40	42	35	39
Großbritannien	Mill. EUR	213	230	269	238	260	229	241	232	283
Irland	Mill. EUR	12	13	13	13	16	18	15	15	17
Italien	Mill. EUR	196	203	227	217	143	241	293	228	174
Niederlande	Mill. EUR	154	150	150	142	136	156	156	152	144
Österreich	Mill. EUR	128	122	127	117	122	139	143	119	125
Schweden	Mill. EUR	55	62	73	38	93	48	50	40	46
Spanien	Mill. EUR	164	176	202	182	137	180	204	182	160
Portugal	Mill. EUR	19	18	22	18	16	20	21	22	20
* Afrika	Mill. EUR	61	64	59	77	67	68	81	82	66
* Amerika	Mill. EUR	300	333	286	288	318	304	325	553	328
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	227	253	192	200	246	219	238	462	235
* Asien	Mill. EUR	319	333	447	355	342	280	297	345	359
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	49	44	42	45	35	43	56	56
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	25	28	28	29	26	22	24	26	27
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 625	1 751	1 864	1 857	1 782	1 930	1 954	1 879	1 999
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	177	161	167	157	177	177	160	139	207
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 392	1 435	1 530	1 535	1 447	1 589	1 621	1 576	1 620
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	51	63	67	67	61	84	75	90	91
* Halbwaren	Mill. EUR	192	211	236	258	256	179	253	249	258
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 149	1 161	1 227	1 210	1 130	1 326	1 293	1 237	1 270
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	303	308	348	306	303	342	340	331	372
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	845	852	879	905	827	984	954	906	898
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 291	1 381	1 478	1 455	1 394	1 445	1 533	1 465	1 520
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 163	1 230	1 324	1 292	1 245	1 242	1 362	1 293	1 328
Belgien	Mill. EUR	186	200	201	179	218	226	266	237	282
Luxemburg	Mill. EUR	28	34	34	40	35	35	29	45	37
Dänemark	Mill. EUR	28	35	42	28	32	29	29	31	29
Finnland	Mill. EUR	7	8	8	6	9	10	9	10	9
Frankreich	Mill. EUR	253	239	260	262	217	210	227	253	213
Griechenland	Mill. EUR	5	4	3	4	4	6	5	6	3
Großbritannien	Mill. EUR	63	63	67	61	65	66	54	62	58
Irland	Mill. EUR	14	17	8	28	16	15	28	7	9
Italien	Mill. EUR	106	108	102	125	108	126	135	128	113
Niederlande	Mill. EUR	182	241	293	284	269	206	251	203	253
Österreich	Mill. EUR	53	51	61	51	54	60	65	50	56
Schweden	Mill. EUR	36	38	50	26	18	41	38	39	40
Spanien	Mill. EUR	72	68	76	73	66	77	77	67	66
Portugal	Mill. EUR	10	9	9	10	9	8	13	10	10
* Afrika	Mill. EUR	31	34	27	31	52	34	32	35	22
* Amerika	Mill. EUR	133	143	173	138	132	234	176	176	240
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	104	111	136	108	103	180	133	133	156
* Asien	Mill. EUR	165	188	177	230	197	211	203	197	210
darunter aus Japan	Mill. EUR	27	27	32	30	19	31	27	23	25
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	7	3	6	5	10	6	6
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 879	3 630	3 546	3 692	3 552	3 865	3 449	3 563	3 563
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 798	2 883	2 700	2 744	2 637	2 727	2 785	2 883	2 749

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Insgesamt	Anzahl	456	548	564	547	456	541	605	661	564
davon										
* Unternehmen	Anzahl	130	138	139	135	112	132	136	134	112
* Verbraucher	Anzahl	201	264	283	254	210	289	325	375	316
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	113	130	129	145	120	111	130	132	123
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	13	15	13	13	14	9	14	20	13
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	118	116	113	97	91	89	170	83	154
HANDWERK ²⁾										
	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	93,6	91,2	90,4	90,8	92,6	91,1	89,8	90,7	93,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	96,7	94,7	79,2	96,3	98,2	105,2	83,0	99,2	102,6
PREISE										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	106,0	108,2	109,0	109,0	108,5	110,5	110,0	110,1	110,0
VERDIENSTE ⁶⁾										
	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 571	2 597	2 502	2 576	2 608	2 641	2 555	2 662	2 683
* Männer	EUR	2 643	2 667	2 566	2 646	2 677	2 713	2 622	2 734	2 756
* Frauen	EUR	1 935	1 962	1 936	1 950	1 968	1 975	1 960	1 999	2 011
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	15,55	15,70	15,59	15,62	15,70	15,80	15,78	15,88	15,97
* Männer	EUR	15,95	16,10	15,99	16,01	16,09	16,20	16,20	16,28	16,35
darunter										
Facharbeiter	EUR	17,05	17,22	17,05	17,12	17,23	17,36	17,27	17,35	17,46
angelernte Arbeiter	EUR	15,45	15,51	15,44	15,42	15,51	15,60	15,58	15,65	15,73
Hilfsarbeiter	EUR	12,66	12,77	12,66	12,74	12,77	12,85	12,85	13,08	13,05
* Frauen	EUR	11,95	12,06	12,01	12,04	12,10	12,05	12,05	12,20	12,30
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	11,09	11,24	11,11	11,31	11,30	11,20	11,20	11,43	11,50
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	38,1	36,9	38,0	38,2	38,5	37,3	38,6	38,7
Arbeiter	h	38,1	38,1	36,9	38,0	38,3	38,5	37,3	38,7	38,8
Arbeiterinnen	h	37,3	37,4	37,1	37,3	37,4	37,7	37,4	37,7	37,6
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 775	3 833	3 788	3 815	3 843	3 855	3 852	3 891	3 918
* Männer	EUR	4 056	4 109	4 058	4 085	4 121	4 135	4 123	4 168	4 199
* Frauen	EUR	2 955	3 024	2 990	3 016	3 031	3 039	3 057	3 081	3 109
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 474	3 552	3 508	3 538	3 559	3 575	3 569	3 606	3 626
Männer	EUR	3 976	4 051	3 998	4 024	4 060	4 084	4 052	4 102	4 124
Frauen	EUR	2 879	2 947	2 915	2 941	2 954	2 960	2 980	3 005	3 027
* technische Angestellte	EUR	4 013	4 058	4 009	4 037	4 072	4 080	4 076	4 117	4 152
Männer	EUR	4 094	4 137	4 087	4 115	4 152	4 161	4 158	4 200	4 234
Frauen	EUR	3 245	3 314	3 275	3 301	3 322	3 331	3 335	3 361	3 408
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 878	2 930	2 911	2 921	2 929	2 944	2 964	2 978	2 980
* Männer	EUR	3 169	3 219	3 199	3 204	3 217	3 239	3 261	3 278	3 278
* Frauen	EUR	2 484	2 527	2 517	2 527	2 528	2 531	2 552	2 563	2 561
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 902	2 952	2 935	2 944	2 951	2 966	2 986	2 999	3 001
Männer	EUR	3 251	3 300	3 283	3 285	3 296	3 319	3 340	3 356	3 356
Frauen	EUR	2 495	2 533	2 524	2 534	2 533	2 536	2 559	2 568	2 566
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 329	3 387	3 355	3 372	3 392	3 406	3 415	3 444	3 459

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	113 247	116 220	115 919	116 079	116 272	116 611	117 476	117 418	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 465	12 276	12 650	12 259	12 162	12 031	12 876	12 338	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 938	9 331	9 438	9 491	9 205	9 188	9 412	9 533	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 844	94 614	93 831	94 329	94 905	95 392	95 188	95 547	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 347	110 708	110 271	110 514	111 055	110 993	111 487	110 960	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 937	96 206	95 392	96 140	96 722	96 569	97 079	97 326	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 408	14 503	14 879	14 374	14 333	14 424	14 408	13 634	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 899	5 512	5 648	5 565	5 217	5 618	5 989	6 458	...
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	87 584	93 933	92 709	93 280	94 232	95 512	95 741	96 718	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	24 185	26 954	25 589	26 843	27 329	28 055	28 003	28 756	...
Termineinlagen	Mill. EUR	27 994	30 217	29 961	29 618	30 524	30 766	31 267	31 654	...
Sparbriefe	Mill. EUR	5 159	5 317	5 371	5 342	5 260	5 293	5 403	5 580	...
Spareinlagen	Mill. EUR	30 246	31 446	31 788	31 477	31 119	31 398	31 068	30 728	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	84 868	90 659	89 707	90 189	90 625	92 115	92 497	93 232	...
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	82 935	88 986	88 014	88 483	89 040	90 405	90 905	91 409	...
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 933	1 674	1 693	1 706	1 585	1 710	1 592	1 823	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 716	3 274	3 002	3 091	3 607	3 397	3 244	3 486	...

STEUERN

STEUERN	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 119	2 208	2 266	2 449	1 995	2 072	2 394	2 558	1 989
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	720	753	788	955	398	519	882	1 001	416
Lohnsteuer	Mill. EUR	601	582	765	423	422	484	795	432	430
Einnahmen aus der										
Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	115	110	329	-	-	-	340	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	49	- 28	328	- 24	- 31	- 11	379	- 15
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	51	36	15	19	13	34	13	8	16
Zinsabschlag	Mill. EUR	20	26	37	9	12	13	37	9	14
Einnahmen aus der										
Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	9	25	-	-	1	24	0	1
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	60	- 2	176	- 25	19	47	173	- 29
Einnahmen aus der										
Körperschaftsteuer-										
zerlegung	Mill. EUR	2	10	- 4	-	-	-	36	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 400	1 455	1 477	1 494	1 597	1 553	1 512	1 557	1 573
Umsatzsteuer	Mill. EUR	365	374	416	370	423	407	368	377	386
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 035	1 081	1 062	1 124	1 174	1 146	1 144	1 180	1 187
Zölle	Mill. EUR	113	130	139	159	148	147	152	167	162
Bundessteuern	Mill. EUR	92	86	85	93	61	67	63	95	72
darunter										
Verbrauchssteuern										
(ohne Biersteuer)	Mill. EUR	51	43	56	36	35	33	31	37	45
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	32	34	22	49	19	26	23	51	20

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN

noch STEUERN	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Landessteuern	Mill. EUR	99	92	80	89	72	106	88	76	84
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	30	20	12	12	8	28	13	14	11
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	16	17	16	17	18	17	17	18
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	35	38	39	34	36	40	36	31	35
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	14	13	8	18	8	15	18	6	17
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	2	0	4	0	0	0	4	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	4	3	4	4	3	3

	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	404	434	438	415	406	477	532	515	527
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	5	4	4	4	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	99	102	92	110	112	93	95	109	115
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	291	319	333	288	280	373	423	388	398
sonstige Gemeindesteuern 1)	Mill. EUR	9	9	8	13	8	8	11	14	9

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	600	626	543	569	621	769	653	680	744
Gewerbesteuer (netto) 2)	Mill. EUR	230	250	291	220	216	273	376	308	320
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	230	232	130	193	251	354	150	216	267
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	28	17	28	28	38	16	29	28

		2004	2005				2006			
Einheit		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Steuereinnahmen des Landes										
Landessteuern	Mill. EUR	598	597	582	535	470	581	637	683	501
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	99	92	80	89	72	106	88	76	84
Lohnsteuer	Mill. EUR	261	272	277	365	116	166	322	386	124
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	205	196	272	130	129	154	285	133	132
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	3	21	- 12	139	- 10	- 13	- 5	161	- 7
Zinsabschlag	Mill. EUR	22	13	1	4	4	10	2	1	6
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	11	11	16	4	5	6	16	4	6
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	19	30	- 1	88	- 13	9	24	86	- 15
Umsatzsteuer	Mill. EUR	224	216	223	80	237	251	224	222	237
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	160	158	172	15	174	179	162	153	170
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	64	57	51	65	63	72	63	69	67
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	5	6	1	0	14	16	1	-	15
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	2	2	0	0	6	7	0	-	7
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	7	8	1	0	21	29	1	-	28
	Mill. EUR	1	2	0	0	4	6	0	-	6
Steuereinnahmen des Bundes										
Bundessteuern	Mill. EUR	1 078	1 189	1 217	1 294	1 078	1 110	1 225	1 381	1 078
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	92	86	85	93	61	67	63	95	72
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	314	336	359	420	168	224	379	439	175
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	667	761	772	782	835	803	783	847	815
	Mill. EUR	5	6	1	0	14	16	1	-	15

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

November

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 31. Dezember 2005
Bestellnr.: A1033 200522

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am 30. September 2005 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200543

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2006
Bestellnr.: B3023 200622

Weiterbildung in Rheinland-Pfalz 2005
Bestellnr.: B4013 200500

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2006 – Endgültiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung
Bestellnr.: C1023 200600

Wachstumstand der Reben im September 2006
Bestellnr.: C2063 200603

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe am 3. Mai 2006 – Endgültiges Ergebnis der Viehzählung
Bestellnr.: C3023 200600

Weinbestände am 31. Juli 2006
Bestellnr.: C4023 200600

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2006
Bestellnr.: C4053 200601

Agrarstrukturerhebung 2005 – Ausgewählte Ergebnisse für ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe
Bestellnr.: C4663 200501

Agrarstrukturerhebung 2005 – Betriebswirtschaftliche Ausrichtung, Standarddeckungsbeiträge und sozialökonomische Betriebstypen der landwirtschaftlichen Betriebe
Bestellnr.: C4683 200501

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im September 2006
Bestellnr.: E1023 200609

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2005
Bestellnr.: E1063 200500

Elektrizitäts- und Wärmeherzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im August 2006
Bestellnr.: E4023 200608

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im September 2006
Bestellnr.: F2033 200609

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im September 2006
Bestellnr.: G1023 200609

Aus- und Einfuhr im August 2006
Bestellnr.: G3023 200608

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im August 2006
Bestellnr.: G4023 200608

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im September 2006
Bestellnr.: H1023 200609

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Personal im öffentlichen Dienst 2004
Bestellnr.: L3023 200400

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Oktober 2006
Bestellnr.: M1013 200610

Umwelt

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 2004
Bestellnr.: Q1043 200401

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Die Landwirtschaft 2005 – Band 394
Bestellnr.: C2002 200500

CD-ROM: Die Landwirtschaft 2005 – Band 394
Bestellnr.: C2002C 200500

Jahreswirtschaftsbericht 2005 (Statistische Analysen No 4)
Bestellnr.: Z2048 200600

Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen (Ausgabe 2006)
Bestellnr.: Z2401 200600

Faltblatt „Mikrozensus 2005/2006“ (kostenfreier Download unter www.statistik.rlp.de)

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand: Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder – Rohstoff- und Materialflüsse Analysen und Ergebnisse
Bestellnr.: P5025E 200600

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de steht die überwiegende Zahl der aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Band „Die Landwirtschaft“

Der Band „Die Landwirtschaft 2005“ gibt einen umfassenden Einblick in die Struktur und Produktion der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Im Mittelpunkt stehen dabei die Ergebnisse der im Jahr 2005 durchgeführten Agrarstrukturerhebung. Mithilfe von Zeitreihen wird die Entwicklung seit den 50er-Jahren des vorigen Jahrhunderts aufgezeigt.

Der Band enthält u. a.

umfangreiche Grafiken und Tabellen über

- Betriebe und Arbeitskräfte
- Bodennutzung und Ernte
- Feldfrucht-, Gemüse- und Obstbau
- Weinbau
- Viehhaltung
- Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern und den EU-Mitgliedstaaten



Die Ergebnisse werden, soweit sie nicht aus Stichprobenerhebungen stammen, zumeist auch für die kreisfreien Städte und die Landkreise, beim Weinbau für die Anbauggebiete und die Bereiche, nachgewiesen. Die Veröffentlichung wird durch methodische Erläuterungen und Begriffsbestimmungen abgerundet.

Die CD-ROM enthält Tabellen im PDF- und im Excel-Format und bietet somit den Vorteil, dass die Daten flexibel weiterverarbeitet werden können.

Der Band „Die Landwirtschaft 2005“ kann als Printversion zum Preis von 11,00 Euro, die CD-ROM zum Preis von 15,30 Euro (jeweils einschließlich Versandkosten) beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter http://www.statistik.rlp.de/verlag/sonstiges/band394_die_landwirtschaft_2005.pdf zur Verfügung.

Rheinland-Pfalz regional – neues Datenangebot

Das Statistische Landesamt bietet jetzt im Internet Datenblätter zu allen kreisfreien Städten, Landkreisen sowie Planungsregionen an.

Die Datenblätter enthalten detaillierte Informationen zu den Bereichen

- Bevölkerung und Gebiet
- Wirtschaft
- Arbeitsmarkt
- Entwicklungspotenziale in den Hochtechnologiebranchen und den wissensintensiven Dienstleistungen
- Gesellschaft und Staat

Grundlage für dieses neue Angebot bildet die kürzlich vorgestellte Studie „Rheinland-Pfalz regional“, in der die Landkreise Bad Kreuznach, Birkenfeld und Mainz-Bingen analysiert wurden. Das darin enthaltene Zahlenmaterial wurde aktualisiert und in übersichtlichen Tabellen aufbereitet.

Die PDF-Dateien stehen im Bereich „Analysen und Prognosen“ zum kostenfreien Download unter <http://www.statistik.rlp.de/analysen/kreisvergleich/kreisergebnisse.html> zur Verfügung.

Die Tabellen sind gegen Gebühr auch im Excel-Format zur Weiterverarbeitung erhältlich. Pro kreisfreier Stadt, Landkreis bzw. Planungsregion werden 5,50 Euro berechnet, für alle Gebietseinheiten zusammen 120,00 Euro. Bestellungen können an das Statistische Landesamt, Auskunftsdienst, 56128 Bad Ems, gerichtet werden. Telefon: 02603 71-4444, Telefax: 02603 71-194444, E-Mail: info@statistik.rlp.de

Rheinland-Pfalz regional: Rhein-Hunsrück-Kreis									
Regionalisierte Entwicklung des Rhein-Hunsrück-Kreis (2005 = 100)									
Metropol	Jahr/Zeitraum	Einheit	Rhein-Hunsrück-Kreis	Rhein-Hunsrück-Kreis	Rhein-Hunsrück-Kreis	Rhein-Hunsrück-Kreis	Rhein-Hunsrück-Kreis	Rhein-Hunsrück-Kreis	Deutschland
			Einwohner	Fläche	Landwirtschaft	Industrie	Handel	Verkehr	
Bevölkerung	2005	Personen	100.000	1.000	100.000	1.000	100.000	1.000	100.000
Fläche	2005	km²	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Landwirtschaft	2005	ha	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Industrie	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Handel	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Verkehr	2005	Personen	100.000	100.000	100.000	100.000			

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Yvonne Ploenes und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2006

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.